

Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt

Magdeburg

Aktivität und Hilfe im Alter

Inhaltsverzeichnis

1. Planungsauftrag	4
2. Demografische und soziale Entwicklung in Magdeburg	7
3. Zielstellung der Magdeburger Seniorenpolitik – die seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg	9
4. Beteiligungsorientierter Planungsprozess	13
5. Situationsanalyse zu den Handlungsfeldern	15
5.1. Eigenständige Lebensführung im Alter	15
5.1.1. Zielstellung zur eigenständigen Lebensführung von Seniorinnen und Senioren ..	15
5.1.2. Angebotssituation in Magdeburg	15
5.1.3. Versorgungssituation in den Stadtteilen	19
5.1.4. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen	22
5.2. Soziale Netzwerke von Seniorinnen und Senioren	24
5.2.1. Netzwerkebenen	24
5.2.2. Zur Rolle von sozialen Netzwerken	24
5.2.3. Zielstellung zur Entwicklung sozialer Netzwerke von Seniorinnen und Senioren in Magdeburg	24
5.2.4. Netzwerkstrukturen in Magdeburg	25
5.2.5. Sozialräumliche Betrachtung	27
5.2.6. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen	29
5.3. Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement	31
5.3.1. Begriffsbestimmung	31
5.3.2. Statistische Daten	31
5.3.3. Engagement von Seniorinnen und Senioren	32
5.3.4. Beispiele für Engagementfelder von Seniorinnen und Senioren in Magdeburg	34
5.3.5. Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement der Seniorinnen und Senioren.	36
5.3.6. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen	38
5.4. Politische Partizipation	40
5.4.1. Grundlagen politischer Partizipation	40
5.4.2. Zielsetzung zu politischer Partizipation von Seniorinnen und Senioren in Magdeburg	40
5.4.3. Stufen der Partizipation	40
5.4.4. Formen politischer Partizipation in Magdeburg	41
5.4.5. Planungsbeteiligung in der kommunalen Seniorenpolitik	47
5.4.6. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen	47
5.5. Gesellschaftliche Integration älterer Menschen	49

5.5.1. Zielstellung zur gesellschaftlichen Integration von Seniorinnen und Senioren	49
5.5.2. Angebotssituation in Magdeburg	50
5.5.3. Bedürfnisse unterschiedlicher Personengruppen.....	53
5.5.4. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen	54
5.6. Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.....	57
5.6.1 Bedeutung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57
5.6.2. Umfang der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	58
5.6.3. Situation älterer Beschäftigter in Magdeburger Unternehmen.....	59
5.6.4. Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung	60
5.6.5. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen	61
6. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen in Magdeburg	63

1. Planungsauftrag und Planungsverständnis

Die Lebensbedingungen älterer Bürgerinnen und Bürger haben sich durch den demografischen und sozialen Wandel geändert und stärker ausdifferenziert:

- Menschen in der nachberuflichen Phase wollen sich mit ihren Potentialen und Kompetenzen aktiv selbst in die Gestaltung der Gesellschaft und ihres Umfeldes einbringen.
- Die Vorstellungen der Menschen von ihrem Alter haben sich stärker zu einem aktiveren und selbstbewussteren Leben verschoben.
- Es besteht ein Bedarf an Prävention, das Alter bewusst vorzubereiten, um später evtl. einsetzenden Hilfebedarf optimal befriedigen zu können.
- Die Zahl der hilfe- bzw. pflegebedürftigen alten Menschen wird sich durch die Erhöhung der Lebenserwartung und die Zunahme des Anteils hochaltriger Menschen¹ perspektivisch erhöhen. Der Anteil der Menschen mit Demenz wird sich erhöhen.
- Der Anteil einkommensschwacher älterer Menschen wird steigen.

Diesen Herausforderungen wird der „Altenplan der Landeshauptstadt Magdeburg“ aus dem Jahr 1997² nicht mehr gerecht, da dieser vorrangig auf die Hilfe- und Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren orientiert und den Potentialen älterer Menschen sowie dem Miteinander der Generationen nicht der erforderliche Stellenwert beigemessen wird. Es ist aber wichtig, dass beide Aspekte, Unterstützungsbedarf und Ressourcen älterer Menschen, angemessen berücksichtigt werden. Entwicklungen im Bereich der Pflege wie die Entstehung eines „Pflegermarktes“ sowie die deutliche Zunahme des Anteils von Menschen mit Demenz wurden nicht in dem Maße vorausgesehen. Eine Fortschreibung des bestehenden Planes wurde von der Verwaltung und den im Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung tätigen Akteuren der Seniorenarbeit für nicht zweckmäßig erachtet. Die Ersetzung des Altenplanes durch ein Seniorenpolitisches Konzept soll das neue Verständnis von Seniorenpolitik in der Stadt deutlich machen und die Herausforderungen des demografischen Wandels aufgreifen.

Mit dem Beschluss des Stadtrates, ein „Seniorenpolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Magdeburg“ zu erarbeiten³, wurde ein Planungsprojekt gestartet, dessen Ergebnisse in dem vorliegenden Material zusammengefasst sind.

Dieser Projektauftrag sieht die im Folgenden dargestellte Projektarbeitsstruktur vor:

Prozesssteuerungsgruppe (PSG)
V/02 (Projektleitung), Amt 50, Amt 53, Seniorenbeauftragte/r
Fachlicher Beirat (AK)
Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung (gemäß der mit DS0049/00 beschlossenen „Grundsätze für die Arbeit des Arbeitskreises für Seniorenfragen und Altenplanung“)
Handlungsfeldbezogene Arbeitsgruppen
Unter Einbindung von weiteren Gremien sowie Politik, Verwaltung, freien Trägern und BürgerInnen

¹ ab 85 Jahre - in Anlehnung an Ministerium für Gesundheit und Soziales „Aktiv und selbstbestimmt – Altenhilfe und Pflege im Land Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2020“, 2008

² Beschluss-Nummer 1138-55(II)97

³ DS0431/09 – Beschluss-Nummer 213-009(V)09

Das Konzept soll verdeutlichen, dass die Stadt unter Beibehaltung und bedarfsgerechter Weiterentwicklung der Hilfe- und Betreuungsangebote stärker auf die Eigeninitiative, Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement der älteren Generation sowie deren Solidarität mit der jüngeren Generation setzt, mit der Zielsetzung, den Menschen bis ins hohe Alter eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

Seniorenpolitik hat dabei zwei unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen: die Förderung und Nutzung der Potentiale älterer Menschen ebenso wie die Sicherung der notwendigen Angebote und Leistungen entsprechend der vorhandenen Hilfebedarfe im Alter.

Das soll bereits durch den Titel des seniorenpolitischen Konzept deutlich gemacht werden: „Aktivität und Hilfe im Alter“.

Mit dem Planungsauftrag wurden die nachfolgend aufgeführten Handlungsfelder der Seniorenpolitik definiert, die der Systematik des Projektes und der Gliederung des vorliegenden Konzeptes zugrunde liegen.

- Eigenständige Lebensführung im Alter
- Soziale Netzwerke von Seniorinnen und Senioren
- Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement
- Politische Partizipation von Seniorinnen und Senioren
- Gesellschaftliche Integration älterer Menschen
- Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer

Für die Bestimmung der Personengruppe „Seniorinnen und Senioren“ werden in der Praxis verschiedene Altersgrenzen herangezogen. Häufig ist das die Vollendung des 60. Lebensjahres, oftmals auch der Beginn des Regelrentenalters. Die Seniorinnen und Senioren sind jedoch keine homogene Bevölkerungsgruppe. Auch der Prozess des Alterns verläuft nicht einheitlich. Das betrifft sowohl die Unterschiede zwischen den Altersphasen von den „jungen“ Alten bis hin zu den Hochbetagten als auch die individuell sehr unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensverläufe der Menschen. Als spezifische Zielgruppen wird auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von

- älteren Arbeitslosen,
- ältere Erwerbstätige in Vorbereitung auf den Ruhestand,
- älteren Menschen mit Behinderungen,
- älteren Menschen mit Migrationshintergrund,
- pflegebedürftigen Menschen und pflegenden Angehörigen sowie

eingegangen.

Eine Personengruppe innerhalb der Gruppe der Seniorinnen und Senioren, die in besonderem Maße der Unterstützung durch die Gesellschaft bedarf, sind demenzielle erkrankte Menschen. Die Fachgruppe Gerontopsychiatrie der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Magdeburg geht in ihrem Bericht aus dem Jahr 2010⁴ von ca. 3800 Betroffenen in Magdeburg aus (Prävalenzrate 6,9 % der Menschen ab 65 Jahre).

Mit dem künftig erwarteten weiteren Anstieg der älteren Bevölkerung ist auch mit einer Zunahme der von Demenz betroffenen Menschen zu rechnen.

Die aktuelle Versorgungssituation für diese Personengruppe hinsichtlich Beratung, Pflege und Betreuung sowie die Empfehlungen zur Verbesserung sind in dem genannten Bericht detailliert beschrieben und können dort nachgelesen werden. Aus diesem Grund wird in dem

⁴ „Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Magdeburg zur gemeindenahen psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg 2010“ – veröffentlicht unter www.magdeburg.de in Reihe: Magdeburg – sozial Band 17

vorliegenden seniorenpolitischen Konzept nicht noch einmal im Einzelnen darauf eingegangen.

Im Rahmen dieses Konzeptes wurde bewusst auf die Definition einer Altersgrenze verzichtet. Das Konzept möchte keine starren Altersgrenzen setzen und vor allem jegliche Ausgrenzung von Seniorinnen und Senioren vermeiden. Vielmehr ist das Konzept darauf ausgerichtet, Antworten auf Fragestellungen zu geben, die im höheren Alter häufiger von Bedeutung sind bzw. alterstypische Themen darstellen. Je nach der betrachteten Lebenssituation können diese jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Lebensverlauf beginnen. Während beispielsweise zu kleine Schrift bei Informationsmaterialien schon für Personen ab 50 Jahre zum Problem werden kann, wird für viele Menschen die Möglichkeit ehrenamtlicher Betätigung insbesondere ab dem Ende der Berufstätigkeit eine wichtige Fragestellung. Einschränkungen der Mobilität oder eigene Pflegebedürftigkeit werden dagegen bei den meisten Menschen (wenn überhaupt) erst im höheren Alter etwa über 80 Jahre zum Thema.

Die Notwendigkeit eines seniorenpolitischen Konzeptes ergibt sich nicht aus dem Alter an sich. Altsein allein begründet keinen Handlungsbedarf. Das Konzept geht bei der Betrachtung der sechs Handlungsfelder von den unterschiedlichen Lebenslagen Wohnen, Gesundheit und Pflege, materielle und soziale Sicherheit, Mobilität, Kultur und Bildung, Partizipation aus. Es wird analysiert, welchen Einfluss diese auf die Handlungsfelder der Seniorenpolitik haben. Die notwendigen Verbesserungsbedarfe werden aufgedeckt und entsprechende auf kommunaler Ebene umsetzbare Maßnahmen abgeleitet.

2. Demografische und soziale Entwicklung in Magdeburg

Die demografische Entwicklung in Magdeburg ist – wie in der Bundesrepublik generell – gekennzeichnet von einem Anstieg des Anteils der älteren Bevölkerung. Der Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner ab 65 Jahre ist von 13,1 % im Jahr 1990 auf 23,7 % im Jahr 2011 gestiegen. Dabei überwiegt in der Altersgruppe ab 65 Jahre der Anteil der Frauen den der Männer stärker als in der Gesamtbevölkerung.

(Frauen gesamt 51,3 % - Männer gesamt 48,7 %
Frauen ab 65 58,7 % - Männer ab 65 41,3 %)⁵

Die Zahl der jüngeren Einwohnerinnen und Einwohner reduziert sich, so dass immer mehr ältere Menschen immer weniger Jüngeren gegenüber stehen werden.

Ursache für die Verschiebung der Altersstruktur liegt in der erhöhten Lebenserwartung und den geringen Geburtenzahlen. Insgesamt sank die Magdeburger Bevölkerung bis 2002 aufgrund von Geburtendefizit und einem negativen Wanderungssaldo. Seit 2003 ist ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen, was seit 2005 den nach wie vor negativen Geburtensaldo ausgleicht, so dass die Gesamteinwohnerzahl wieder steigt.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung lag im Jahr 2011 bei 3,6 %. Diese Zahl ist jedoch nicht mit den Personen mit Migrationshintergrund gleichzusetzen, da Zugewanderte mit deutscher Staatsbürgerschaft hierbei nicht erfasst sind (deutschstämmige Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie eingebürgerte Zugewanderte). Die ausländische Bevölkerung ist deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung. Der Anteil der 65jährigen und Älteren liegt hier nur bei 4,4 %. Bei den Ausländerinnen und Ausländern überwiegt insgesamt der Männeranteil mit 52,8 %. Bei den 65jährigen und Älteren ist jedoch der Frauenanteil mit 53,1 % höher.

Gleichzeitig haben sich die Haushaltsstrukturen verändert.⁶ Die Gesamtzahl der Haushalte hat eine steigende Tendenz, was vor allem auf die zunehmende Zahl von Ein-Personen-Haushalten zurückzuführen ist. Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte ist von 2000 bis 2012 um ca. 40 % gestiegen, die der Haushalte mit drei oder mehr Personen ist im gleichen Zeitraum um ca. 26 % gesunken. Die Zwei-Personen-Haushalte haben sich nur geringfügig geändert. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug im Jahr 2010 in Magdeburg 1,72 Personen.

Die Lebensformen älterer Frauen und Männer sind sehr unterschiedlich. Während Frauen mit ansteigendem Alter zunehmend in Witwenschaft leben, ist selbst für hoch betagte Männer die Lebensgemeinschaft mit ihrer Ehefrau oder Lebenspartnerin die häufigste Lebensform. Das ist vorrangig in der unterschiedlichen Lebenserwartung von Frauen und Männern begründet. Hieraus ergeben sich weitreichende Folgen für das Leben im Alter. Pflegebedürftige Männer im höheren Lebensalter können somit eher auf die Hilfe ihrer Frau zurückgreifen, als dass ältere Frauen Pflege durch ihre Ehemänner bzw. Lebenspartner erhalten.

Hinsichtlich der Einkommenssituation älterer Menschen haben sich in den zurückliegenden Jahren Veränderungen ergeben. Da zunehmend Personen das Rentenalter erreichen, die auch längere Zeiten der Arbeitslosigkeit erlebt haben und damit nicht auf eine lückenlose Erwerbsbiografie zurückblicken können, haben diese Personen oft nur geringe Rentenansprüche. Das stellt eine besondere Herausforderung hinsichtlich der gesellschaftlichen Integration aller Personengruppen unter den älteren Bürgerinnen und Bürgern dar. Einkommensarmut darf nicht zu Ausgrenzung und Isolation führen.

⁵ Quelle: Magdeburger Statistische Blätter Heft 80, herausgegeben von Amt für Statistik der Landeshauptstadt Magdeburg

⁶ Quelle: ebenda – nach Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Mikrozensus

Insgesamt ist zu beachten, dass mit dem demografischen Wandel nicht nur neue Herausforderungen, sondern auch neue Chancen verbunden sind. Die gestiegene Lebenserwartung ist für viele auch mit einer besseren gesundheitlichen Verfassung verbunden. Das heißt, dass die Menschen in diesen zusätzlichen „aktiven“ Jahren ihre Kompetenzen und Erfahrungen weiter ausbauen und nutzen können und wollen.

Mit der Veränderung der Altersstruktur ändern sich auch die Lebensbedingungen und Ansprüche der Seniorinnen und Senioren. Die heutige und zukünftige Seniorengenerationen haben andere Lebensverläufe und andere Interessen als frühere Seniorengenerationen. Altern bedeutet nicht automatisch größeren Hilfebedarf. Die meisten Menschen wollen bis ins hohe Alter ein gesichertes, aktives und eigenständiges Leben führen. Sie möchten so lange wie möglich im vertrauten Umfeld wohnen bleiben und das bei guter Gesundheit. Sie wollen mobil bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dazu ist es notwendig, dass sie die erforderlichen Unterstützungsleistungen vorfinden und nutzen können. Die Seniorinnen und Senioren verfügen über ein großes Potenzial an Lebens- und Berufserfahrung und viele leisten bereits jetzt einen großen vorwiegend ehrenamtlichen Beitrag zum solidarischen Miteinander und zur Selbsthilfe.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die ältere Generation keine homogene Bevölkerungsgruppe ist. Gegenwärtig umfasst die Lebensphase „Alter“ bis zu 3 Jahrzehnte, was mit unterschiedlichen Lebenslagen und -erwartungen verbunden ist. Gleichmaßen gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede sowie vielfältige unterschiedliche Lebensweisen und Lebensstile, die zu berücksichtigen sind.

3. Zielstellung der Magdeburger Seniorenpolitik – die seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg verfügt traditionsgemäß über ein gutes Netz an Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren.

Mit dem Modellprojekt der Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs wurde ab 1998 zielgerichtet eine neue und zukunftsfähige Qualität geschaffen. Die Alten- und Service-Zentren haben sich zu wichtigen Kompetenzzentren in ihrer Region entwickelt, die über die traditionelle Altenhilfe hinaus in ihrer jeweiligen Region integrierend und kooperierend das kommunale Leben mitgestalten. Für die weitere Perspektive sind Konzepte zu erarbeiten, wie diese Einrichtungen der Seniorenarbeit weiter entwickelt werden können, um sie im Sinne generationsübergreifender, stadtteilorientierter sozialer Arbeit auch vor dem Hintergrund der aktuellen demografischen und finanziellen Entwicklungen zukunftsfest zu machen. Mit dem „Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung“ existiert ein kompetentes zentrales Gremium, welches im Konsens aller beteiligten Akteure Planungsentscheidungen sachkundig vorbereitet und deren Realisierung begleitet hat.

Auch das ehrenamtliche Engagement im Seniorenbereich und dessen Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung und mit Einrichtungen aus anderen Bereichen der Stadt hat bereits einen hohen Stand erreicht.⁷

Damit bestehen gute Voraussetzungen, die Herausforderung des demografischen Wandels zu bewältigen.

Um die Seniorenfreundlichkeit des Verwaltungshandelns der Stadtverwaltung zu überprüfen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzudecken, wurde aufgrund eines Antrages im Stadtrat⁸ im Jahr 2010 ein wissenschaftliches Forschungsprojekt der Hochschule Magdeburg-Stendal gestartet, welches 2014 seinen Abschluss finden wird.

Ausgehend von der allgemeinen Zielsetzung – selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung bis ins hohe Alter – und einem neuen Planungsverständnis, das Ältere nicht mehr als eine zu versorgende, abgegrenzte Zielgruppe sondern als integralen Teil der Stadtbevölkerung betrachtet, wurden in einem ersten Schritt „Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“ erarbeitet.

Diese Leitlinien, die am 24. Juni 2010 im Stadtrat beschlossen wurden⁹, benennen schwerpunktartig die Rahmenziele der Magdeburger Seniorenpolitik. Bezogen auf die unterschiedlichen Lebensbereiche der Senioren beschreiben die Leitlinien den politisch gewollten und anzustrebenden Zustand. Sie wurden unter breiter Beteiligung von freien Trägern der Seniorenarbeit sowie Interessenvertretungen der älteren Bürgerinnen und Bürger erarbeitet und bilden den Maßstab für die Erarbeitung des hier vorliegenden Konzeptes.

⁷ Vgl. „Situationsbericht zu Engagementstrukturen und wesentlichen Rahmenbedingungen der bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Magdeburg 2011“ veröffentlicht unter www.magdeburg.de in Reihe: Magdeburg – sozial Band 14

⁸ A0160/09 Beschluss-Nummer 309-13(V)10

⁹ DS0162/10 Beschluss-Nummer 474-20(V)10

SENIORENPOLITISCHE LEITLINIEN DER LANDESHAUPTSTADT MAGDEBURG

Präambel

Die Leitlinien beschreiben die grundsätzlichen Rahmenziele der Magdeburger Seniorenpolitik. Sie sind handlungsleitend für die Verwaltung und geben eine fachliche Orientierung für alle Akteure.

Die Magdeburger Seniorenpolitik geht von der Differenziertheit von Altersbildern aus, von der Verschiedenartigkeit des Alters und des Alterns. Sie wendet sich gegen jede Form von Stigmatisierung und Diskriminierung der Seniorinnen und Senioren.

Die Magdeburger Seniorenpolitik folgt dem Grundverständnis vom Alter als einer aktiven Lebensphase, in der eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung und eine Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht werden.

Die Leitlinien bilden die Grundlage für die Erarbeitung eines Seniorenpolitischen Konzeptes. Mit dem Konzept stellt sich die Landeshauptstadt den Herausforderungen des demografischen Wandels.

Damit sollen

- die Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren zum Nutzen des Gemeinwesens und für die Meisterung der individuellen Lebenssituation erschlossen,
- Hilfe- und Unterstützungsbedarf berücksichtigt,
- Ausgrenzung durch Altersarmut vermieden und
- die Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen der Seniorinnen und Senioren verbessert werden.

Leitlinie 1

Seniorenpolitik fördert Selbstverantwortung und Mitverantwortung

Ein gesunder Lebensstil, geistige und körperliche Aktivität sowie ein gesundheitsförderndes Bewusstsein sind wichtige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und gesundes Altern.

Leitlinie 2

Seniorenpolitik ist ein beteiligungsorientierter Prozess unter Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren, fördert Selbsthilfestructuren und bürgerschaftliches Engagement und die politische Teilhabe

Seniorenpolitische Entscheidungen werden nicht nur für Seniorinnen und Senioren, sondern mit ihnen getroffen. Die Akteure der Seniorenarbeit, insbesondere die Interessenvertretungen und Wohlfahrtsverbände sind einzubeziehen.

Die Bereitschaft der Seniorinnen und Senioren, die Gesellschaft aktiv mit zu gestalten, wird gefördert. Ehrenamtliches Engagement ist ein wesentliches Element des gesellschaftlichen Zusammenlebens und wird unterstützt.

Kernaktivitäten:

- Seniorinnen und Senioren am Planungsprozess beteiligen und örtliche Bürgergremien einbeziehen
- Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement und politische Teilhabe ausgestalten
- Weiterbildung und Erfahrungsaustausch von ehrenamtlich aktiven Seniorinnen und Senioren fördern
- soziale Netzwerke aufbauen und stärken

Leitlinie 3

Seniorenpolitik berührt alle gesellschaftlichen Bereiche

Seniorenpolitische Belange sind in alle wichtigen Bereiche der Stadtentwicklung wie z.B. Wirtschaft, Kultur, Soziales, Gesundheit und Sport einzubeziehen. Sie müssen Gegenstand von Fachplanungen und ämterübergreifender Arbeit sein.

Kernaktivitäten:

- alle Fachplanungen seniorenpolitisch abstimmen z. B. Stadtentwicklungskonzepte, Verkehrs-, Sicherheits- und Märktekonzepte
- die Beauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg einbeziehen

Leitlinie 4

Seniorenpolitik berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse älterer Menschen

Die einzelnen Phasen des Alterns bedingen unterschiedliche Bedürfnisse und Möglichkeiten. Ältere Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, Männer und Frauen, demenziell erkrankte Personen, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige haben spezielle Bedürfnisse, auf die die Seniorenpolitik eingehen muss.

Kernaktivitäten:

- Situationsanalysen, Bedarfsermittlungen und Planungen nach den unterschiedlichen Zielgruppen differenzieren

Leitlinie 5

Seniorenpolitik trägt zur sozialen und gesundheitlichen Versorgung und zur materiellen Sicherung der älteren Generation bei

Soziale, finanzielle und gesundheitliche Benachteiligungen älterer Menschen sollen durch präventive Angebote vermieden, bestehende Benachteiligungen durch zielgerichtete, kommunal beeinflussbare Maßnahmen beseitigt bzw. gemildert werden.

Kernaktivitäten:

- Seniorinnen und Senioren zur aktiven Vorbereitung auf das Älter-Werden befähigen und stärken,
- soziale und nachbarschaftliche Netzwerke aufbauen und stärken,
- Gesundheitsförderung und -prävention ausbauen
- Pflegestruktur nach den Grundsätzen „ambulant vor stationär“ und „Rehabilitation vor Pflege“ weiterentwickeln
- Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer durch kommunale arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärken, um Altersarmut zu mildern
- bezahlbare niedrigschwellige Hilfs- und Serviceangebote bereitstellen

Leitlinie 6

Seniorenpolitik fördert selbstbestimmtes Wohnen und die Integration älterer Menschen im Stadtteil

Ein Wohnungsangebot, das den Bedürfnissen der älteren Bewohnerinnen und Bewohner entspricht, wird angestrebt. Es soll unterschiedliche Wohnformen ermöglichen und unterschiedlichen Lebensweisen gerecht werden. Wohnungen und Wohnumfeld müssen so beschaffen sein, dass

- bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit der Verbleib in der Wohnung bzw. im angestammten Wohngebiet möglich ist,
- eine wohnungsnah Versorgung gewährleistet ist,
- soziale Beziehungen gefördert werden und
- die Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohner nicht eingeschränkt wird.

Kernaktivitäten:

- mit Wohnungsanbietern eng zusammenarbeiten
- barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums in der Stadtplanung
- Wohnberatung für Seniorinnen und Senioren erweitern
- alternative Wohnformen entwickeln und fördern
- Nachbarschaftshilfen, ambulante Dienstleistungen und Besuchsdienste ausbauen

Leitlinie 7

Seniorenpolitik fördert das Miteinander der Generationen

Neben seniorenspezifischen Angeboten und Einrichtungen werden Projekte unterstützt, die für alle Altersgruppen geeignet sind und die Begegnung sowie das Zusammenwirken der Generationen ermöglichen und fördern. Junge und alte Menschen verfügen über unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen, die sich im Miteinander der Generationen zum gegenseitigen Nutzen ergänzen können und sollen.

Kernaktivitäten:

- generationsübergreifende Angebote und Projekte auf- und ausbauen

Leitlinie 8

Seniorenpolitik fördert den Zugang von Seniorinnen und Senioren zu Bildung, Kultur, Freizeit und Sport

Lebenslanges Lernen, kulturelle Teilhabe, aktive Freizeitgestaltung und altersgerechte sportliche Aktivitäten haben eine hohe Bedeutung für das Wohlbefinden und die gesellschaftliche Integration der älteren Generation und damit für die Lebensqualität der Menschen.

Kernaktivitäten:

- Angebote zur Erwachsenenbildung, Kultur-, Freizeit- und Sportangebote weiter ausbauen
- barrierefreie Zugänglichkeit der Angebote sichern
- Öffentlichkeitsarbeit leisten und über Bildungs-, Sport-, Kultur- und Freizeitangebote informieren

4. Beteiligungsorientierter Planungsprozess

Die Erarbeitung des vorliegenden seniorenpolitischen Konzeptes erfolgte unter den Prämissen, dass

- Seniorinnen und Senioren eine Bevölkerungsgruppe sind, die über vielfältige Erfahrungen und Kompetenzen verfügen, die sie aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen können und wollen und
- Sozialplanung ein Prozess ist, der die Einbeziehung der jeweiligen Zielgruppe(n) sowie aller relevanten gesellschaftlichen Akteure erfordert.

Dementsprechend wurde im gesamten Projektverlauf konsequent auf die Einbeziehung der Zielgruppe und aller relevanten Akteure orientiert.

Basierend auf den Ergebnissen von fünf öffentlichen Bürgerforen in den Alten- und Service-Zentren wurden bereits vor dem eigentlichen Projektstart die Handlungsfelder für die Magdeburger Seniorenpolitik abgesteckt.

Der Projektauftrag bestimmte als fachlichen Beirat für die Erarbeitung des seniorenpolitischen Konzeptes den Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung. In diesem Gremium, das 1996 gegründet wurde „arbeiten Interessenvertreter von Seniorinnen und Senioren, Leistungserbringer, Politik und Stadtverwaltung partnerschaftlich zusammen.“¹⁰

Als erster Projektschritt wurde im Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung der Entwurf der „Seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“ erarbeitet. Dieser Entwurf wurde am 27. November 2009 in einer Fachkonferenz im Alten Rathaus öffentlich vorgestellt und diskutiert. Teilnehmende der Fachkonferenz waren engagierte Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter von Wohlfahrtsverbänden und Vereinen, Leistungserbringer aus Seniorenarbeit und Pflege, Mitglieder des Stadtrates, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Vertreterinnen und Vertreter von Wohnungsunternehmen sowie aus verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung.

Die Hinweise und Anregungen aus dieser Diskussionsrunde wurden in die Endfassung der seniorenpolitischen Leitlinien eingearbeitet, welche am 24. Juni 2010 vom Stadtrat beschlossen wurde.

Ausgehend von den seniorenpolitischen Leitlinien wurde eine Situationsanalyse in den Handlungsfeldern der Seniorenpolitik vorgenommen. Das erfolgte in sechs Arbeitsgruppen, die jeweils durch Mitglieder des Arbeitskreises für Seniorenfragen und Altenplanung moderiert wurden mit Beteiligung von

- verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung
- Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Magdeburg
- ehrenamtlich tätigen Seniorinnen und Senioren
- Alten- und Service-Zentren
- Wohlfahrtsverbände und -vereine
- Wohnungsunternehmen
- Magdeburger Verkehrsbetriebe
- Agentur für Arbeit Magdeburg
- Jobcenter LH Magdeburg
- Bürgervereine und Initiativen aus den Magdeburger Stadtteilen
- Freiwilligenagentur Magdeburg e. V.
- Akteure der Seniorenarbeit und von generationsübergreifender Arbeit
- Kreishandwerkerschaft Elbe-Börde
- Industrie- und Handelskammer

¹⁰ Geschäftsordnung des Arbeitskreises für Seniorenfragen und Altenplanung der Landeshauptstadt Magdeburg – siehe Anlage 2 zur DS0162/10 – Beschluss-Nummer 474-20(V)10

- Pflegeanbieter
- Kommunale Bildungs- und Kulturanbieter
- Koordinator für Integration und Zuwanderung
- Hochschule Magdeburg-Stendal

Durch diese Zusammenarbeit entstand ein umfassendes Bild, das die unterschiedlichen Aspekte der Lebensbedingungen und Bedürfnisse der älteren Menschen in Magdeburg berücksichtigt.

Die Analyseergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in vier öffentlichen Diskussionsforen von Februar 2012 bis Juli 2012 vorgestellt und diskutiert. Durch die rege Beteiligung zahlreicher Seniorinnen und Senioren, Akteure und Fachexpertinnen und -experten wurden viele wertvolle Anregungen und Hinweise zusammengetragen und Schlussfolgerungen für die künftige Seniorenpolitik gezogen, die in das vorliegende Konzept eingeflossen sind.

Ebenfalls Berücksichtigung fanden in dem vorliegenden Material die Diskussionsergebnisse des 3. Magdeburger Seniorenforums, welches am 28. September 2012 unter dem Motto „Aktiv bleiben und in Würde altern“ stattfand. Damit konnte das Bild der aktuellen Situation der älteren Magdeburgerinnen und Magdeburger weiter abgerundet werden. Dennoch können die hier beschriebenen Ergebnisse und Schlussfolgerungen nur den Kenntnis- und Diskussionsstand zum Zeitpunkt der Erarbeitung widerspiegeln.

5. Situationsanalyse zu den Handlungsfeldern

5.1. Eigenständige Lebensführung im Alter

5.1.1. Zielstellung zur eigenständigen Lebensführung von Seniorinnen und Senioren

Das Handlungsfeld „Eigenständige Lebensführung“ zielt auf die Menschenwürde und Lebensqualität im Alter.

In der Präambel der seniorenpolitischen Leitlinien ist u. a. formuliert:

„Die Magdeburger Seniorenpolitik folgt dem Grundverständnis vom Alter als einer aktiven Lebensphase, in der eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung und eine Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht werden.“

Damit ist ein Grundanliegen der Magdeburger Seniorenpolitik beschrieben, das durch die Leitlinien 1 bis 8 weiter untersetzt wird.

Damit eine eigenständige Lebensführung älterer Menschen bis ins hohe Alter und auch bei vorhandenen Mobilitätseinschränkungen oder bei Hilfe- bzw. Pflegebedarf möglich ist, müssen entsprechende Bedingungen gegeben sein.

Hierzu gehören eine Wohnung und ein Wohnumfeld, die den Bedürfnissen der älter werdenden Bewohnerinnen und Bewohner gerecht werden. Das betrifft nicht nur die Barrierefreiheit der Wohnung und des Umfeldes, sondern auch die Möglichkeiten der materiellen und gesundheitlichen Versorgung sowie die Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse. Einzelhandel, Dienstleistungen, ÖPNV und gesundheitliche Versorgung sollten im Optimalfall fußläufig erreichbar sein. Notwendige Hilfeangebote sollten vorhanden, nutzbar und auch bekannt sein. Die Menschen müssen sich frei von Ängsten in ihrem Wohngebiet bewegen können. Orte der Kommunikation und Begegnung zur Pflege sozialer Kontakte müssen vorhanden sein. Um gut informiert eigenständig und selbstbestimmt Entscheidungen für die eigene Lebensführung treffen zu können, muss der Zugang zu Informations- und Beratungsangeboten gesichert sein.

5.1.2. Angebotssituation in Magdeburg

5.1.2.1. Wohnen

Das Wohnungsangebot in Magdeburg wurde in den zurückliegenden Jahren zunehmend qualitativ verbessert. Im Zuge von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand wurden zahlreiche Wohnungen so verändert, dass sie auch den Bedürfnissen älterer Bewohnerinnen und Bewohner besser entsprechen z. B. durch Einbau von Aufzügen, Anbau von Balkonen, Modernisierung von Bädern. Der in vielen Wohnhäusern erfolgte Einsatz von Hausmeisterdiensten und Reinigungsfirmen für die Treppenhausreinigung und Wohnumfeldpflege entlastet die Bewohnerinnen und Bewohner und kommt damit vor allem auch den Seniorinnen und Senioren zugute.

Bei der Bewertung der Wohnungsmarktsituation ist zu beachten, dass nur ein Teil der Seniorinnen und Senioren auf eine barrierefreie Wohnung gemäß DIN 18025-1 und 18025-2 bzw. DIN 18040-2¹¹ angewiesen sind. Die Arbeitsgruppe „Eigenständige Lebensführung“ hat sich daher auf Kriterien für „seniorengerechte Wohnungen“ verständigt, die für die Mehrheit der Seniorinnen und Senioren gute Voraussetzungen für einen dauerhaften Verbleib in der Wohnung auch bei eingeschränkter Mobilität und zunehmendem Hilfe- und Pflegebedarf bieten.

Folgende Anforderungen sollten erfüllt sein:

- Der Zugang zur Wohnung sollte über nur wenige Stufen erfolgen, bei Etagenwohnungen per Aufzug.

¹¹ DIN 18040-2 ersetzt die bisherigen DIN 18025-1 und 18025-2. In Sachsen-Anhalt ist die neue DIN 18040 jedoch noch nicht in das Baurecht übernommen worden.

- Die Türen sollten möglichst keine oder nur flache Schwellen aufweisen.
- Der Zugang zum Balkon/Terrasse/Loggia sollte über keine hohe Stufe (max. 10 – 15 cm) erfolgen.
- Die Nachrüstbarkeit von Haltegriffen im Bad und an der Balkontür sollte möglich sein.

Eine Befragung bei den großen Wohnungsunternehmen in Magdeburg ergab einen Bestand von mindestens 25.000 Wohnungen, die diese Anforderungen erfüllen. Da nicht alle Wohnungsunternehmen sich an der Befragung beteiligten, private Vermieter nicht angeschrieben wurden und Wohneigentum nicht berücksichtigt wurde, dürfte die tatsächliche Zahl der seniorengerechten Wohnungen in Magdeburg noch höher liegen. Bei 54.869 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter ab 65 Jahren (Stand 31.12.2011) liegt rein rechnerisch eine gute Versorgungssituation vor. In welchem Umfang die derart ausgestatteten Wohnungen tatsächlich von älteren Mieterinnen und Mietern bewohnt werden, ist jedoch nicht bekannt.

Perspektivisch kann die Wohnsituation der älteren Magdeburgerinnen und Magdeburger schwieriger werden, wenn der Anteil von Seniorinnen und Senioren in Einfamilienhäusern, welche häufig nicht seniorengerecht sind, zunimmt. Nach den Erkenntnissen der „Magdeburger Bürgerumfrage 2010“¹² wohnt die Mehrzahl der heutigen älteren Magdeburgerinnen und Magdeburger in Mietwohnungen: 75,1 % der 60- bis unter 75-jährigen und 85,9 % der 75-jährigen und älteren.

In einem eigenen Haus leben 17,4 % der 60- bis unter 75-jährigen und 12,6 % der 75-jährigen und älteren. Bei den 45- bis unter 60-jährigen liegt der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner eines eigenen Hauses schon bei 19,9 %.

Zu seniorengerechten Wohnangeboten beraten nicht nur die Wohnungsanbieter selbst, sondern auch verschiedene anbieterneutrale Beratungsstellen wie das Zentrale Informationsbüro Pflege im Sozial- und Wohnungsamt oder die Gesellschaft für Prävention im Alter PiA. Informationen und Beratung zu den Möglichkeiten der Wohnraumanpassung an die Bedürfnisse älterer, pflegebedürftiger oder behinderter Menschen erhält man ebenfalls dort sowie bei den Pflegekassen, die bei Vorliegen der entsprechenden gesetzlich geregelten Voraussetzungen die Anpassungsmaßnahmen in der Wohnung mit bis zu 2557 Euro bezuschussen können.

Als spezielle Wohnangebote für Seniorinnen und Senioren gibt es in Magdeburg 22 Seniorenwohnanlagen mit Service-Angeboten bei unterschiedlichen Vermietern, die mit Service-Dienstleistern zusammen arbeiten. Insgesamt stehen 1431 derartige Wohnungen zur Verfügung.

Darüber hinaus bestehen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedarfen drei ambulant betreute Wohngemeinschaften für demenziell erkrankte Menschen und drei Angebote zum ambulant betreuten Wohnen für Menschen mit einer geistigen oder seelischen Behinderung.

5.1.2.2. Einzelhandel / Dienstleistungen

Die Arbeitsgruppe hat sich dahingehend verständigt, dass insbesondere diejenigen Versorgungseinrichtungen und Dienstleister im Wohngebiet fußläufig erreichbar sein sollten, die regelmäßig in kurzen Abständen (mehrmals monatlich) aufgesucht werden müssen. Das betrifft vor allem Einkaufsmöglichkeiten für Waren des täglichen Bedarfs, Apotheken und Banken/ Geldautomaten zur Versorgung mit Bargeld.

Dienstleistungen wie Friseur und Fußpflege wurden von der Arbeitsgruppe in der Priorität für wohnortnahe Versorgung nicht so hoch eingestuft. Hier gibt es zahlreiche Anbieter, die auch Hausbesuche machen, so dass weniger mobile Personen diese Leistungen auch dann in Anspruch nehmen können, wenn sie sich nicht im unmittelbaren Umfeld befinden.

¹² veröffentlicht unter www.magdeburg.de in Reihe: Magdeburg – sozial Band 12 - Ergebnisse der Bürgerbefragung 2010

Mit der Einzelhandelssituation in Magdeburg befasst sich das Magdeburger Märktekonzept.

¹³ Als städtebauliche Ziele sind folgende Leitlinien genannt:

- „Sicherung und Stärkung der oberzentralen Versorgungsfunktion und –nutzungen des Gesamtstandortes
- **Abgestufte Versorgung im Stadtgebiet mit dem Ziel einer „Stadt der kurzen Wege“**
- Attraktivierung und Stärkung der Magdeburger Innenstadt als multifunktionaler Standort mit der höchsten Zentralität im Standortgefüge
- **Sicherung und Entwicklung der dezentral organisierten Nahversorgung in den Stadtzentren und Nahversorgungsbereichen mit dem Ziel, die wohnortnahe Versorgung insbesondere für den immobilen Teil der Bevölkerung zu sichern**
- Konsequente Umsetzung des Sortiments- und Standortleitbildes bei Neuansiedlungen sowie Um- bzw. Ausbaumaßnahmen bestehender Einzelhandelsbetriebe“¹⁴

Dieses dient der Verwaltung als Rechtsgrundlage für die Bewertung von Einzelhandelsvorhaben und gibt Investoren Empfehlungen hinsichtlich möglicher Standorte.

Es unterscheidet dabei in verschiedene Versorgungsbereiche wie „City“, drei Stadtteilzentren, die Sondergebiete Florapark und Bördepark sowie 23 Nahversorgungsbereiche. „Die Nahversorgungsbereiche zeichnen sich durch einen Besatz an Angeboten aus dem täglichen Bedarf aus und sollen insbesondere für die nichtmobilen und älteren Bevölkerungsgruppen die wohnortnahe Versorgung mit Waren des kurzfristigen Bedarfs sichern. Der Einzugsbereich umfasst mindestens 4.000 Einwohnerinnen und Einwohner.“¹⁵

Insbesondere die Nahversorgung mit den Waren des täglichen Bedarfs ist für die eigenständige Lebensführung der Seniorinnen und Senioren bedeutsam. Im Interesse von Menschen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, ist hier eine gute Erreichbarkeit mit kurzen, barrierefreien Wegen wichtig. In nicht versorgten Wohngebieten können Einkaufsdienste eine Unterstützung sein. Dabei ist aber zu beachten, dass dies zwar die Versorgung absichert, aber die Eigenständigkeit und Selbstbestimmtheit dadurch einschränkt ist.

5.1.2.3. *Gesundheitliche Versorgung*

Für die gesundheitliche Versorgung ist die gute (möglichst fußläufige) Erreichbarkeit des Hausarztes und des Zahnarztes wichtig, da diese i. d. R. von allen Menschen regelmäßig bzw. kurzfristig aufgesucht werden müssen. In einigen Stadtteilen in Magdeburg zeichnet es sich ab, dass die Hausarztversorgung schwieriger wird. Aus Altersgründen beendeten in der jüngeren Vergangenheit einige Hausärzte ihre Praxistätigkeit. Einige der bestehenden Hausarztpraxen nehmen keine neuen Patientinnen und Patienten mehr auf.

Da Fachärzte, Sanitätshäuser, Augenoptiker oder Hörgeräteakustiker meist nur in größeren zeitlichen Abständen aufgesucht werden müssen, wären hierbei größere Entfernungen zumutbar, die die Nutzung von (öffentlichen oder privaten) Verkehrsmitteln erfordern.

Physiotherapeuten bieten häufig für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen die Möglichkeit des Hausbesuchs, so dass der Standort der Anbieter weniger wichtig ist. Dennoch kann für Physiotherapiepraxen eine hohe Versorgungsdichte verzeichnet werden.

Mit der pflegerischen Versorgung in Magdeburg befasst sich der „Situationsbericht 2012 zur Pflegeentwicklung in Magdeburg“¹⁶

¹³ DS0553/07 „Aktualisierung des Magdeburger Märktekonzeptes 2007“ und DS0137/12 „Ergänzung des Magdeburger Märktekonzeptes zur Steuerung kleinflächiger Einzelhandelsbetriebe“

¹⁴ DS0137/12 Anlage 1, Seite 6, Hervorhebungen durch Verfasser

¹⁵ DS0553/07, Seite 4

¹⁶ Anlage zur DS0143/12 – veröffentlicht unter www.magdeburg.de in Reihe: Magdeburg – sozial Band 23

5.1.2.4. Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV)

Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Beweglichkeit innerhalb des Stadtgebietes kommt einem bedarfsgerecht ausgebauten öffentlichen Personen-Nahverkehr eine entscheidende Bedeutung zu. Diese Funktion hat in Magdeburg die Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH (MVB). Sie betreibt ein Netz von 9 Straßenbahn- und 11 Buslinien sowie 6 Linien im Anschluss-(Nacht-)verkehr. Damit ist eine weitgehend flächendeckende Erschließung des Stadtgebietes gegeben, die nur in wenigen Bereichen am Stadtrand unzureichend ist. Um die barrierefreie Nutzung zu erreichen, wurden in den zurückliegenden Jahren bereits viele Maßnahmen ergriffen. Mittlerweile wurde die Fahrzeugflotte komplett auf Niederflurfahrzeuge umgerüstet. Das Netz der barrierefreien Haltestellen wird schrittweise ausgebaut. Gegenwärtig besteht hier noch weiterer Handlungsbedarf. Die „Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg – Stand November 2010“¹⁷ benennt die mit der MVB abgestimmten Vorhaben zur barrierefrei Umgestaltung von Haltestellen. Teilweise sind jedoch (kostenbedingt) die Umsetzungszeiträume sehr lang. Wünschenswert wäre eine schnellere Realisierung der Vorhaben. Intensiv befassen sich die AG „Menschen mit Behinderungen“ sowie der Seniorenbeirat mit dieser Problematik und sind im ständigen Austausch mit der MVB.

5.1.2.5. Begegnung und Kommunikation

Angebote zur Begegnung und Kommunikation haben eine wichtige Funktion. Insbesondere in der nachberuflichen Lebensphase, wenn die Kontakte aus dem Arbeitsumfeld nicht mehr bestehen, nimmt die Bedeutung von privaten sozialen Kontakten für das Eingebundensein in die Gesellschaft zu. Neben Familie, Freundeskreis, Vereinen, Nachbarschaften und „Hobbygruppen“ spielen infrastrukturelle Angebote zur Begegnung und Kommunikation eine wichtige Rolle. Diese bieten vielfältige Möglichkeiten zur Pflege und zum Neuknüpfen sozialer Kontakte, zur Information, zu Bildung und zur aktiven Mitgestaltung durch eigenes Engagement. Somit haben sie auch eine präventive Funktion beim Erhalt einer eigenständigen Lebensführung. Zu diesen Infrastruktureinrichtungen zählen insbesondere die 5 Alten- und Service-Zentren (ASZ), die Offenen Treffs bzw. Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren sowie generationsübergreifende Nachbarschaftstreffs bzw. Bürgerhäuser.

5.1.2.6. Information und Beratung

In Gesprächen mit Seniorinnen und Senioren wurde oft deutlich, dass vielen die vorhandenen Einrichtungen, Angebote und Leistungen nicht ausreichend bekannt sind. Somit haben sie nicht die Möglichkeit, diese zu nutzen. Der Information über vorhandene Möglichkeiten sowie der Beratung, welche Angebote und Leistungen im Einzelfall eine sinnvolle Hilfe bieten können, kommt daher eine herausragende Bedeutung zu.

Information und Beratung werden in Magdeburg von verschiedenen Trägern zu unterschiedlichen Themen angeboten. Das betrifft z. B. Informations- und Bildungsangebote zu Gesundheitsfragen, Betreuungsrecht, Verbraucherschutz, Schutz vor Kriminalität, Beratungsangebote für seniorenrechtliches Wohnen und Wohnraumanpassung sowie Pflegeberatung. Informations- und Beratungsstellen, die für Seniorinnen und Senioren besonders relevant sind, sind vor allem die Alten- und Service-Zentren, das Sozial- und Wohnungsamt mit dem Zentralen Informationsbüro Pflege, die öffentlichen Sprechstunden des Seniorenbeirates, Informationsveranstaltungen durch ehrenamtliche Seniorenvereine in unterschiedlichen Einrichtungen, Bildungsangebote der Städtischen Volkshochschule, Pflegeberatung durch die Pflegekassen, Wohnberatung / Wohnraumanpassungsberatung.

Um die Informations- und Beratungsstellen allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt bekannt zu machen, werden viele Kanäle wie Presseveröffentlichungen, Informationsblätter und Broschüren, Informationsstände bei öffentlichen Veranstaltungen wie Stadtfesten genutzt. Die

¹⁷ DS0519/10, Anlage 2, Tabelle 5

Erfahrungen zeigen jedoch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in der Regel erst dann informieren, wenn ein akuter Bedarf infolge eigener Betroffenheit besteht.

5.1.2.7. *Unterstützungsangebote*

Bei eingeschränkter Mobilität, nachlassenden Kräften oder Pflegebedürftigkeit sind entsprechende Unterstützungsangebote erforderlich, damit eine eigenständige Lebensweise bis ins hohe Alter möglich ist. Hierbei handelt es sich i. d. R. um aufsuchende Hilfen, so dass der Standort der jeweiligen Anbieter unerheblich ist. Zu den Angeboten zählen die ambulanten Pflegedienste aber auch vorpflegerische und pflegeergänzende Dienste wie hauswirtschaftliche Hilfen, Mahlzeitendiensten („Essen auf Rädern“), ehrenamtliche Besuchs- und Begleitedienste.

Der Pflegewegweiser Magdeburg¹⁸ führt gegenwärtig 36 ambulante Pflegedienste, 4 Angebote von „Essen auf Rädern“, 27 Anbieter hauswirtschaftlicher Hilfen und 5 Hausnotrufdienste auf.

5.1.3. Versorgungssituation in den Stadtteilen

Um zu beurteilen, inwieweit die Stadt den Bedürfnissen ihrer älteren Bewohnerinnen und Bewohner gerecht wird, wurden 2011 alle bewohnten Magdeburger Stadtteile durch die Mitglieder der Unterarbeitsgruppe detailliert untersucht. In die Bewertung wurde das Vorhandensein und die gute Erreichbarkeit von

- Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel
- Hausarzt, Zahnarzt, Apotheke
- Sparkasse/Bank, mindestens aber Geldautomat
- Begegnungsmöglichkeit für ältere Menschen (z. B. ASZ, Offene Treffs, Begegnungsstätten, Bürgerhäuser, Nachbarschaftstreffs)

einbezogen.

Ein weiteres wichtiges Kriterium war die barrierefreie Erschließung des Stadtteils durch den ÖPNV.

Nach diesen Kriterien zeigte sich, dass viele Wohngebiete „sehr gute“ Bedingungen für einen möglichst langen Verbleib in der eigenen Wohnung auch bei gesundheitlichen Einschränkungen und zunehmendem Hilfebedarf bieten. Als „sehr gut“ wurden die Stadtteile bewertet, in denen alle notwendigen Einrichtungen vorhanden und flächendeckend gut erreichbar sind. Hierzu zählen die Stadtteile Altstadt, Leipziger Straße, die Großwohnsiedlungen Neustädter Feld, Neu Olvenstedt und Kannenstieg. Ebenso als „sehr gut“ zu bewerten sind große Bereiche der Stadtteile Neustädter See und Neue Neustadt. In Neustädter See gilt das nur für die Großwohnsiedlung. Die Siedlung Eichenweiler verfügt über keine Versorgungseinrichtungen und ist nicht mit ÖPNV erschlossen. In Neue Neustadt ist der Bereich entlang der Lübecker Straße „sehr gut“ ausgestattet. Das Wohngebiet Curie-Siedlung kann aufgrund der nicht barrierefreien Erschließung mit ÖPNV nur als „relativ gut“ bewertet werden. Sehr gut hinsichtlich der Versorgungsangebote sind auch die Stadtteile Stadtfeld Ost und Sudenburg. Hier ist aber die barrierefreie ÖPNV-Erschließung als unzureichend einzuschätzen, da in Stadtfeld Ost keine und in Sudenburg nur eine barrierefreie Haltestelle (Südring) vorhanden ist.

In den genannten, als „sehr gut“ oder „sehr gut mit Einschränkungen“ eingeschätzten Stadtteilen leben ca. 55 % der Magdeburger Bevölkerung ab 65 Jahre.

Eine Bewertung als „gut“ erhielten die Stadtteile, in denen alle notwendigen Einrichtungen vorhanden und für die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner gut erreichbar sind. Diese Stadtteile weisen in der Regel eine unzureichende oder nur teilweise barrierefreie ÖPNV-Erschließung auf. Die Versorgungseinrichtungen sind im Stadtteil verteilt, aber aus einzelnen Bereichen der Stadtteile nur über größere Entfernungen erreichbar.

¹⁸ Pflegewegweiser unter www.magdeburg.de Stand 08.05.2012

Das betrifft die Stadtteile Alt Olvenstedt und Reform, die nur teilweise barrierefrei mit ÖPNV erschlossen sind.

Gut ausgestattet, aber unzureichend barrierefrei mit ÖPNV erschlossen sind die Stadtteile Stadtfeld West, Ottersleben, Cracau und Buckau. Der Stadtteil Hopfengarten kann im nördlichen Bereich als „gut“ bewertet werden, während der Bereich südlich der Straße „Am Hopfengarten“ außer einem Zahnarzt keine Versorgungseinrichtungen aufweist. In den Stadtteilen dieser Kategorie leben ca. 27 % der Magdeburger Bevölkerung ab 65 Jahre.

Stadtteile, in denen (fast) alle notwendigen Versorgungseinrichtungen vorhanden sind und bezogen auf die Siedlungsstruktur oder Stadtteilgröße für die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner zumutbar erreichbar sind, wurden als „relativ gut“ eingeschätzt.

Dazu zählen die Stadtteile Rothensee, Alte Neustadt, Werder, Lemsdorf sowie der alte Dorfkern von Diesdorf. Das Wohngebiet Diesdorf Süd verfügt weder über Versorgungseinrichtungen noch über barrierefreie ÖPNV-Erschließung. Die ÖPNV-Haltestellen in Rothensee sind barrierefrei. In Alte Neustadt und im Diesdorfer Dorfkern besteht teilweise barrierefreier ÖPNV. Werder und Lemsdorf sind nicht barrierefrei mit ÖPNV erschlossen, wobei zu berücksichtigen ist, dass Lemsdorf flächenmäßig nur sehr klein ist und daher kurze Wege aufweist. In den „relativ gut“ für Seniorinnen und Senioren geeigneten Stadtteilen leben knapp 9 % der Magdeburger Bevölkerung ab 65 Jahre.

In den Stadtteilen Nordwest, Farmersleben, Salbke und Brückfeld gibt es zwar verschiedene Versorgungsangebote. Diese sind jedoch an einem Standort konzentriert und daher für einen großen Teil der Bevölkerung nur über relativ weite Wege erreichbar. In diesen Stadtteilen leben knapp 6 % der Magdeburger Bevölkerung ab 65 Jahre.

Die übrigen Stadtteile verfügen über gar keine oder nur einzelne Versorgungsangebote und wurden deshalb als „schlecht“ geeignet für eine dauerhaft eigenständige Lebensführung älterer Menschen eingeschätzt. Das betrifft die Mehrzahl der am Stadtrand gelegenen Stadtteile. Hier leben fast 4 % der 65-jährigen und älteren Magdeburgerinnen und Magdeburger.

Stadtteil	Versorgungssituation (Waren tägl. Bedarf / Gesundheit / Soziales / Banken)	barrierefreie ÖPNV-Erschließung	Einw. ab 65 J. (31.12.2011)
Altstadt	sehr gut	barrierefrei	4570
Kannenstieg	sehr gut	barrierefrei	1944
Neustädter Feld	sehr gut	barrierefrei	2143
Neu Olvenstedt	sehr gut	barrierefrei	1998
Leipziger Straße	sehr gut	barrierefrei	4023
Stadtfeld Ost	sehr gut	unzureichend	4632
Sudenburg	sehr gut	unzureichend	3583
Neue Neustadt	sehr gut entlang Lübecker Str., relativ gut in Curie-Siedlung	barrierefrei entlang Lübecker Straße	3248
Neustädter See	sehr gut in der Großwohnsiedlung, keine Versorgung in Eichenweiler	barrierefrei in der Großwohnsiedlung, keine Erschließung in Eichenweiler	3692
Alt Olvenstedt	gut	teilweise barrierefrei	653
Reform	gut	teilweise barrierefrei	4369

Stadtteil	Versorgungssituation (Waren tägl. Bedarf / Gesundheit / Soziales / Banken)	barrierefreie ÖPNV- Erschließung	Einw. ab 65 J.
Stadtfeld West	gut	unzureichend	4473
Ottersleben	gut	unzureichend	1883
Cracau	gut	unzureichend	1872
Buckau	gut	unzureichend	723
Hopfengarten	im nördlichen Bereich gut	unzureichend	1001
Rothensee	relativ gut	barrierefrei	538
Alte Neustadt	relativ gut	teilweise barrierefrei	2209
Lemsdorf	relativ gut	keine barrierefreie Erschließung, aber kurze Wege	558
Werder	relativ gut	unzureichend	789
Diesdorf	relativ gut im Dorfkern, keine Versorgung in Diesdorf Süd	teilweise barrierefrei	658
Brückfeld	nicht flächendeckend, nur punktuell: Lebensmittel, Hausarzt, Apotheke, Geldautomat konzentriert am Standort "Angersiedlung"; am "Heumarkt" nur Zahnarzt	teilweise barrierefrei	542
Nordwest	nicht flächendeckend, nur punktuell: Lebensmittel, medizinische Versorgung, Bank konzentriert an einem Standort	unzureichend	1059
Fermersleben	nicht flächendeckend, nur punktuell: Lebensmittel, medizinische Versorgung, Bank konzentriert an einem Standort	unzureichend	677
Salbke	nicht flächendeckend, nur punktuell: Lebensmittel, medizinische Versorgung, Bank, Soziales konzentriert an einem Standort	unzureichend	876
Berliner Chaussee	schlecht: nur 2 Getränkehandel, keine weiteren Angebote	unzureichend	419
Prester	schlecht: nur 2 Getränkehandel und 1 Bäcker, keine weiteren Angebote	unzureichend	357
Westerhüsen	schlecht: nur ein Zahnarzt, vereinzelt Lebensmittel	unzureichend	716
Pechau	schlecht: 1 Lebensmittelhandel, 1 Getränkehandel, keine weiteren Angebote	unzureichend	96
Beyendorf/ Sohlen	schlecht: 1 Lebensmittelhandel, keine weiteren Angebote	unzureichend	208
Herrenkrug	schlecht: keine Angebote	barrierefrei	215
Randau/ Calenberge	schlecht: keine Angebote	unzureichend	107

5.1.4. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen

Neuen Wohnformen wie Senioren-Wohngemeinschaften steht die Landeshauptstadt Magdeburg aufgeschlossen gegenüber. Da gemeinschaftliches Wohnen sehr unterschiedlich gestaltet sein kann, ist es nicht möglich, ein Wohnobjekt anzubieten und dafür die „passenden“ Mieterinnen und Mieter zu suchen. Das konkrete Objekt muss anhand der Wünsche und Bedürfnisse der Interessenten ausgewählt und gegebenenfalls entsprechend hergerichtet werden. Bei der Objektsuche ist die Landeshauptstadt Magdeburg bereit, moderierende Unterstützung zu bieten und gegenüber den Wohnungsunternehmen zu vermitteln.

Für die Ermöglichung einer eigenständigen Lebensführung bis ins hohe Alter muss der Barrierefreiheit eine hohe Bedeutung beigemessen werden. Auch um bei Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich ambulant in der eigenen Wohnung gepflegt werden zu können, ist die barrierefreie oder zumindest seniorengerechte Gestaltung der Wohnung von entscheidender Bedeutung. Neben der Barrierefreiheit der Wohnungen ist auch die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums unverzichtbar. Das betrifft auch die Beschaffenheit von Gehwegen und Straßenquerungen und die Zugänglichkeit von öffentlichen Einrichtungen und Geschäften. Um den öffentlichen Raum nutzerfreundlich und damit auch seniorengerecht zu gestalten ist ebenso auf ausreichende Straßenbeleuchtung, seniorengerechte Sitzbänke (mit Rückenlehnen und Armlehnen als Aufstehhilfe) sowie öffentliche Toiletten Wert zu legen. Der öffentliche Raum kann bei ansprechender Aufenthaltsqualität ein Kommunikationsort sein und kann aktivierend wirken.

Hinsichtlich der bedarfsgerechten Nutzbarkeit des ÖPNV gibt es noch Verbesserungsbedarf. Unbedingt sollte der Ausbau barrierefreier Haltestellen weiter zügig fortgesetzt werden, da moderne Niederflurfahrzeuge nur in Kombination mit barrierefreien Haltestellen mobilitätsbeeinträchtigten Menschen die Nutzung ohne fremde Hilfe ermöglichen. Kritisiert wurde die unzureichende Lesbarkeit der Fahrpläne an den Haltestellen, die in einer Höhe angebracht sind, die durch Rollstuhlfahrer, Kinder und kleinwüchsige Menschen schlecht zu erkennen ist.

Eine entscheidende Bedeutung für die eigenständige Lebensführung im Alter kommt bedarfsgerechten Informationen und Beratungsangeboten zu. Dezentrale Anlaufstellen in den Wohnquartieren spielen dabei eine wichtige Rolle wie z. B. Alten- und Service-Zentren, Offene Treffs, Mehrgenerationenhäuser, Nachbarschaftstreffs, Bürgerhäuser. Hier sollten gezielt Beratungsangebote vorgehalten und Informationen gegeben werden. Aber auch der Kontakt zwischen den Nutzerinnen und Nutzern und der wechselseitige Austausch tragen zu Informiertheit der Besucherinnen und Besucher bei. Daher ist es wichtig, ein Netz von stadtteilorientierten Anlaufstellen aufrecht zu erhalten und wenn möglich zu erweitern. Um das dauerhaft finanzieren zu können, ist auch die Gewinnung von neuen Partnern erforderlich. Die Landeshauptstadt Magdeburg wird hierzu anstreben, die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen zu intensivieren.

Ein besonderer Bedarf besteht hinsichtlich der Information und Beratung zu Pflegefragen und Pflegeangeboten. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger sich objektiv über rechtliche und finanzielle Fragen der Pflege sowie mögliche Pflege- und Hilfsangebote informieren können, können die für den Einzelfall optimalen Pflegearrangements getroffen werden. Der „Situationsbericht 2012 zur Pflegeentwicklung in Magdeburg“¹⁹ zeigt, dass in Magdeburg der Anteil der stationären Pflege gegenüber den in der Häuslichkeit gepflegten Menschen nach wie vor hoch ist. Bekanntermaßen ist es der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie möglich zu Hause versorgt zu werden. Zum Teil wird jedoch vorschnell die stationäre Pflege gewählt, weil die Betroffenen bzw. ihre Angehörigen keine ausreichende Kenntnis der Möglichkeiten zur ambulanten Pflege und der pflegeergänzenden Angebote haben. Mit einer umfassenden Beratung könnte hier Abhilfe geschaffen werden.

¹⁹ Anlage zur DS0143/12 – veröffentlicht unter www.magdeburg.de in Reihe: Magdeburg – sozial Band 23

Die 2009 (zunächst als Pilotprojekt – ab 2011 dauerhaft) installierte „vernetzte Pflegeberatung“ führte jedoch bisher nicht im gewünschten Maße zu einer spürbaren Verbesserung der Beratung und Information der Bevölkerung. Die Standorte der Pflegeberatungsstellen sind nicht ausreichend über das Stadtgebiet verteilt, so dass eine „wohnnortnahe“ Beratung nicht für alle Bürgerinnen und Bürger erreicht wird. Auch die Öffentlichkeitsarbeit ist bisher unzureichend, da das Beratungssystem bei einem großen Teil der Bürgerinnen und Bürger nicht bekannt ist. Hier müssen die Träger der vernetzten Pflegeberatung (Kassen und Kommune) gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten suchen.²⁰

Wichtige Unterstützung für eine eigenständige Lebensführung können Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Besuchsdienste in einem gut funktionierenden Gemeinwesen leisten. Soll Nachbarschaftshilfe nicht nur zufällig und individuell organisiert werden, sondern als verlässliches Angebot bestehen, sind strukturelle Voraussetzungen notwendig. Das sind unter anderem gut erreichbare und allgemein bekannte Anlauf- und Koordinierungsstellen in den Stadtteilen sowohl für die Helfenden als auch für die Adressaten der Hilfe. Die Anlauf- und Koordinierungsstellen können unterschiedlich organisiert sein, sei es in Anbindung an die Alten- und Service-Zentren, in Bürger- oder Mehrgenerationenhäusern oder bei anderen vor Ort ansässigen Akteuren. Wichtig ist, dass hier kompetente Ansprechpartner für Helfende und Hilfesuchende beratend und vermittelnd zur Verfügung stehen. Die Öffentlichkeitsarbeit, um diese ehrenamtlichen Angebote bekannt zu machen, ist von großer Bedeutung, damit Hilfesuchende hier auch ihre Bedarfe anmelden können. Die bisherigen Erfahrungen der Akteure in der Seniorenarbeit zeigen, dass bestehende Unterstützungsbedarfe vor allem alleinlebender Seniorinnen und Senioren oftmals nicht bekannt sind, so dass ehrenamtliche Hilfe nicht greifen kann.

²⁰ Weitere Ausführungen siehe Information I0224/12

5.2. Soziale Netzwerke von Seniorinnen und Senioren

5.2.1. Netzwerkebenen

Unter sozialen Netzwerken versteht man die realen Beziehungen und Interaktionen zwischen den Individuen. Bei sozialen Netzwerken werden drei Beziehungsebenen unterschieden.²¹

Primäre oder mikrosoziale soziale Netzwerke bezeichnen das private Netzwerk eines Individuums, in das es hineingeboren wird oder das es selbst wählt, also familiäre, verwandtschaftliche, nachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen.

Unter sekundären oder makrosozialen Netzwerken versteht man privat marktwirtschaftliche und öffentlich organisierte Netzwerke auf institutioneller Ebene.

Tertiäre oder mesosoziale Netzwerke stellen eine mittlere Ebene zwischen primären und sekundären Netzwerken dar, die als vermittelnde Instanz zwischen beiden fungieren kann.

5.2.2. Zur Rolle von sozialen Netzwerken

Jeder Mensch braucht soziale Netze. Das Eingebundensein in eine Gemeinschaft entspricht dem Wesen des Menschen. Dabei erfüllen Netzwerke verschiedene Funktionen:

- Ressourcenbündelung (unterschiedliche Fähigkeiten, Kräfte, Kompetenzen mehrerer verknüpfen zur Umsetzung gemeinsamer Interessen / Erreichung gemeinsamer Ziele)
- Praktische und materielle Unterstützung
- Informationsaustausch
- gegenseitiger Rat
- emotionale Zuwendung, Geborgenheit, Zugehörigkeitsgefühl
- Selbstwertgefühl, Motivation
- Lebenssinn, Eingebundensein durch sinnstiftende Tätigkeit in der Gemeinschaft

Die Bedeutung von sozialen Netzwerken ist unabhängig vom Alter der Person. Die Arten der Netzwerke, ihre Größe und Intensität verändern sich jedoch in den verschiedenen Lebensphasen. Während in der Erwerbsphase z. B. berufliche Kontakte eine größere Rolle spielen, treten diese mit dem Eintritt in das Rentenalter in der Regel in den Hintergrund. Häufig nimmt dann die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement, Vereinsarbeit und Hobbys für das Selbstwertgefühl und das Selbstbild von der eigenen Rolle in der Gesellschaft zu. Die privaten Netze in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft werden wichtiger. Gleichzeitig werden die privaten Netze im hohen Alter oftmals kleiner: Der Kontakt zu Freunden wird wegen nachlassender Mobilität erschwert, der Freundeskreis verringert sich durch Sterbefälle, Familienangehörige wohnen oft nicht in der Nähe, die Möglichkeiten eigener Aktivitäten in Vereinen etc. werden eingeschränkt ...

Beratung und Unterstützung leisten jedoch nicht nur die Partner in privaten Netzen. Professionelle Hilfestrukturen auf der Ebene der sekundären Netzwerke nehmen in dem Maß an Bedeutung zu, wie der Hilfe- und Unterstützungsbedarf zunimmt und/oder die privaten (primären) Netze diesen Bedarf nicht (mehr) decken können.

5.2.3. Zielstellung zur Entwicklung sozialer Netzwerke von Seniorinnen und Senioren in Magdeburg

Die Eingebundenheit der Seniorinnen und Senioren in soziale Netzwerke bildet einen Grundgedanken der seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg. Bereits in der Präambel sind u. a. die Ansprüche an das seniorenpolitische Konzept formuliert:

„Damit sollen

- die Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren zum Nutzen des Gemeinwesens und für die Meisterung der individuellen Lebenssituation erschlossen,

²¹ vgl. Bullinger, Herrmann; Nowak, Jürgen (1998): „Soziale Netzwerkarbeit. Eine Einführung“, Lambertus-Verlag, Freiburg i. Br.

- Hilfe- und Unterstützungsbedarf berücksichtigt,
- Ausgrenzung durch Altersarmut vermieden und
- die Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen der Seniorinnen und Senioren verbessert werden.“

In mehreren Leitlinien werden ausdrücklich der Aufbau und die Stärkung von sozialen und nachbarschaftlichen Netzwerken und Nachbarschaftshilfen als Kernaktivität genannt. (Leitlinien 2, 5 und 6)

Die primären sozialen Netzwerke sind auf der persönlichen Ebenen der Seniorinnen und Senioren angesiedelt und nicht von außen durch Dritte steuerbar. Die konzeptionelle Zielstellung ist auf die Stärkung der sekundären und tertiären Netze gerichtet, um den Rahmen zu schaffen, der die Bildung von primären Netzen begünstigt.

Soziale Einrichtungen wie Alten- und Service-Zentren und offene Treffs, Nachbarschaftszentren und auch Wohn- und Pflegeeinrichtungen können eine wichtige Rolle bei der Entstehung und Stärkung von privaten sozialen Netzen spielen. Die Begegnungs- und Kommunikationsangebote sowie gemeinsame Aktivitäten der Nutzerinnen und Nutzer bieten zum Einen ein Eingebundensein in das Netz der jeweiligen Einrichtung und können andererseits eine Initial-Funktion zur Entstehung persönlicher Beziehungen und Freundschaften zwischen den Nutzerinnen und Nutzern haben.

Gleichzeitig bilden die Netzwerkstrukturen der Einrichtungen eine „Brücke“ für die Nutzerinnen und Nutzer zu den Angeboten der jeweiligen Netzwerkpartner. Somit können die seniorenpolitischen Ziele „Aktivität und Hilfe im Alter“ bestmöglich erreicht werden, wenn jeder ältere Mensch Zugangsmöglichkeiten zu Einrichtungen hat, die selbst oder durch ihre Netzwerkpartner alle Lebensbereiche Kultur, Bildung, Sport, politische Teilhabe, Beratung, Betreuung, Service berücksichtigen. Das bezieht auch die Erreichbarkeit dieser Einrichtungen im Wohnumfeld/Stadtteil ein.

5.2.4. Netzwerkstrukturen in Magdeburg

Zur Verdeutlichung unterschiedlicher Netzwerke werden im Folgenden drei typische Beispiele hinsichtlich ihres Beitrags zur Stärkung der primären sozialen Netze von Seniorinnen und Senioren in Magdeburg beschrieben.

A) Alten- und Service-Zentren

Die Alten- und Service-Zentren sind infrastrukturelle Einrichtungen der offenen Altenarbeit, deren wesentliche Aufgaben in den Angeboten zur Begegnung und Kommunikation, Kultur- und Bildungsangeboten, sozialer Beratung und der Unterstützung durch Vermittlung von Hilfeleistungen besteht. Eine wichtige Vernetzungsfunktion besteht in ihrer regionalen Ausrichtung. Mit den Offenen Treffs derselben Sozialregion bilden sie ein System zur wohnortnahen Seniorenbetreuung in den Regionen, in welchem die Alten- und Service-Zentren fachlich-inhaltliche Unterstützung für die personell geringer ausgestatteten Offenen Treffs²² leisten.

Die Alten- und Service-Zentren haben in den Regionalen Arbeitsgruppen Altenhilfe (RAGAH) eine tragende Rolle. Die RAGAH sind lokale Netzwerke der Akteure im Bereich der Seniorenarbeit und Pflege mit dem Ziel des fachlichen Austausch und der Ressourcenbündelung innerhalb der Sozialregion, um die Lebensbedingungen der Seniorinnen und Senioren in der Sozialregion zu stärken.

Darüber hinaus besteht eine lokale Vernetzung mit anderen Akteuren im Stadtteil im Rahmen der Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit (AG GWA), wodurch u. a. generationsübergreifende Ansätze befördert werden.

²² in der Regel Beschäftigte des 2. Arbeitsmarktes und/oder ehrenamtliche Kräfte

Weitere fachlich-inhaltliche Netzwerke bestehen mit den Alten- und Service-Zentren der anderen Sozialregionen sowie im Rahmen des Systems der Vernetzten Pflegeberatung in Magdeburg mit den anderen kommunalen und den pflegekassengebundenen Anlaufstellen.

Die Rolle der Alten- und Service-Zentren für die Bildung und Stärkung der sozialen Netze der Seniorinnen und Senioren ergibt sich aus den Begegnungs- und Kursangeboten, den Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer sowie aus den gezielten Bestrebungen durch die Alten- und Service-Zentren zum Aufbau von Telefonketten, ehrenamtlichen Besuchsdiensten und Nachbarschaftshilfen.

B) örtliche Bürgervereinigungen

In zahlreichen Stadtteilen bzw. Wohngebieten von Magdeburg bestehen lokale Zusammenschlüsse von Bewohnern in Form von Bürgervereinen, Interessengemeinschaften, Siedlergemeinschaften, Heimatvereinen u. ä. Sie sehen ihre Aufgabe in der Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil durch Belebung der Stadtteilkultur und des nachbarschaftlichen Miteinanders und das Aufgreifen von sozialen, städtebaulichen und infrastrukturellen Problemen.

Durch die unmittelbare Mitgliedschaft von Bewohnerinnen und Bewohnern in den Bürgervereinigungen bilden sie für die Mitglieder die Basis für persönliche (primäre) Netze.

In der Regel arbeiten die Bürgervereinigungen im lokalen Netzwerk der AG GWA mit anderen Akteuren im Stadtteil zusammen. Gegenüber Dritten übernehmen sie oft eine Vermittlungsfunktion als Interessenvertreter der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner.

Die meisten Bürgervereinigungen bieten selbst Leistungen für die Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner an, unabhängig davon, ob diese Mitglied sind. So werden beispielsweise Nachbarschaftshilfen organisiert, Besuchs- oder Begleitedienste angeboten oder Seniorennachmittage durchgeführt. Durch Angebote und Veranstaltungen im Stadtteil bieten die Bürgervereinigungen Gelegenheiten für die Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner, untereinander Kontakte zu knüpfen und private Netze zu bilden.

C) Altenpflegeheime

Die Vernetzungsstrukturen von Altenpflegeheimen wurden an dem Beispiel der Pro Seniore Residenz Hansa Park analysiert, sind jedoch im Wesentlichen auch bei anderen Pflegeeinrichtungen in ähnlicher Form zu finden.

Die Einrichtung ist regional vernetzt mit anderen Akteuren der Seniorenarbeit und Pflege innerhalb der RAGAH.

Eine fachliche Vernetzung besteht im Rahmen der Magdeburger Demenzinitiative mit anderen Leistungserbringern, Medizinerinnen und Sozialarbeitern.

Die Pro Seniore Residenz Hansa Park ist darüber hinaus als Vertretung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa) im Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung mit Wohlfahrtsverbänden, Seniorenbeirat, Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung vernetzt.

Das Pflegeheim selbst bildet ein Netzwerk der unterschiedlichen internen Aufgabenbereiche sowie mit externen Kooperationspartnern.

Für die Bewohner der Einrichtung stellt das Heim ein Hilfenetz dar, das für sie den Zugang zu verschiedenen Leistungen herstellt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Heimes unterstützen beim Erhalt bzw. Aufbau von sozialen Netzen und stellen die Verbindung zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und den Hilfenetzen her.

Durch die Alltagsgestaltung und durch verschiedene Veranstaltungen im Heim wird das Knüpfen von privaten Netzen zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern erleichtert. Die Einbeziehung von Angehörigen und die Öffnung des Heimes nach außen unterstützen die Aufrechterhaltung bestehender sozialer Netze und die Integration der Bewohnerinnen und Bewohner in das Stadtleben.

5.2.5. Sozialräumliche Betrachtung

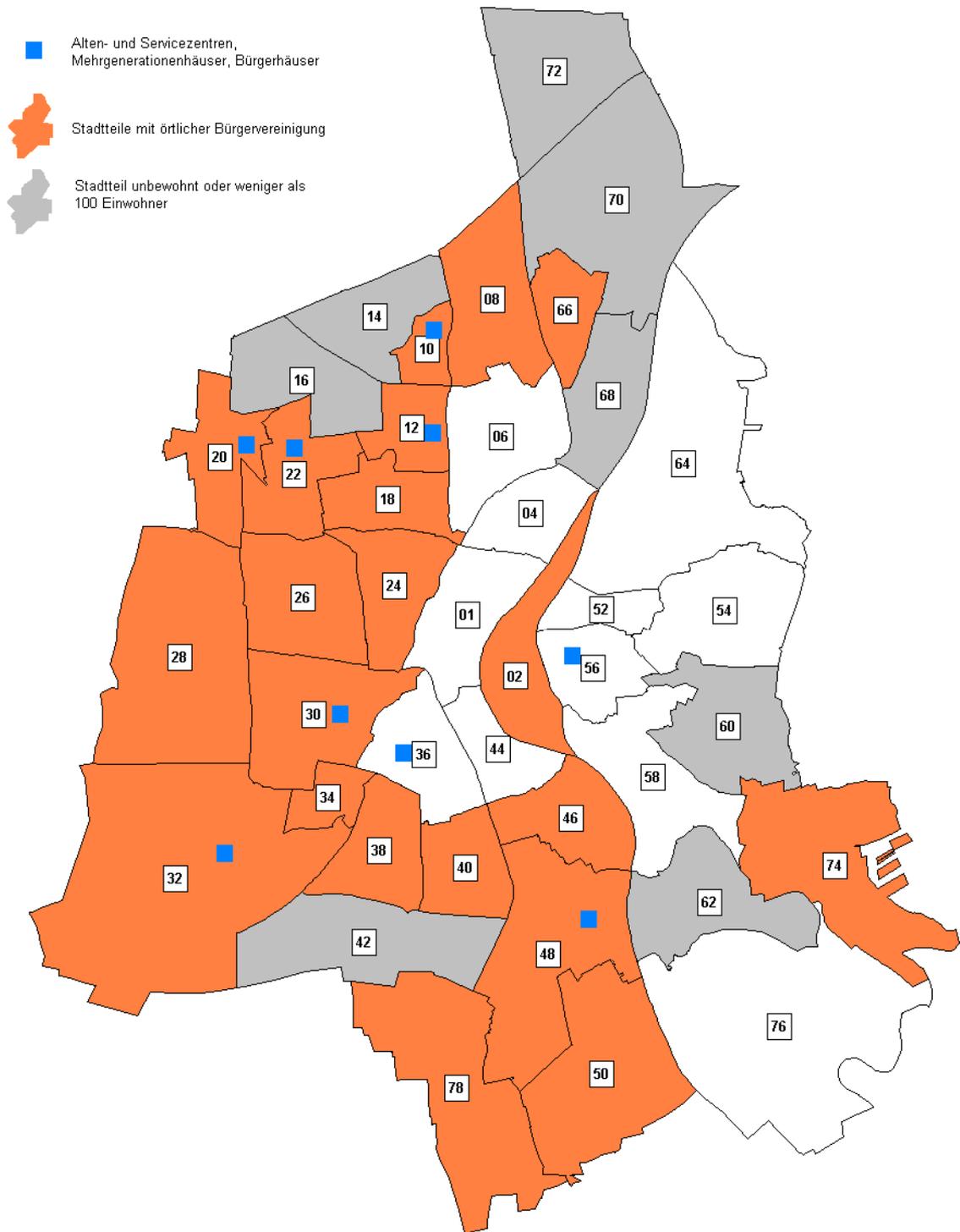
Infrastrukturelle Einrichtungen, die selbst oder durch ihre Netzwerkspartner Angebote zu Kultur, Bildung, Sport, politischer Teilhabe, Begegnung und Geselligkeit, Beratung, Betreuung und Service bereithalten, sind vor allem die Alten- und Service-Zentren, Mehrgenerationenhäuser und Bürgerhäuser. Derartige Einrichtungen befinden sich in den Stadtteilen

- Kannenstieg, Neu Olvenstedt, Sudenburg, Leipziger Straße, Cracau (Alten- und Service-Zentren),
- Neustädter Feld, Ottersleben (Mehrgenerationenhäuser),
- Salbke, Alt Olvenstedt (Bürgerhäuser).

Wichtige Netzwerke in den Stadtteilen sind darüber hinaus die örtlichen Bürgervereinigungen, die sich in mehr als 20 Stadtteilen für die Belange der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner einsetzen. Derartige Bürgervereinigungen sind in den Stadtteilen Rothensee, Kannenstieg, Neustädter See, Neustädter Feld, Nordwest, Alt und Neu Olvenstedt, Stadtfeld Ost, Stadtfeld West, Sudenburg, Diesdorf, Ottersleben, Lemsdorf, Reform, Hopfengarten, Beyendorf-Sohlen, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Werder, Pechau aktiv.

Übersicht der Stadtteile:

01 - Altstadt	28 - Diesdorf	56 - Cracau
02 - Werder	30 - Sudenburg	58 - Prester
04 - Alte Neustadt	32 - Ottersleben	60 - Zipkeleben
06 - Neue Neustadt	34 - Lemsdorf	62 - Kreuzhorst
08 - Neustädter See	36 - Leipziger Straße	64 - Herrenkrug
10 - Kannenstieg	38 - Reform	66 - Rothensee
12 - Neustädter Feld	40 - Hopfengarten	68 - Industriehafen
14 - Sülzegrund	42 - Beyendorfer Grund	70 - Gewerbegebiet Nord
16 - Großer Silberberg	44 - Buckau	72 - Barleber See
18 - Nordwest	46 - Fermersleben	74 - Pechau
20 - Alt Olvenstedt	48 - Salbke	76 - Randau-Calenberge
22 - Neu Olvenstedt	50 - Westerhüsen	78 - Beyendorf-Sohlen
24 - Stadtfeld Ost	52 - Brückfeld	
26 - Stadtfeld West	54 - Berliner Chaussee	



Betrachtet wurden auch andere Infrastruktureinrichtungen wie Offene Treffs, Begegnungsstätten, Nachbarschaftstreffs, Bildungseinrichtungen und Beratungsstellen. Diese erfüllen in der Regel einzelne Aufgaben aus dem Spektrum Kultur, Bildung, Sport, politische Teilhabe, Begegnung/Geselligkeit, Beratung, Betreuung und Service und haben meist nicht den Anspruch, alle Bereiche abzudecken. Auch haben sie nicht in jedem Fall einen stadtteilbezogenen Ansatz. Sie können jedoch als Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger zu anderen Angeboten vermitteln oder Informationen zu sonstigen Angeboten weitergeben.

Eine andere Arbeitsweise als soziales Netzwerk liegt den verschiedenen Seniorengruppen zugrunde. In ihr engagieren sich Seniorinnen und Senioren für ihre Mitmenschen. Dabei sind sie – selbst oder mit verschiedenen Kooperationspartnern – in vielen Aufgabenbereichen aktiv. Ein bestimmter räumlicher Bezug ist in der Regel nicht gegeben

Ebenfalls eine wichtige Funktion im sozialen Netzwerk der Seniorinnen und Senioren nehmen die aufsuchenden sozialen Dienste ein, wie der Soziale Dienst des Sozial- und Wohnungsamtes, der flächendeckend in der gesamten Stadt aktiv ist, sowie soziale Dienste freier Träger oder ehrenamtliche Besuchsdienste. Sie unterstützen und beraten und stellen die Verbindung zu unterschiedlichen Angeboten und Einrichtungen her.

Wichtig für die Stärkung und Stabilisierung der sozialen Netzwerke der Seniorinnen und Senioren ist die Aufrechterhaltung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen in den Stadtteilen und die Unterstützung der alternativen Netzwerke in den Stadtteilen, die nicht über Infrastruktureinrichtungen verfügen. Insbesondere die Einbindung der Vereine und Einrichtungen in lokale Netzwerksgremien wie die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit sowie die regionalen Arbeitsgruppen Altenhilfe (RAGAH) kann die Arbeit der Akteure effektiver, Ressourcen bündeln und den Informationsfluss stärken, so dass die Seniorinnen und Senioren im Stadtteil davon profitieren.

5.2.6. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen

Trotz vorhandener Strukturen, die die sozialen Netzwerke von Seniorinnen und Senioren unterstützen, gibt es einsame isoliert lebende Seniorinnen und Senioren in Magdeburg. Sofern es sich dabei nicht um eine individuell gewollte Lebensweise handelt, sind für diese Menschen Wege zu eröffnen, damit sie sich soziale Netzwerke erschließen können. Gründe für eine ungewollte Vereinsamung können z. B. Unkenntnis über vorhandene Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil, Verunsicherung oder Schüchternheit sein. Um diese Seniorinnen und Senioren zu erreichen, müssen die vorhandenen Hemmnisse abgebaut werden: Um den Bekanntheitsgrad von bestehenden Angeboten zu erhöhen, muss die Öffentlichkeitsarbeit auf mehreren Wegen erfolgen. Informationsbroschüren oder Faltblätter erreichen nicht jeden. Auch die Tagespresse liest nicht jeder. Zweckmäßig kann eine Vereinbarung mit den Vermietern sein, dass Informationen über die Angebote im Quartier als Aushänge in den Hausfluren angebracht werden können und in den bei vielen Wohnungsunternehmen vorhandenen Mieterzeitschriften veröffentlicht werden.

Beste Werbung für die Angebote ist jedoch „Mundpropaganda“, was aber voraussetzt, dass die Adressaten mit anderen z. B. mit Nachbarn ins Gespräch kommen.

Auch soziale Dienste oder gegebenenfalls Pflegedienste, die Kontakt zu alleinlebenden Seniorinnen und Senioren haben, sollten auf Begegnungsmöglichkeiten und soziale Netze im Stadtteil hinweisen.

Um unsichere Seniorinnen und Senioren zum Besuch von Einrichtungen zur Begegnung zu motivieren, kann es hilfreich sein, wenn sie von einer Vertrauensperson beim ersten Besuch begleitet werden, die ihnen hilft, ihre Scheu gegenüber ihnen unbekanntem Personen zu überwinden.

Damit geringes Einkommen kein Hindernis ist, um Begegnungsangebote zu nutzen, müssen die Angebote für bedürftige Menschen preisgünstig gestaltet bzw. unter Umständen kostenlos sein.

Da familiäre soziale Netze nicht in jedem Fall mehr so stark sind, weil Verwandte oftmals nicht mehr im gleichen Ort leben, ist es wichtig, frühzeitig andere Kontakte aufzubauen. Einen wichtigen Beitrag, um soziale Netze zwischen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen aufzubauen und zu pflegen, können „altersgemischte“ Wohnhäuser und generationsübergreifende Freizeitangebote leisten.

Eine besondere Herausforderung ist es, pflegebedürftige und nicht mehr mobile Seniorinnen und Senioren bei der Pflege sozialer Beziehungen zu unterstützen. Zur Aufrechterhaltung sozialer Netze kommen hier Telefonketten oder Besuchsdienste in Betracht. Auch neue Medien wie das Internet können Seniorinnen und Senioren, die nicht mehr mobil sind, helfen, Kontakte zu pflegen, wobei gegenwärtig die Nutzung des Internets bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern noch weniger verbreitet ist, als bei jüngeren Generationen. Aus diesem Grund haben Computer- und Internetkurse auch Bedeutung für die Vorbereitung auf das Alter.

Ebenso notwendig ist aber auch die Stärkung der sozialen Netze von pflegenden Angehörigen. Durch die Belastungen in der häuslichen Pflegetätigkeit finden pflegende Angehörige oftmals nicht die Zeit, um soziale Kontakte aufrecht zu erhalten. Das kann dazu führen, dass sie immer stärker isoliert sind und die Pflege nahezu zur einzigen Tätigkeit wird. Das Fehlen eines Ausgleichs durch Kommunikation mit Anderen und emotionale Zuwendung durch Freunde können die ohnehin starke psychische und physische Belastung noch erhöhen. Hier ist Beratung und Aufklärung besonders wichtig, um die pflegenden Angehörigen zu motivieren, Entlastungsangebote wie Urlaubs-/Vertretungspflege in Anspruch zu nehmen und auch die eigenen Bedürfnisse zu berücksichtigen. Diese Beratungs- und Motivationsfunktion können die Hausärzte, ambulanten Pflegedienste und Angehörigen-Selbsthilfegruppen leisten.

5.3. Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement

5.3.1. Begriffsbestimmung

Das Motto des seniorenpolitischen Konzeptes lautet „Aktivität und Hilfe im Alter“. Das Handlungsfeld Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement verbindet beide Aspekte in besonderer Weise, indem durch Aktivität Hilfe geleistet wird.

Bürgerschaftliches Engagement ist in zweierlei Hinsicht für Seniorinnen und Senioren von Bedeutung:

Zum Einen Seniorinnen und Senioren als Akteure, d. h. Engagement von Seniorinnen und Senioren und zum Anderen Seniorinnen und Senioren als Adressaten von bürgerschaftlichem Engagement, d. h. Engagement für Seniorinnen und Senioren. Häufig verbinden sich beide Seiten, indem sich Senioren für Senioren engagieren.

Im vorliegenden Konzept wird der Schwerpunkt des Handlungsfeldes auf die Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und die Ausprägung der Freiwilligenarbeit und somit vorrangig auf die Seite „Engagement von Seniorinnen und Senioren“ gelegt, da das Engagement für Seniorinnen und Senioren von der Wirkung her betrachtet wird und daher bei den Handlungsfeldern „eigenständige Lebensführung“ und „gesellschaftliche Integration“ eingeordnet ist.

Hinsichtlich der Begriffe Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement oder ehrenamtliche Tätigkeit werden die Bezeichnungen hier synonym verwendet und orientieren sich an der Definition der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages für Bürgerschaftliches Engagement. Danach ist Bürgerschaftliches Engagement *freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich und gemeinschaftlich*.

Das Bekenntnis der Stadt zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren ist explizit in den seniorenpolitischen Leitlinien – in der Leitlinie 2 – als Zielstellung beschrieben.

Da Menschen sich aus unterschiedlichen Motiven freiwillig engagieren und unterschiedliche individuelle Möglichkeiten für eine Tätigkeit haben, sind auch ihre Ansprüche an die Art und den Umfang der Tätigkeit verschieden. So gibt es Menschen, die dauerhaft eine sinnstiftende Aufgabe erfüllen möchten. Für sie eignen sich z. B. Aufgaben in dauerhaften Arbeitsgruppen, Funktionen in Vereinen u. ä.

Andere möchten sich für die Gemeinschaft einbringen, aber dabei flexibel bleiben und sich nicht langfristig festlegen. Hierfür sind Aufgaben im Rahmen eines zeitlich befristeten Projektes, in denen Verantwortung für eine konkrete Aufgabe für einen überschaubaren Zeitraum übernommen wird, sinnvoll.

Wieder andere engagieren sich sehr stark interessenabhängig und punktuell bei einmaligen Aktivitäten ohne längerfristige Verpflichtungen, wie z. B. Mitwirkung bei Aktionstagen, Unterstützung von Stadtteilstesten etc.

Diese unterschiedlichen Formen freiwilligen Engagements sind nicht als eine Rangfolge zu verstehen, sondern haben alle gleichermaßen ihren Wert sowohl für die Engagierten als auch für die damit erfüllte Aufgabe.

5.3.2. Statistische Daten

Im 3. Freiwilligensurvey²³ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus 2009 wird festgestellt, dass in den Jahren 1999 bis 2009 in Deutschland der Anteil älterer Menschen an den freiwillig Engagierten in besonderem Maße gestiegen ist.

Als Motive für bürgerschaftliches Engagement benennt das Freiwilligensurvey vorrangig den Wunsch, „die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten“ zu wollen aber auch das

²³ Quelle: Publikationen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) „Freiwilligensurvey 2009“ – TNS Infratest Sozialforschung, München im Auftrag des BMFSFJ

Bedürfnis „durch ... Engagement vor allem mit anderen Menschen zusammen(zu)kommen“. Weitere Motive waren „durch ... Engagement Ansehen und Einfluss in meinem Lebensumfeld erwerben“, „durch ... Engagement wichtige Qualifikationen erwerben“ und „durch ... Engagement auch beruflich vorankommen“. Die beiden letztgenannten Motive treffen jedoch eher für die jüngeren Menschen zu.²⁴

Es ist davon auszugehen, dass diese bundesweiten Untersuchungsergebnisse auch für Magdeburg zutreffen.

5.3.3. Engagement von Seniorinnen und Senioren

Bezüglich des Engagements von Seniorinnen und Senioren kann grundsätzlich festgestellt werden, dass sich Seniorinnen und Senioren in Magdeburg in nahezu allen Tätigkeitsbereiche engagieren. Jedoch gibt es einige Engagementfelder, in denen sich Seniorinnen und Senioren bevorzugt engagieren.

Dazu gehören u. a.:

- Angebote für Kinder und Jugendliche,
- Nachbarschaftshilfe,
- Besuchsdienste,
- Seniorenarbeit,
- Krankenhaushilfe,
- Hospizarbeit,
- Heimatpflege,
- Stadtteilarbeit.

Bei den notwendigen Rahmenbedingungen, den Anforderungen an die Einsatzstellen, förderlichen und hemmenden Faktoren sowie hinsichtlich der Gewinnung von freiwillig Engagierten gibt es keine gravierenden Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern. Auch unterscheidet sich Engagement von Seniorinnen und Senioren bezüglich der Rahmenbedingungen nicht wesentlich von dem anderer Altersgruppen. Insofern kann hier auf die Einschätzungen im „Situationsbericht zu Engagementstrukturen und wesentlichen Rahmenbedingungen der bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Magdeburg 2011“ verwiesen werden.²⁵

Gleichermaßen für alle Einsatzfelder gelten folgende Einschätzungen:

Engagementfördernde Rahmenbedingungen sind:

- Gute Erreichbarkeit der Einsatzorte
- aktuelle Informationen über Engagementmöglichkeiten
- Motivation für ein Engagement, wenn Engagierte auch für sich selbst einen Nutzen aus der Tätigkeit ziehen können (Spaß an der Tätigkeit, soziale Kontakte knüpfen, Kenntnisse erweitern, Verantwortung, Anerkennung/Wertschätzung)
- Erfahrungsaustausch der Engagierten
- Begleitung durch die Einsatzstelle (Engagierte dürfen in ihrer Tätigkeit nicht „allein gelassen“ werden)
- Engagementbegleitende Qualifizierungsangebote
- Langfristige hauptamtliche Begleitung insbesondere bei sensiblen sozialen Einsatzbereichen wie z. B. Besuchsdiensten
- dauerhafte zuverlässige Rahmenbedingungen

²⁴ Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, Seite 117

²⁵ in Reihe: Magdeburg – sozial Band 14 veröffentlicht unter www.magdeburg.de

Hinderungsgründe sind:

- Finanzielle Belastung (zunehmende Altersarmut erschwert Engagement, wenn damit verbundene Kosten – Fahrtkosten, Telefon etc. – nicht erstattet werden)
- Angst vor Überforderung
- Mangelnde Informationen über die Aufgabe, Unüberschaubarkeit
- Skepsis, Ablehnung von hauptamtlichen Kräften gegenüber den freiwillig Engagierten
- Wenn bei Bereitschaftserklärung zum Engagement nicht sofort reagiert werden kann, weil gegenwärtig keine geeignete Einsatzmöglichkeit (Hierbei ist es wichtig zu evtl. geeigneten Möglichkeiten bei Vernetzungspartnern vermitteln zu können, damit die Bereitschaft nicht „verpufft“.)

Wie werden Menschen für freiwilliges Engagement gewonnen:

- Persönliche Ansprache im individuellen Lebensumfeld, Anknüpfen an Interessen und Hobbys kann Potentiale aufdecken
- Öffentlichkeitsarbeit (Freiwilligenagentur, Presse...)
- kompetente Ansprechpartner im Lebensumfeld, die über aktuelle Einsatzfelder informieren können
- Möglichkeit für Engagierte bieten, sich auszuprobieren, ob ihnen das Tätigkeitsfeld zusagt („Schnupper-Angebote“)
- der Freiwillige muss den Einsatzbereich zu wechseln können, wenn ihm die Aufgabe nicht zusagt; aber auch der Verein muss das Recht haben, einen Engagierten abzulehnen, wenn er nicht geeignet ist

Aus der Erkenntnis der fördernden und hinderlichen Faktoren für bürgerschaftliches Engagement und in Auswertung der Ergebnisse einer Engagement-Werkstatt in Magdeburg im Juli 2011²⁶ wurden die wichtigsten Kriterien für eine gute Einsatzstelle entwickelt, die für die erfolgreiche und langfristige Einbindung von Freiwilligen in gemeinwohlorientierte Organisationen förderlich sind.

Hierzu zählen

- Feste/r Ansprechpartner/in (Sprechzeiten, einfache Kontaktmöglichkeiten)
- Konkrete Tätigkeitsfeldbeschreibung
- Vereinbarung für Startphase und mögliche Beendigung des Engagements
- Fachliche Einarbeitung und Begleitung
- Möglichkeiten der Mitgestaltung in Tätigkeitsfeld und Einsatzstelle
- Bereitstellung benötigter Materialien
- Regelmäßige Reflektionsmöglichkeiten
- Einbindung ins hauptamtliche Team (Akzeptanz der Freiwilligen als vollwertige Team-Mitglieder, Kompetenzen im Umgang mit Freiwilligen, Möglichkeiten zur Teilnahme an Team-Veranstaltungen usw.)
- Qualifizierungsmöglichkeiten für Freiwillige
- Versicherungsschutz
- Erstattung tatsächlich anfallender Kosten
- Berücksichtigung von individuellen Wünschen (z. B. schriftliche Vereinbarung)
- Erstellen von Nachweisen über ehrenamtliche Tätigkeiten
- Umfassende Anerkennungskultur

Um die Erfüllung wichtiger Voraussetzungen für eine gute Einsatzstelle auch nach außen dokumentieren zu können, wäre die Etablierung eines Zertifizierungsprozesses mit

²⁶ vgl. Dokumentation der Engagement-Werkstatt
in Reihe: Magdeburg – sozial Band 15 veröffentlicht unter www.magdeburg.de

abschließender Übergabe eines Zertifikats (z. B. „Hier sind Freiwillige willkommen“) wünschenswert (evtl. als gemeinsames Vorhaben von Freiwilligenagentur und Stadt).

5.3.4. Beispiele für Engagementfelder von Seniorinnen und Senioren in Magdeburg

Bei der Situationsanalyse zum seniorenpolitischen Konzept wurden als typische Engagementfelder von Seniorinnen und Senioren exemplarisch folgende Bereiche näher betrachtet: Nachbarschaftshilfeprojekte und Besuchsdienste, Lernpatenprojekte, Engagement in Alten- und Service-Zentren, Offenen Treffs und Mehrgenerationenhäusern, ständige Arbeitsgruppen, Stadtteilarbeit.

Nachbarschaftshilfen und Besuchsdienste

Neben privat organisierten Hilfen, die auf persönlichen Beziehungen der Beteiligten beruhen und nicht dem Kriterium für bürgerschaftliches Engagement als öffentlich ausgeübte Tätigkeit entsprechen, gibt es auch Projekte, die z. B. kleine Hilfen im Haushalt, Einkaufshilfen, Begleitung zu Ärzten, Behörden etc. oder Besuche für nicht mehr mobile Menschen in ihrer Wohnung oder im Pflegeheim zum Erzählen, Vorlesen o. ä. vermitteln. Diese Aufgaben werden von Seniorinnen und Senioren gern übernommen, weil sie den Wunsch nach einer sinnstiftenden Tätigkeit haben, was ihr Selbstwertgefühl stärkt und oftmals auch den Bedarf für diese Tätigkeit sehen und sich vorstellen können, selbst einmal derartige Unterstützung in Anspruch nehmen zu wollen.

Vermittler zwischen den engagementbereiten Seniorinnen und Senioren und denjenigen, die die Hilfen nutzen möchten, sind in Magdeburg verschiedene Vereine, Wohlfahrtsverbände und Senioreneinrichtungen z. B. die Arbeitsgruppe „Soziales“ der Seniorenvertretung e. V., der MWG-Nachbarschaftshilfe e. V., das Mehrgenerationenhaus-Nachbarschaftszentrum Neustädter Feld des Bürgervereins Neustädter Feld e. V., die Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs²⁷

Der Bedarf für diese Tätigkeiten wird von Akteuren der Seniorenarbeit als hoch eingeschätzt. Problematisch ist jedoch in vielen Fällen, dass die potentiellen Nutzerinnen und Nutzer des Angebotes diese Möglichkeit z. T. nicht kennen. Oftmals sind es Angehörige oder Nachbarn, die den Bedarf anmelden. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit ist erforderlich. Dabei sind auch alternative Kommunikationswege zu prüfen. Neben Werbung im Internet sind Anzeigen in Mieterzeitschriften, Aushänge im Hausflur (über die Vermieter) oder im Supermarkt sowie eine Einbeziehung von Hausärzten und Apothekern, die die Zielgruppe direkt ansprechen können, vorstellbar.

Die Anlauf- und Vermittlungsstelle sollte möglichst gut erreichbar wohnortnah im Stadtteil sein. Hier können z. B. soziale Einrichtungen im Stadtteil genutzt werden oder Räume von Wohnungsunternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Eine besondere Herausforderung ist die regelmäßige Gewinnung von neuen Freiwilligen, wenn die Engagierten selbst älter werden und ihr Engagement aus gesundheitlichen Gründen reduzieren.

Da Hausbesuchsdienste und Nachbarschaftshilfen im sensiblen privaten Bereich wirken, haben die Vermittlungsstellen eine besondere Verantwortung sowohl bei der Auswahl der beiden beteiligten Seiten als auch bei der Vorbereitung und fortlaufenden Unterstützung. Vor allem bei regelmäßigen Besuchsdiensten ist es wichtig, dass sich sowohl der „Besucher“ als auch der „Besuchte“ wohl fühlen. Bei eventuell auftretenden persönlichen Konflikten muss die Vermittlungsstelle aktiv werden und ggf. durch Personenwechsel einer Überforderung des freiwillig Engagierten und einer Unzufriedenheit des Besuchten entgegenwirken. Das ist langfristig nur mit hauptamtlicher Begleitung durch die Vermittlungsstelle möglich.

²⁷ Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Alten- und Service-Zentren, Offene Treffs und Mehrgenerationenhäuser

In den Alten- und Service-Zentren, Offenen Treffs und Mehrgenerationenhäusern gibt es vielfältige Möglichkeiten für engagementbereite Seniorinnen und Senioren sich einzubringen. Die Aufgabenfelder reichen von der (zeitweiligen) Mitwirkung bei einzelnen Aktionen und Veranstaltungen über die Unterstützung des alltäglichen Ablaufs in der Einrichtung bis hin zur eigenverantwortlichen Leitung von Arbeitsgruppen und Kursen. Einige Einrichtungen vermitteln auch Nachbarschaftshilfen bzw. Besuchsdienste. In der Regel gibt es in den Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs Besucherbeiräte, die die Programmgestaltung des Hauses mitbestimmen.

Motivationen für das Engagement sind vor allem

- der Wunsch eigene Fähigkeiten und Kenntnisse weiterzugeben als Kursleiter von Kreativkursen (z. B. Malen oder Töpfern), von Sport- und Bewegungskursen, als Chorleiter, als Referent für Vorträge u. a.,
- die Mitgestaltung von und Einflussnahme auf kulturellen und geselligen Angeboten, die man selbst gern in Anspruch nimmt,
- das gute Gefühl, gebraucht zu werden, indem Unterstützung für andere gegeben wird.

Günstig wirkt sich hierbei auf das Engagement aus, dass durch vorhandene Räumlichkeiten eine Kontinuität der Tätigkeit möglich ist. Feste Ansprechpartner für die Freiwilligen bestehen in der Regel durch die Einrichtungsleiter bzw. ggf. weiteres festes Personal. Jedoch ist das insbesondere dann problematisch, wenn durch Mitarbeiter in Arbeitsfördermaßnahmen keine personelle Kontinuität gegeben ist, sondern ein häufiger Wechsel der Ansprechpartner stattfindet wie z. B. oftmals bei den Offenen Treffs.

Anerkennung finden die Engagierten u. a. durch Dankeschönveranstaltungen der betreffenden Einrichtung sowie durch die Vielfalt der Angebote, die u. a. Weiterbildungsmöglichkeiten sowie den Austausch mit anderen Ehrenamtlichen eröffnet.

Lernpatenprojekte

Lernpatenschaften sind ein attraktives Engagementfeld für Ältere in Grundschulen bzw. Horten. Einsatzmöglichkeiten werden von Älteren in der Freiwilligenagentur oft nachgefragt. Da ältere Menschen andere Sichtweisen und Lebenserfahrungen einbringen, wird dieses Engagement auch von vielen Pädagogen begrüßt. Wo Lernpatenprojekte durchgeführt werden, bestehen positive Erfahrungen.

Vom quantitativen Umfang her könnte das Tätigkeitsfeld noch weiter ausgebaut werden. Hürden bestehen dort, wo die Schul- bzw. Hortleitungen dem nicht aufgeschlossen gegenüber stehen. Es ist nicht nur notwendig, dass der Bedarf von der Schule bzw. dem Hort erkannt wird. Die Ehrenamtlichen müssen auch angeleitet, organisatorisch unterstützt und als Partner verstanden werden. Teilweise wird der Organisationsaufwand gescheut oder es bestehen andere Vorbehalte.

Dialog der Generationen

Ein wichtiges Betätigungsfeld für ehrenamtliches Engagement besteht in Arbeitsgruppen, die sich dem Thema Dialog der Generationen widmen. mit den Projekten „Großeltern und Enkel in den Ferien“, „Wir lernen die Heimatstadt Magdeburg kennen“, „Magdeburger Senioren und ausländische Studenten im Dialog“, „Deutschland liest vor – Magdeburg liest mit“, „Alte Spiele“, „Aus der Schule geplaudert“ und „Gymnasiasten unterrichten Senioren“

Es gibt im Rahmen der Arbeitsgruppen Möglichkeiten für einmaliges Engagement, im Allgemeinen handelt es sich jedoch um längerfristige Projekte bzw. dauerhafte Aufgaben. Förderlich für das Engagement und die Gewinnung neuer Mitstreiter sind eine gute Öffentlichkeitsarbeit, wodurch ein hoher Bekanntheitsgrad der Projekte und der langjährigen Arbeit gegeben ist.

Stadtteilarbeit

Ein Engagementfeld, das nicht senioren-spezifisch ist, in dem sich aber viele Seniorinnen und Senioren betätigen, ist der Einsatz für das eigene Wohngebiet. Neben den Motiven, eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben, die eigenen Kompetenzen zu nutzen und soziale Kontakte zu knüpfen und zu pflegen, kommt hierbei noch die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil und der Wunsch nach der Verbesserung der Lebensqualität im Wohnumfeld dazu.

Den Rahmen für das Engagement bieten unterschiedliche Strukturen:

- stadtteilbezogene Bürgervereine oder –initiativen, Siedlervereine, Siedlergemeinschaften, Heimatvereine, Interessengemeinschaften ohne Vereinsstatus, die es in 20 Stadtteilen bzw. –gebieten von Magdeburg gibt
- die 22 Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit

Typische Tätigkeitsfelder sind z. B.:

- Mitgestaltung von Stadtteilentwicklungsprozessen, Interessenvertretung der Bewohnerinnen und Bewohner bezüglich sozialer, baulicher, kultureller und Verkehrsplanungen im Stadtteil
- Organisation von Nachbarschaftshilfen
- Organisation von Stadtteilveranstaltungen
- Werbung/Imagepflege für den Stadtteil z. B. durch Stadtteil-Zeitungen, Erstellung von Stadtteil-Chroniken, Internet-Seiten u. ä.
- Schaffung von altersspezifischen und/oder generationsübergreifenden Freizeit-, Begegnungs- und Kommunikationsangeboten im Stadtteil

Die Motivation für die Mitarbeit entsteht aus der direkten Betroffenheit der Akteure ihres unmittelbaren Lebensumfeldes.

Eine Begleitung durch Hauptamtliche ist in der Regel nicht gegeben. Häufig werden Projekte jedoch gemeinschaftlich mit anderen Akteuren wie sozialen Einrichtungen im Stadtteil oder Quartiersmanagern (in 4 Stadtgebieten vorhanden) realisiert, wodurch punktuell professionelle Unterstützung erfolgen kann.

5.3.5. Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement der Seniorinnen und Senioren

5.3.5.1. Engagementunterstützende Strukturen

A) Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement

2004 hat sich in Magdeburg die Arbeitsgruppe „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ mit den Zielstellungen

- Förderung der Eigeninitiative und des bürgerschaftlichen Engagements,
- Verbesserung von Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement sowie
- Vernetzung/Anregung von Aktivitäten gegründet.

Die Aufgabenschwerpunkte dieser Arbeitsgruppe, in der Vertreter der verschiedensten Bereiche der Stadtverwaltung sowie zahlreiche freie Träger zusammenarbeiten, sind

- Initiierung und Koordinierung von Projekten mit zentraler Bedeutung,
- Öffentlichkeitsarbeit zum bürgerschaftlichen Engagement,
- Information über und Erfassung von bürgerschaftlichen Aktivitäten, sowie Organisation des Erfahrungsaustausches zu Fragen und Problemen, die sich in der täglichen Arbeit mit bürgerschaftlich Tätigen ergeben,
- Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung und den Akteursnetzwerken zu sein,
- Kontaktstelle für Akteure zum bürgerschaftlichen Engagement.

Durch diese Arbeitsgruppe wurden bereits wichtige Erfolge für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Magdeburg erreicht, wie z. B. die Etablierung einer Freiwilligenagentur in Magdeburg, die Einführung des FreiwilligenPasses als besondere Anerkennungsform für freiwilliges Engagement, die Erstellung eines Ehrenamtsberichts für Magdeburg

oder die Organisation einer Engagementwerkstatt, die Arbeitsschwerpunkte zur Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen zum weiteren Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Magdeburg erarbeitet hat.

B) Freiwilligenagentur

Seit 2006 gibt es in Magdeburg eine Freiwilligenagentur, die durch ihre Arbeit ehrenamtliches Engagement von Menschen aller Altersgruppen und somit auch das von Seniorinnen und Senioren unterstützt.

„Die Freiwilligenagentur Magdeburg...

- ist Informations- und Beratungsstelle zu allen Fragen ehrenamtlichen Engagements
- unterstützt engagementbereite Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen bei der Suche nach einem geeigneten Tätigkeitsfeld
- kooperiert mit gemeinnützigen Trägern aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die Freiwillige für die Unterstützung ihrer Arbeit suchen
- bietet Beratungs-, Informations- und Qualifizierungsangebote zum Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit
- beteiligt sich an gesellschaftspolitischen und fachlichen Diskussionsprozessen
- engagiert sich für den Aufbau bereichsübergreifender, interdisziplinärer Kooperationsstrukturen
- betreibt Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zur Etablierung einer breiten Anerkennungskultur
- ist Träger zielgruppenspezifischer Projektaktivitäten zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements“²⁸

Die Freiwilligenagentur wird u. a. von der Landeshauptstadt Magdeburg finanziell gefördert.

C) Arbeitskreis „Senioren im Ehrenamt“

Seit Anfang der 90er Jahre besteht der Arbeitskreis „Senioren im Ehrenamt“, in dem engagierte Seniorinnen und Senioren tätig sind, die aus vielfältigen Bereichen kommen und als Multiplikatoren fungieren. Der Arbeitskreis wird von einer Mitarbeiterin des Sozial- und Wohnungsamtes vorbereitet und geleitet. Die Treffen dienen dem Informationsaustausch zwischen den Initiativen und der Stadtverwaltung, der Stärkung der Netzwerkstrukturen, der Bearbeitung allgemein interessierender Themen in der Gruppe oder durch Referenten sowie der gemeinsamen Vorbereitung von Weiterbildungsveranstaltungen.

Um ehrenamtlich Engagierten Anregungen und Motivation für die künftige ehrenamtliche Tätigkeit zu geben, werden seit vielen Jahren mit finanzieller Förderung durch das Sozial- und Wohnungsamt die „Impulstage“ als ein- oder mehrtägige Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Bei der inhaltlichen Gestaltung wird themenbezogen auf die Potentiale der Gruppenteilnehmer zurückgegriffen und zusätzlich werden Referenten zu bestimmten Themen geladen. Die Impulstage fördern die Kontakte und den Austausch untereinander und stärken somit Netzwerkstrukturen nachhaltig. Gleichzeitig dienen die Impulstage auch der Erholung als Ausgleich für den individuellen Aufwand jedes Einzelnen, so dass sie Kraft für die weitere Tätigkeit schöpfen können.

In Kooperation mit der Städtischen Volkshochschule, bieten das Sozial- und Wohnungsamt und eine Besuchsdienstinitiative die Ausbildung zum ehrenamtlichen Seniorenbegleiter an. Im Rahmen der Ausbildung werden die Kursteilnehmer motiviert eine anschließende Tätigkeit im Besuchsdienst aufzunehmen. Für die Vermittlung in den praktischen Einsatz, sowie für Begleitung, stehen kompetente Ansprechpartner zur Verfügung.

²⁸ Quelle: www.freiwilligenagentur-magdeburg.de

*D) Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen – KOBES*²⁹

Die KOBES in Trägerschaft des Caritasverbandes für das Dekanat Magdeburg e.V. als Multiplikatorin der Vernetzung von Selbsthilfe und professionellen Angeboten. Sie betreibt Lobbyarbeit und setzt sich für eine Erweiterung des Selbsthilfespektrums in Magdeburg ein. Ziel ihrer Arbeit ist die Förderung und Unterstützung der vorhandenen Selbsthilfegruppen (SHG) und die weitere Initiierung neuer Selbsthilfegruppen.

Folgende Dienstleistungen bietet die KOBES an:

- Vermittlung von Kontakten zu bestehenden Gruppen
- Hilfestellung bei der Bildung neuer Initiativen und SHG
- Beratung über die Gruppenarbeit
- Kostenlose Organisationshilfen (Räume, PC-Nutzung, Kopierer)
- Vermittlung zu Kontakten zur örtlichen Presse
- Beratung bei Inanspruchnahme von Fördermitteln
- Durchführung von Gesamtgruppentreffen und Selbsthilfetagen
- Weiterbildungen und Erfahrungsaustausch für SHG

5.3.5.2. Engagementbegleitende Qualifizierung

Eine engagementbegleitende Qualifizierung stärkt die Motivation der Engagierten, erhöht die Qualität der geleisteten Tätigkeit und ist für verschiedene Engagementfelder unerlässlich, damit freiwillig Engagierte überhaupt in die Lage versetzt werden die Tätigkeit auszuüben. In Magdeburg gibt es zahlreiche Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung freiwillig Engagierter. Beispielhaft seien hier genannt:

- Kurse und Fortbildungsveranstaltungen der Städtischen Volkshochschule, die teilweise auf bestimmte Engagementfelder wie Seniorenbegleitdienst oder Lernpatenschaften zugeschnitten sind oder Veranstaltungen, die allgemeine Fragestellungen der Freiwilligenarbeit behandeln, wie das jährlich in Kooperation mit der Freiwilligenagentur durchgeführte Vereinsforum;
- Qualifizierungsangebote durch die Freiwilligenagentur zu Themen wie Fundraising, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Gesprächsführung und weitere;
- die vom Sozial- und Wohnungsamt organisierten Impulstage als strukturierte Erfahrungsaustausch- und Weiterbildungsveranstaltung für Seniorinnen und Senioren im Ehrenamt;
- aufgabenspezifische Schulungen durch die Einsatzstellen.

5.3.6. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen

Um auch künftig das hohe Potential von Seniorinnen und Senioren zu nutzen, ihre Engagementbereitschaft zu erhalten und weitere Seniorinnen und Senioren für eine freiwillige Arbeit zu motivieren, muss an der Stärkung der notwendigen Rahmenbedingungen gearbeitet werden. Die Förderung von Anlaufstellen für engagementwillige Menschen und für Einrichtungen und Träger, die Unterstützung durch ehrenamtlich Tätige suchen, ist fortzusetzen. Gleichzeitig müssen aber auch Einrichtungen in den Stadtteilen offen für engagementbereite Menschen sein, nicht nur als Einsatzstellen sondern auch als Vermittler.

Ehrenamtliches Engagement darf für die Engagierten nicht zur Belastung werden. Darum wird immer wieder die Notwendigkeit der Erstattung der anfallenden Kosten (z. B. Fahrtkosten) betont. Das gewinnt insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von Seniorinnen und Senioren mit geringen Renteneinkommen und Grundsicherungsleistungen an Bedeutung.

²⁹ Vgl. „Situationsbericht zu Engagementstrukturen und wesentlichen Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Reihe: Magdeburg – sozial Band 14 - veröffentlicht unter www.magdeburg.de

Ehrenamtliches Engagement ist für viele Seniorinnen und Senioren ein sinnvoller Lebensinhalt in der nachberuflichen Phase. Zweckmäßigerweise sollte jedoch die Gewinnung von Menschen für eine solche Tätigkeit bereits vor dem Rentenalter bzw. als Vorbereitung auf den Ruhestand erfolgen. Hierbei können auch die Arbeitgeber unterstützen, indem sie z. B. Informationen zu Engagementmöglichkeiten bzw. Hinweise auf die Freiwilligenagentur an ihre Mitarbeiter geben.

Grundsätzlich gelten für das Engagement von Seniorinnen und Senioren die gleichen Anforderungen wie bei anderen Altersgruppen. Somit ist die Umsetzung der mit der DS0395/11 vom Stadtrat beschlossenen „Arbeitsschwerpunkte zur Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen zum weiteren Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Magdeburg“³⁰ ein wichtiger Beitrag auch zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement von Seniorinnen und Senioren.

³⁰ Beschluss-Nr. 1083-41(V)11 aus der Sitzung des Stadtrates vom 17.11.2011

5.4. Politische Partizipation

5.4.1. Grundlagen politischer Partizipation

Politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland beruht auf dem im Grundgesetz verankerten demokratischen Grundprinzip. Die Mitentscheidung und Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse ist Ausdruck der Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger. Sie soll eine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger unterbinden und damit Selbstbestimmung und Menschenwürde stärken.

Politische Partizipation ist unverzichtbar. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen trägt dazu bei, dass ein umfassendes Meinungsbild in den Entscheidungsfindungsprozess einfließen kann und damit die unterschiedlichen Bedürfnislagen aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden können. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärkt die Akzeptanz von politischen Entscheidungen und erlaubt eine Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte und gemeinsame Verantwortung bei der Umsetzung. Gleichzeitig besteht durch die Bürgerbeteiligung eine wichtige Kontrollinstanz bezüglich der Entscheidungsträger.

5.4.2. Zielsetzung zu politischer Partizipation von Seniorinnen und Senioren in Magdeburg

In den seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg ist die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen als Zielstellung formuliert. In der Präambel wird auf die Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens und auf die Erschließung der Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren zum Nutzen des Gemeinwesens orientiert. In Leitlinie 1 ist die Förderung von Mitverantwortung genannt. Leitlinie 2 befasst sich ausdrücklich mit der politischen Teilhabe: „Seniorenpolitik ist ein beteiligungsorientierter Prozess unter Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren, fördert Selbsthilfestruckturen und bürgerschaftliches Engagement und die politische Teilhabe“
Seniorenpolitische Entscheidungen sollen „nicht nur für Seniorinnen und Senioren, sondern mit ihnen getroffen“ werden.

5.4.3. Stufen der Partizipation

Bei der Analyse und Bewertung der unterschiedlichen Formen politischer Partizipation in Magdeburg wurde ein Vier-Stufen-Modell in Anlehnung an Maria Lüttringhaus³¹ zugrunde gelegt. Die Stufen definieren den unterschiedlichen Grad der Teilhabe und beschreiben die strukturellen und subjektiven Voraussetzungen für die Formen der Teilhabe. Beides gehört zusammen. Strukturen ermöglichen und fördern Partizipation, können sie aber ohne die Aktivität des Einzelnen nicht sichern.

Die erste Stufe ist *Beobachtung und Information*. Die Information als unterste Stufe der Partizipation ist wichtige Voraussetzung für alle Stufen der Partizipation, da die Bürgerinnen und Bürger durch sie in die Lage versetzt werden, Entscheidungen zu verstehen, in Zusammenhänge einzuordnen und nachzuvollziehen. So werden die Bürgerinnen und Bürger befähigt, Entscheidungen zu bewerten und sich dazu zu positionieren. Dabei ist Information sowohl aktiv als auch passiv zu sehen: ich werde informiert – ich informiere mich. Verantwortliches Handeln der Bürgerinnen und Bürger erfordert, dass sie frei entscheiden können, ob und wie sie sich einbringen und das Ziel ihres Handelns selbst bestimmen oder wenigstens beeinflussen können. Ohne umfassende Information zu einem Thema können keine Ziele formuliert werden. Somit befähigt Information die Bürgerinnen und Bürger, selbst aktiv zu werden und sich einzubringen.

³¹ vgl. Lüttringhaus, M./Richers, H. (Hrsg): Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Stiftung Mitarbeit, Bonn 2003

Die zweite Partizipationsstufe ist die *Mitwirkung*. Hierbei haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einfluss auf die Prozesse zu nehmen. Sie tragen zum Erreichen der Ziele bei und können evtl. auch die Art und Weise der Zielerreichung mitgestalten. Sie können eigene Ideen und Vorstellungen einbringen. Eine unmittelbare Entscheidungsbeteiligung ist hier jedoch noch nicht unbedingt vorhanden. Die Entscheidung über die Ziele treffen andere, wobei diese Entscheidungen durchaus von den Ideen und Vorschlägen der mitwirkenden Bürgerinnen und Bürger beeinflusst sein können. Insofern besteht hier eine indirekte Steuerungsmöglichkeit durch die Bürgerinnen und Bürger, indem sie durch ihre Vorschläge dazu beitragen können, dass die Entscheidungsträger die Themen aufgreifen und überhaupt Entscheidungen hierzu getroffen werden.

Die dritte Stufe der Partizipation ist *Mitentscheidung*. Hierbei haben die Bürgerinnen und Bürger direkten Einfluss auf die Festlegung der Ziele und die Art und Weise der Zielerreichung. Die Entscheidungsbefugnisse bzw. die „Spielregeln“ der Entscheidungsfindung sind dabei i. d. R. in irgendeiner Form festgelegt (Satzung, Richtlinie, Rechtsnorm)

Selbstverantwortung bzw. Selbstverwaltung ist die vierte und höchste Stufe. Diese Stufe kann als vollkommene Partizipation bezeichnet werden. Es existieren keine Hierarchien. Diese Form ist mit einem Höchstmaß an Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Aufgabe verbunden. Die beteiligten Bürgerinnen und Bürger entscheiden gleichberechtigt nach demokratischen Regeln und tragen die Verantwortung für ihre Entscheidungen und ihr Handeln.

Die verschiedenen Stufen existieren nebeneinander und haben in den unterschiedlichen Sachzusammenhängen ihre Berechtigung. Die richtige Form der Partizipation hängt von der jeweiligen Aufgabe ab.

Voraussetzungen für die erste Stufe der Partizipation sind die Betroffenheit bzw. das persönliche Interesse am Thema, aber auch Bildungsvoraussetzungen der Betroffenen. Auch Eingebundenheit in lokale Netze ist ein förderlicher Faktor.

Voraussetzung für die zweite Stufe – Partizipation durch Mitwirkung – sind die Überschaubarkeit des Sachverhalts, ein möglichst frühzeitiges Beteiligungsangebot und ein kommunikations- bzw. beteiligungsfreundliches partnerschaftliches Klima. Mitwirkung ist auch von subjektiven Faktoren abhängig z. B. das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Die Stufen Mitentscheidung sowie Selbstverwaltung/Selbstverantwortung erfordern klar festgelegte Regelungen für den Entscheidungsfindungsprozess und die positive Einstellung aller Beteiligten zu einer gemeinsamen Aufgabenbewältigung.

Die Form der Selbstverwaltung/Selbstverantwortung verlangt darüber hinaus ein gleichberechtigtes Handeln aller Beteiligten „auf Augenhöhe“ ohne Hierarchien. Die gemeinsame Verantwortung beinhaltet dabei sowohl die Zielsetzung als auch die Umsetzung und Verantwortung für die Ergebnisse.

5.4.4. Formen politischer Partizipation in Magdeburg

Die Möglichkeiten der Magdeburgerinnen und Magdeburger, sich in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen, sind sehr vielfältig. Zum Einen gibt es die demokratischen Rechte, die in Bundes- und Landesgesetzen verankert sind und nicht spezifisch für Magdeburg sind. Diese Rechte stehen allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig vom Alter zu und sind u. a. im Grundgesetz, in der Landesverfassung, der Gemeindeordnung und dem Wahlgesetz verankert.

Darüber hinaus gibt es Formen politischer Partizipation, die auf Beschlüssen des Stadtrats beruhen.

Weitere Möglichkeiten der politischen Mitwirkung bieten unabhängige Gremien, die auf Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger beruhen sowie Teilhabemöglichkeiten, die auf freiwilliger Basis von politischen Parteien oder von Unternehmen eingeräumt werden.

Zur systematischen Darstellung wurden der Beteiligungsgremien hinsichtlich der Intensität, Dauerhaftigkeit und der Verbindlichkeit der Mitwirkung untergliedert.

5.4.4.1. Möglichkeiten für eine punktuelle bzw. zeitweilige politische Teilhabe

Zu diesen Partizipationsformen zählen

- a) kommunalpolitische Informationsveranstaltungen,
- b) anlassbezogene, zeitweilige Initiativen bzw. Zusammenschlüsse,
- c) öffentliche Bürgerversammlungen städtischer Unternehmen und
- d) öffentliche Versammlungen der Parteien.

Zu a)

Kommunalpolitische Informationsveranstaltungen sind teilweise gesetzlich vorgeschrieben wie die Einwohnerversammlungen des Oberbürgermeisters gemäß § 27 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA), die Bürgerfragestunden im Stadtrat gemäß § 27 Absatz 2 GO-LSA oder im Baurecht verankerte Beteiligungs- und Informationsveranstaltungen. Darüber hinaus werden durch die Stadtverwaltung bei Bedarf auch zusätzliche Informationsveranstaltungen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung organisiert und durchgeführt. Diese Veranstaltungen entsprechen im Wesentlichen der Partizipationsstufe der Beobachtung und Information.

Zu b)

In anlassbezogenen, zeitweiligen Initiativen bzw. Zusammenschlüssen nehmen die Bürgerinnen und Bürger ihr Recht wahr, zu spezifischen Problemstellungen ihre Interessen zu artikulieren und sich für deren Berücksichtigung einzusetzen. Neben Beobachtung und Information wird hierbei teilweise die Stufe der Mitwirkung erreicht, wenn durch die Bürgerinnen und Bürger Prozesse angestoßen werden und Lösungsvorschläge eingebracht werden. Mit der Lösung des zugrunde liegenden Problems endet auch die Aktivität der entsprechenden Initiative.

Ein Beispiel war die Bürgerinitiative gegen den Wiederaufbau der Ulrichskirche, die durch ihren Einsatz erreichte, dass im Jahr 2011 ein Bürgerentscheid zu dieser Frage durchgeführt wurde.

Zu c und d)

Öffentliche Bürgerversammlungen von städtischen Unternehmen (z. B. MVB GmbH, Zoologischer Garten Magdeburg gGmbH, Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH) oder Parteien liegen im Ermessen der jeweiligen Veranstalter und dienen in der Regel der Information der Bürgerinnen und Bürger, um ihnen Entscheidungen und Entwicklungen zu erläutern und Meinungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in Erfahrung zu bringen. Damit soll gegenseitiges Verständnis erzeugt werden bzw. Entscheidungen getroffen werden, die den unterschiedlichen Bedürfnislagen möglichst gerecht werden. Die Veranstalter führen diese Form der Beteiligung im Rahmen ihrer Aufgaben und ihres Selbstverständnisses durch. Sie sind nicht von Seiten der Verwaltung oder Kommunalpolitik steuerbar.

5.4.4.2. Bürgergremien für die ständige politische Teilhabe

Diese Gremien sind auf eine dauerhafte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Prozessen ausgelegt. Die Beteiligten bekennen sich zu einer freiwilligen Verantwortung für ein bestimmtes Thema. Hinsichtlich der Bildung der Gremien ist zu unterscheiden in

- a) unabhängige Gremien, die auf Initiative der Bürgerinnen und Bürger entstehen,
- b) von der Stadtverwaltung initiierte Gremien und
- c) politische Parteien.

Diese Bürgergremien ermöglichen die politische Teilhabe auf der Stufe der Mitwirkung. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen Einfluss auf die Prozesse, können z. T. eigene Ideen und Vorstellungen einbringen und tragen zum Erreichen der Ziele bei. Entscheidungskompetenzen haben sie nur innerhalb ihrer eigenen Strukturen nicht jedoch in Bezug auf die Kommunalpolitik.

Zu a)

Die unabhängigen Gremien werden durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gebildet, die sich dauerhaft gemeinsam für die Umsetzung ihrer Interessen einsetzen wollen. Sie können den rechtlichen Status eines eingetragenen Vereins haben oder in anderer selbst organisierter Form zusammenarbeiten. Als Beispiele, die sich vor allem auch mit seniorenrelevanten Themen befassen sind zu nennen:

- Seniorengruppen und -vereine,
- die Besucherbeiräte in verschiedenen Senioreneinrichtungen wie Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs sowie die Heimbeiräte in den Altenpflegeheimen,
- die Seniorengruppen in den Kirchengemeinden sowie
- die zahlreichen Interessengemeinschaften, Bürgervereine, Siedlergemeinschaften, Heimatvereine usw., die sich für die Lebensqualität in ihrem Stadtteil bzw. Wohngebiet einsetzen.

Zu b)

Zu den von der Stadtverwaltung initiierte Gremien zählen vor allem die Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit (AG GWA), die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen und das regelmäßig stattfindende Seniorenforum.

Die AG GWA bieten die Möglichkeit für Menschen aller Altersgruppen sowie Einrichtungen in den Stadtteilen auf Entscheidungen zur Stadtteilentwicklung und gesellschaftliche Prozesse im Stadtteil Einfluss zu nehmen. Seit 1999 steht für die von den Arbeitsgruppen initiierten Projekte durch Beschluss des Stadtrates ein Initiativfonds zur Verfügung, über dessen Verwendung die Arbeitsgruppen im Rahmen einer Förderrichtlinie eigenständig entscheiden. Zu den Grundsätzen ihrer Arbeit entwickelten die AG GWA 2010 in einem Fachtag ein Positionspapier, welches 2011 durch den Stadtrat bestätigt wurde³².

Die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen unter Federführung des Behindertenbeauftragten wurde im Juli 1999 ins Leben gerufen. In der AG sind überwiegend selbst betroffene und engagierte behinderte Menschen sowie Vertreter wichtiger Vereine der Behindertenselbsthilfe und der Stadtverwaltung aktiv. Sie tagt regelmäßig, berät die Situation der behinderten Bürgerinnen und Bürger in Magdeburg und setzt sich für deren Interessen ein.

Zur Stärkung der Einflussmöglichkeiten der Senioren beschloss der Stadtrat die regelmäßige Durchführung eines Seniorenforums im 2-Jahres-Rhythmus. „Das Stadtseniorenforum ist ein Element der Partizipation und bietet älteren BürgerInnen bzw. deren VertreterInnen die Möglichkeit, der Seniorenpolitik in unserer Stadt Impulse zu geben und diese aktiv mitzugestalten.“³³ Das Seniorenforum nimmt in dieser Systematik eine Sonderstellung ein. Es ist auf Dauer angelegt und tagt regelmäßig. Die von den Vereinen und Seniorenorganisationen delegierten Teilnehmer sind jedoch nicht konstant. Insofern ist das Seniorenforum zwar als ständiges Bürgergremium einzuordnen, jedoch mit wechselnden Personen. Das Seniorenforum fasst Beschlüsse, die als Empfehlungen an den Stadtrat weitergeleitet werden. Somit regt es an, dass bestimmten Fragstellungen im Stadtrat beraten werden und ggf. Entscheidungen getroffen werden.

³² Beschluss Nr. 1028-39(V)11 zur DS0168/11

³³ Stadtratsinformation I0317/09

Zu c)

In den politischen Parteien schließen sich Menschen zur Umsetzung von politischen Zielen zusammen. Durch die Mitgliedschaft und Mitarbeit in einer Partei besteht die Möglichkeit der Mitwirkung bei politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Prozessen. Über die – in der Regel durch parteipolitisches Engagement gegebene – Möglichkeit, kommunalpolitische Wahlfunktionen zu erlangen, kann für den Einzelnen auch die Partizipationsstufe der Mitentscheidung erreicht werden.

5.4.4.3. Gesetzliche oder satzungsgemäße Gremien mit gewählten bzw. berufenen Mitgliedern

Die Beteiligungsgremien dieser Kategorie beruhen ebenso wie die unter 5.4.4.1. und 5.4.4.2. genannten auf der ehrenamtlichen freiwilligen Arbeit der Mitglieder. Bei den hier betrachteten Gremien liegt jedoch eine höhere Verbindlichkeit des Einsatzes vor. Mit der Annahme der Wahl bzw. der Berufung gehen die Beteiligten eine klar bestimmte Verpflichtung zur Mitarbeit ein.

Gleichzeitig sind diese Beteiligungsformen im Allgemeinen mit höheren Kompetenzen ausgestattet.

Hierzu zählen

- a) der Stadtrat und seine beschließenden (§ 47 GO-LSA) und beratenden Ausschüsse (§ 48 GO-LSA), die sachkundigen Einwohner in den beratenden Ausschüssen (§ 48 (2) GO-LSA), sowie der Oberbürgermeister
- b) der Seniorenbeirat und
- c) der Beirat für Integration und Migration.

Zu a)

Stadtrat und Oberbürgermeister bilden die Verwaltungsorgane der Stadt. (§ 35 GO-LSA) Der Stadtrat ist gemäß § 44 GO-LSA „die Vertretung der Einwohner und das Hauptorgan“ der Stadt. Im Stadtrat bzw. in seinen beschließenden Ausschüssen entscheiden gewählte, ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger über alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, soweit nicht für bestimmte Angelegenheiten der Oberbürgermeister zuständig ist. Diese Form der politischen Partizipation entspricht der Stufe der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Die beratenden Ausschüsse tragen durch Vorberatung zur Entscheidungsfindung bei. Als Mitglieder des Stadtrates sind die Ausschussmitglieder auch an der Entscheidung beteiligt. Sachkundige Einwohner in den beratenden Ausschüssen haben beratende Stimme in den Ausschüssen und haben insofern eine Mitwirkung an der Entscheidungsfindung.

Zu b und c)

Als Interessenvertretung der in Magdeburg lebenden älteren Einwohnerinnen und Einwohner, die in Entscheidungsfindungsprozesse im Stadtrat und in der Verwaltung einzubeziehen ist, agiert in Magdeburg der Seniorenbeirat auf der Basis eines Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2010.³⁴ Dem Seniorenbeirat gehören acht unabhängige, vom Stadtrat zu wählende, Einwohnerinnen und Einwohner sowie fünf von den fünf größten Stadtratsfraktionen zu benennende Mitglieder an. Nicht stimmberechtigt und mit beratender Funktion gehört darüber hinaus ein/e von der Verwaltung benannte/r Vertreter/Vertreterin dem Seniorenbeirat an.

Die Interessen der in Magdeburg lebenden Migrantinnen und Migranten nimmt der Beirat für Integration und Migration wahr. Dieses Gremium beruht auf einem Stadtratsbeschlusses von 2009³⁵ und wird nach einem vergleichbaren Verfahren wie der Seniorenbeirat gebildet. Der

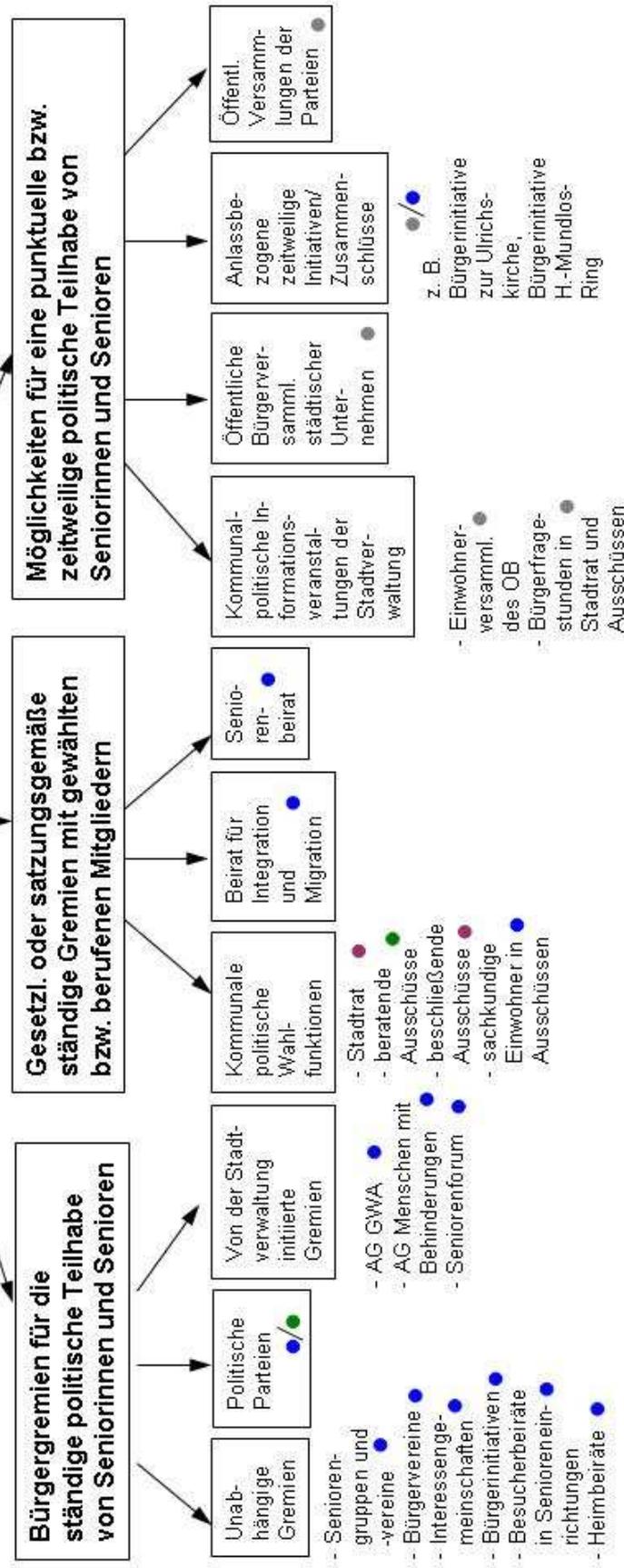
³⁴ DS0155/10 – Beschluss-Nr. 441-19(V)10

³⁵ DS0067/09 – Beschluss-Nr. 3049-84(IV)09

Beirat agiert altersgruppenunabhängig. Für die Migrantinnen und Migranten unter der älteren Bevölkerung von Magdeburg stellt er eine wichtige Interessenvertretung dar.

Die Beiräte haben eine wichtige Mitwirkungsfunktion, indem sie den Stadtrat, die Ausschüsse und die Stadtverwaltung bei Entscheidungen, die die Interessen ihrer Zielgruppe berühren beraten, Stellungnahmen und Empfehlungen abgeben.

Möglichkeiten zur freiwilligen eigenverantwortlichen politischen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren



Stufen der Partizipation:

- Beobachtung und Information
- Mitwirkung
- Mitentscheidung
- Selbstverwaltung bzw. Selbstverantwortung

5.4.5. Planungsbeteiligung in der kommunalen Seniorenpolitik

Die in den seniorenpolitischen Leitlinien geforderte Beteiligung von Seniorinnen und Senioren am Planungsprozess³⁶ wurde im Planungsprojekt zur „Erarbeitung eines seniorenpolitischen Konzeptes für die Landeshauptstadt Magdeburg“ seit Beginn praktiziert. Im Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung – einem aus Seniorenvertretern, Freien Trägern, Kommunalpolitik und Verwaltung bestehenden Fachgremium – wurde 2009 der Entwurf für die seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg erarbeitet und anschließend in einer öffentlichen Veranstaltung am 27.11.2009 mit breiter Bürgerbeteiligung diskutiert. Die Anregungen aus dieser Diskussion wurden in die Beschlussvorlage für den Stadtrat eingearbeitet, die am 24.06.2010 beschlossen wurde. Die zweite Phase der Erarbeitung des seniorenpolitischen Konzeptes startete mit einer öffentlichen Auftaktveranstaltung am 23.03.2011 an der viele engagierte Seniorinnen und Senioren sowie gesellschaftliche Akteure aus der sozialen Arbeit, der Wirtschaft, Politik und Verwaltung teilnahmen. Gemeinsam mit diesen Beteiligten erfolgte zur Umsetzung der seniorenpolitischen Leitlinien seit April 2011 eine Situationsanalyse in sechs thematischen Arbeitsgruppen. Zur Ableitung von Handlungsempfehlungen aus den Ergebnissen der Situationsanalyse wurde wieder die gesamte interessierte Öffentlichkeit in vier Diskussionsforen von Februar 2012 bis Juli 2012 beteiligt. Die Hinweise und Anregungen aus diesen Diskussionsforen sind in das vorliegende seniorenpolitische Konzept eingeflossen.

5.4.6. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen

In der öffentlichen Diskussion zum Handlungsfeld „Politische Partizipation“ wurde von den Teilnehmern die vorgestellte Situationsanalyse bestätigt und anerkannt, dass die vorhandenen Partizipationsstrukturen in Magdeburg gute und vielfältige Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger bieten, sich einzubringen und kommunalpolitische Entscheidungen mit zu beeinflussen. Als positives Beispiel der Partizipation wurden mehrfach die Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit genannt, in denen sich auch viele Senioren engagieren. Die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen ist nicht als direktes Mandat (wie ein Ortschaftsrat) zu verstehen. Sie dienen als „Sprachrohre“ der Stadtteile. Die Bürgerinnen und Bürger werden zur Mitwirkung bei der kommunalen Willensbildung aktiviert, indem sie örtliche Problemlagen erkennen und sich für deren Lösung aktiv einsetzen.

Folgende kritische Hinweise und Verbesserungsbedarfe wurden in dem Diskussionforum herausgearbeitet:

Es beteiligen sich noch zu wenige Menschen. Wer sich einbringen möchte, hat ausreichende Möglichkeiten. Es müssten aber Wege gefunden werden, diejenigen zu motivieren, die sich bisher zurückhalten. Gründe für die Zurückhaltung werden vermutet in

- a) unzureichender Information über die Beteiligungsmöglichkeiten und
- b) allgemein zu beobachtender Politikverdrossenheit.

Angebote zur politischen Bildung, wie sie z. B. in den Alten- und Service-Zentren erfolgen, müssen noch stärker bekannt gemacht werden.

Die Vernetzung der einzelnen Gremien und die Abstimmung untereinander, vor allem in Bezug auf einzelne Projekte, müsste verbessert werden.

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine intensivere frühzeitige Einbeziehung in politische Entscheidungen des Stadtrates. Die bestehenden Möglichkeiten, sich über das Ratsinformationssystem über politische Entscheidungsprozesse in Stadtrat zu informieren und Vorschläge bzw. Hinweise z. B. über den Kontakt zu einzelnen Stadträten oder die Stadtratsfraktionen in die Diskussion einzubringen, sind möglicherweise nicht ausreichend bekannt. Auch über die AG GWA sowie über die Sprechstunden des Seniorenbeirates können Bürgeranliegen an die Verwaltung bzw. den Stadtrat herangetragen werden.

³⁶ Leitlinie 2 – Kernaktivitäten

Als unzureichend werden die Möglichkeiten zur politischen Partizipation für benachteiligte Personengruppen eingeschätzt. Insbesondere mobilitätsbeeinträchtigte Menschen und Bewohner von Altenpflegeheimen können nicht alle Formen der politischen Beteiligung uneingeschränkt nutzen. Z. B. der Besuch von Stadtratssitzungen, Bürgerfragestunden, Seniorenforen werden zum Problem, wenn keine behindertengerechten Fahrdienste zur Verfügung stehen bzw. keine barrierefreie Erreichbarkeit mit ÖPNV gegeben ist. Auch die Möglichkeiten, sich in den unabhängigen Gremien oder den AG GWA einzubringen, sind für diesen Personenkreis eingeschränkt.

Vorschläge, wie hier eine (teilweise) Besserung erreicht werden kann, waren:

- Übertragung von Stadtratssitzungen im lokalen Fernsehen und/ oder im Internet³⁷
- Möglichkeit der telefonischen Nutzung der Beschwerdestelle/Bürgerberatung beim Büro des Oberbürgermeisters (BOB) oder des Internetforums der Landeshauptstadt bekannter machen, um Anfragen zu stellen oder Hinweise zu geben; hierzu entsprechende Unterstützung/Schulung anbieten für die Nutzung dieser Medien
- Altenpflegeheime als Veranstaltungsort für Informationsveranstaltungen im Stadtteil oder für Sitzungen der AG GWA nutzen, um den Bewohnern die Teilnahme zu ermöglichen
- Zusammenarbeit von Seniorenbeirat mit Heimbeiräten stärken, aufsuchende Sprechstunden des Seniorenbeirats

Die politische Partizipation älterer Migrantinnen und Migranten ist noch unzureichend. Die vorhandenen Beteiligungsgremien sind zwar offen für alle (älteren) Einwohnerinnen und Einwohner, werden von den Migrantinnen und Migranten jedoch kaum genutzt.

Wünschenswert im Sinne der Integration wäre eine stärkere Vernetzung des Beirates für Integration und Migration mit dem Seniorenbeirat und den anderen Gremien.

³⁷ Am 12.11.2012 wurde im Stadtrat ein entsprechender Antrag beschlossen. Siehe Antrag A0171/10

5.5. Gesellschaftliche Integration älterer Menschen³⁸

5.5.1. Zielstellung zur gesellschaftlichen Integration von Seniorinnen und Senioren

Das Handlungsfeld „Gesellschaftliche Integration älterer Menschen“ setzt sich damit auseinander, wie die uneingeschränkte Teilhabe der älteren Einwohnerinnen und Einwohner in allen Lebensbereichen ermöglicht wird. Hierbei geht es u. a. darum, dass die ältere Generation keine Sondergruppe sondern ein selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft ist.

Dieses Anliegen kommt in den seniorenpolitischen Leitlinien an mehreren Stellen zum Ausdruck und ist damit erklärte Zielstellung der Landeshauptstadt Magdeburg. Bereits in der Präambel ist formuliert: „Sie (die Magdeburger Seniorenpolitik) wendet sich gegen jede Form von Stigmatisierung und Diskriminierung der Seniorinnen und Senioren.

Die Magdeburger Seniorenpolitik folgt dem Grundverständnis vom Alter als einer aktiven Lebensphase, in der eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung und eine Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht werden.“

Insbesondere Leitlinien 2 und 8 orientieren auf die Teilhabe der Seniorinnen und Senioren an den wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen Politik, bürgerschaftliches Engagement, Bildung, Kultur, Freizeit und Sport.

Die Leitlinie 4 macht deutlich, dass hierbei alle älteren Menschen unabhängig von ihren individuellen Lebensbedingungen einbezogen werden sollen. „Seniorenpolitik berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse älterer Menschen“

Leitlinie 7 unterstreicht das Miteinander der unterschiedlichen Generationen innerhalb der Gesellschaft.

Da „Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement“ und „Politische Partizipation“ bereits in den Abschnitten 5.3. und 5.4. beschrieben wurden, konzentrieren sich die Betrachtungen in diesem Abschnitt auf die Bereiche Bildung, Kultur, Freizeit und Sport.

Grundsätzliche Zielstellung ist die Ermöglichung eines ungehinderten Zugangs für alle Seniorinnen und Senioren zu entsprechenden Angeboten und die Möglichkeit, sich selbst aktiv zu beteiligen. Um das zu gewährleisten, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein.

- Zugänglichkeit von Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen auch für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen
- Erreichbarkeit entsprechender Einrichtungen im Wohngebiet bzw. mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- gezielte Ansprache älterer Menschen, um sie als Akteure zu gewinnen (als Referenten, Kursleiter, für ehrenamtliche Mitarbeit, für Projekte „Dialog der Generationen“ etc.)
- bedarfsgerechte Informationen und Öffentlichkeitsarbeit zu Angeboten und Möglichkeiten durch Nutzung unterschiedlicher Veröffentlichungsmedien: Internet, gut lesbare Informationsblätter und Broschüren an stark frequentierten Orten, Presseveröffentlichungen
- Preisgestaltung, die auch einkommensschwache Personen nicht ausgrenzt (z. B. durch Ermäßigung für Magdeburg-Pass-Inhaber)
- Angebote, die inhaltlich den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen

³⁸ Die Bezeichnung „Integration“ entspricht genau genommen nicht dem tatsächlichen Anliegen der Magdeburger Seniorenpolitik. „Integration“ meint die Aufhebung einer Trennung durch die (Wieder-)Einfügung einer separierten Gruppe in eine Gesamtheit. Im betrachteten Handlungsfeld geht es dagegen um „Inklusion“, also um die gesellschaftliche Akzeptanz der Menschen in ihrer Individualität und Unterschiedlichkeit und die Ermöglichung der Teilhabe und Teilnahme in vollem Umfang. Unterschiede werden dabei nicht negiert, aber auch nicht als „Besonderheit“ gesehen. Ältere Menschen sind keine außenstehende Gruppe, die in die Gesellschaft eingefügt werden soll. Die Bezeichnung des Handlungsfeldes wird im Folgenden jedoch beibehalten, da der Begriff sich in der Analysephase bei allen Beteiligten so eingepreßt hat.

- Angebote für Seniorinnen und Senioren zu gesonderten Zeiten (tagsüber), da sie oft nicht mehr in den Abendstunden ausgehen wollen

5.5.2. Angebotssituation in Magdeburg

Zahlreiche Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen in Magdeburg haben sich in ihrem Angebotsspektrum bereits auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eingestellt. Viele Einrichtungen halten auch spezielle Angebote für Seniorinnen und Senioren vor.

Gezielt an die älteren Magdeburgerinnen und Magdeburger wenden sich die fünf Alten- und Service-Zentren und die offenen Treffs. Sie bilden ein über das Stadtgebiet verteiltes Netz von Begegnungsstätten, die ein vielfältiges Kultur-, Freizeit- und Bildungsangebot für Seniorinnen und Senioren bieten. Darüber hinaus ermöglichen sie den Besucherinnen und Besuchern auch, selbst aktiv zu sein. So können sich Seniorinnen und Senioren hier in Arbeitsgemeinschaften wie Theatergruppen oder Chören betätigen oder ihre Fähigkeiten und ihr Wissen in Vorträgen, Kreativ- oder Sportkursen an andere weitergeben. Unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft sind diese Einrichtungen offen für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Alten- und Service-Zentren und offenen Treffs werden seit ihrer Etablierung von der Landeshauptstadt Magdeburg anteilig finanziell gefördert.

Gesellschaftliche Integration leisten auch die mehr als 20 Bürgervereine, Initiativen, Siedlervereine und Interessengemeinschaften in den Stadtteilen und Wohngebieten in Magdeburg. Von ihnen organisierte Seniorennachmittage, Stadtteilstefte, Hobbygruppen etc. bieten Geselligkeit und Zugehörigkeitsgefühl und helfen, Isolation alleinlebender Bewohner zu vermeiden. Einige dieser Vereinigungen bieten auch Nachbarschaftshilfen und Besuchsdienste an und unterstützen damit insbesondere mobilitätsbeeinträchtigte und/oder hilfebedürftige Seniorinnen und Senioren. Gleichzeitig besteht hier die Möglichkeit für Seniorinnen und Senioren, sich aktiv in die Gestaltung des Stadtteillebens einzubringen und ihre Kompetenzen einzusetzen.

Die Stadtbibliothek hat ihr Angebot auf die unterschiedlichen Interessenlagen der verschiedenen Benutzergruppen zugeschnitten. Für Seniorinnen und Senioren hält sie u. a. Bücher und Zeitschriften bereit zu Themen, die sie besonders interessieren wie z. B. Erbrecht, Gesundheit, Ernährung, Ratgeber zum Thema Alter, Altenhilfe, Altenpflege, Sport und Spiele für Seniorinnen und Senioren, Familienforschung, Rente und Rentenrecht, altersgerechtes Wohnen, Gedächtnisübungen.

Mit der Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“ besteht eine Zusammenarbeit. Die Stadtbibliothek bietet „Vorlesebücher“ an, die dem Kontakt von Großeltern- und Enkelgeneration dienen.

Darüber hinaus bieten die Mitarbeiter der Bibliotheken auch externe Veranstaltungen z. B. Lesungen in Einrichtungen für betreutes Wohnen oder in den Alten- und Service-Zentren an.

Als Erleichterung nicht nur für die älteren Nutzerinnen und Nutzer bestehen folgende Bedingungen

- lesefreundliche Schriftgröße, Großdruckbücher in Belletristik und Sachliteratur
- Fahrstuhl und rollator- und rollstuhlgerechte Regalbreiten, passende Regalhöhen, übersichtliches Leitsystem, behindertenfreundliche und barrierefreie Gebäude
- Hörbücher
- DVDs mit Untertiteln und Kommentierung (für Sehschwache)
- Lesefreundliche Schriftgröße an den PCs der Bibliothek
- Lesegerät/Vergrößerungsgerät im Informationszentrum (Zentralbibliothek), Leselupen, Lesestäbe

- Hilfsbereites, kompetentes und freundliches Personal
- Fahrbibliotheksservice bis fast vor die Tür bzw. Seniorenheim
- Medienboxen mit passenden Themen für Senioreneinrichtungen zur längeren Ausleihe
- Medienboten für Seniorinnen und Senioren in Reform
- Anpassung der Öffnungszeiten, Veranstaltungen am Nachmittag statt am Abend
- Hinweise auf Straßenbahnhaltestellen und Parkplätze in der Nähe
- spezifische Veranstaltungen (Zeitzeugengespräche, Heimatdichter, zeitgeschichtliche Lesungen...)
- Ausstattung der Räume (genügend Licht, Sitz- und Arbeitsmöglichkeiten, Ruhezonen), Komfort und Übersichtlichkeit, Verwendung kontrastreicher Farben

Die Magdeburger Museen bemühen sich, Barrieren für ältere Menschen zu erkennen und zu beseitigen. Für das Gebäude Otto-von-Guericke-Straße einschließlich des neuen Anbaus wurde das bereits erreicht. Im Kunstmuseum Kloster Unser Lieben Frauen wird das im Rahmen aktuellen Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen umgesetzt.

Technische Hilfsmittel wie Audioguides bieten eine Unterstützung für ältere Sehgeschädigte. Ein Novum für die Museen in der Zusammenarbeit mit der Hochschule Magdeburg-Stendal ist das Führungsangebot mit Gebärdensprachdolmetscher/-in für Hörgeschädigte.

Die seit 1992 eingerichtete „Seniorenakademie“ bietet jährlich ca. 10 bis 12 Veranstaltungen im Museum. Mit der Gruppe „Dialog der Generationen“ werden intergenerative Projekte u. a. im Historischen Spiel „Megedeborch“ umgesetzt. Im Kunstmuseum gibt es die Veranstaltungsreihe „Großeltern und Enkel. Ferienangebote“. 2011 standen u. a. Vorträge zur Stadtgeschichte und zu Sammlungsschwerpunkten bzw. geführte Ausstellungsbesuche im Kunstmuseum sowie im Museum für Naturkunde im Programm. Solche und ähnliche Angebote, die immer auch einen „Blick hinter die Kulissen“ und die Möglichkeit zu vertiefenden Gesprächen beinhalten, berücksichtigen in vielfältiger Weise und mit anhaltendem Erfolg einerseits die Möglichkeiten und Interessen der Zielgruppe. Andererseits gehört zu diesem Thema auch das enorme ehrenamtliche Engagement, mit dem vorwiegend Seniorinnen und Senioren des Museumsfördervereins zum Beispiel den Besucherservice des Kulturhistorischen Museums bei Großausstellungen oder bei regional oder überregional bedeutenden Projekten unterstützen. Dadurch fühlen sich die älteren Mitglieder des Vereins in gesellschaftliche Großereignisse eingebunden und mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen gefordert.

Hinsichtlich der Präsentation und Beleuchtung von Ausstellungen sind die Museen an oft konservatorische Kriterien gebunden, die zwar dem Objekt, nicht aber dem Betrachter optimale Bedingungen bieten. Das führt hin und wieder zu kritischen Reaktionen vor allem älterer Besucherinnen und Besucher. Diese gelten auch der Beschriftung. Hier werden die Museen sowohl in der Dauerausstellung als auch bei Großausstellungen vorhandene technische Möglichkeiten noch besser nutzen bzw. Alternativen entwickeln.

Das seit 2006 vom Verein "Kuratorium Industriekultur in der Region Magdeburg e.V." geführte, zuvor städtische Technikmuseum wird durch Seniorinnen und Senioren und Führungskräfte ehrenamtlich geführt. Seniorinnen und Senioren sind hier nicht nur als Besucherinnen und Besucher, sondern auch für eine ehrenamtliche Tätigkeit willkommen. Durch eine Rampe ist das Technikmuseum für Rollstuhlfahrer und –fahrerin zugänglich, für Benutzerinnen und Benutzer von Rollatoren ist der historische Fußboden der Ausstellungshalle jedoch nur bedingt geeignet.

Das Konservatorium Georg Philipp Telemann bietet vorrangig musikalische Ausbildung, aber auch zahlreiche Konzerte. Insbesondere die Konzerte werden gern von Seniorinnen und

Senioren besucht. Kontakte bestehen auch zu Großeltern, die ihre Enkel zum Musikunterricht begleiten. Die vorhandene Nachfrage Älterer nach Musikunterricht kann mit den gegenwärtigen Kapazitäten jedoch nur in unzureichendem Maße erfüllt werden, da die Prioritäten in der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen liegen.

Das Theater Magdeburg bietet regelmäßig sonntags Vorstellungen im Opernhaus um 16:00 Uhr, also zu einer seniorenfreundlichen Zeit an. Darüber hinaus gibt es einmal monatlich Vorstellungen zum „netten Preis“ (15 € Opernhaus, 10 € Schauspielhaus), wodurch auch einkommensschwachen Menschen, z. B. Seniorinnen und Senioren mit geringer Rente, der Theaterbesuch erleichtert wird.

Im AMO-Kulturhaus organisiert die Internationale Stiftung regelmäßig klassische Konzerte in der Reihe „Musik am Nachmittag“ und kommt damit dem Wunsch vieler älterer Menschen entgegen, nicht mehr in den Abendstunden auszugehen.

Die kommunalen Schwimmhallen bieten im Bad- und Saunabereich neben ermäßigten Eintrittspreisen u. a. für Behinderte und Inhaber des Magdeburg-Pass auch eine (weniger starke) Ermäßigung für Rentnerinnen und Rentner allgemein. Die „Elbeschwimmhalle“ bietet zweimal wöchentlich vormittags für Seniorinnen und Senioren reservierte Öffnungszeiten an.

Zahlreiche Sportvereine in Magdeburg haben – je nach Sportart und Vereinsgröße – teilweise Sportgruppen für die Seniorinnen und Senioren unter ihren Vereinsmitgliedern. Direkt dem Thema „Gesundheitssport“ widmen sich in Magdeburg die Sportvereine:

- Calenberger Turnverein "CTV" e. V.
- Kneipp-Verein Magdeburg e. V.
- Magdeburger Sportverein 1978 e. V.
- Turn- und Sportverein (TSV) Rotation Magdeburg e. V.
- Universitätssportclub Otto von Guericke Magdeburg e. V.
- Verein für Sporttherapie und Behindertensport 1980 Magdeburg e. V.
- HSV Medizin
- Verein für Gesundheit, Bewegung und Sport

Weitere insbesondere der gesundheitlichen Prävention dienende, für Seniorinnen und Senioren geeignete Bewegungsangebote und Kurse bieten viele Krankenkassen, Senioreneinrichtungen aber auch die Volkshochschule und viele gewerblich betriebene Fitness-Studios.

Ein spezielles Angebot für Bewegung und körperliche Aktivität besteht mit dem „Seniorenspielplatz“ in Neu Olvenstedt. Ein ähnliches Angebot ist der Mehrgenerationenspielplatz an der Großen Diesdorfer Straße im Stadtteil Stadtfeld Ost sowie der neue Spielplatz im Rotehornpark.

Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren machen viele Erwachsenenbildungsträger. Die Städtische Volkshochschule Magdeburg bietet neben dem allgemeinen Kursangebot außerdem zusätzliche Veranstaltungen am Vor- oder Nachmittag an, die sich speziell an Seniorinnen und Senioren richten, z. B. Computerkurse für Seniorinnen und Senioren, Gesundheits- und Bewegungskurse, Gehirn-Jogging und Englisch für Seniorinnen und Senioren sowie weitere Fremdsprachen.

Ein besonderes Angebot der Volkshochschule ist die gemeinsam mit dem Sozial- und Wohnungsamt und einer Besuchsdienstinitiative initiierte Ausbildung zum freiwilligen

Seniorenbegleiter. Im Rahmen der Ausbildung werden die Kursteilnehmer befähigt und motiviert eine anschließende Tätigkeit in einem ehrenamtlichen Seniorenbesuchsdienst aufzunehmen.

Das Gebäude der Volkshochschule in der Leibnizstraße 23 ist barrierefrei gestaltet. Durch ihre zentrale Lage ist die Volkshochschule mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar.

Die Universität „Otto von Guericke“ bietet seit vielen Jahren das Studieren ab 50 an.

„Mit einem fächerübergreifenden Angebot soll älteren Erwachsenen der Zugang zur wissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung eröffnet werden. Gemeinsame Studiermöglichkeiten sollen jüngeren und älteren Studierenden die Möglichkeit bieten, miteinander im Gespräch zu bleiben und Verständnis für die jeweils andere Generation zu entwickeln.

Die Lebenserfahrungen und Kompetenzen der älteren Studierenden sollen Eingang in universitäre Lernprozesse finden. Altersforschung und Alterswissenschaft sollen Impulse erhalten und gleichzeitig ihrerseits Anregungen für die Gestaltung gesellschaftlicher Praxis im Umgang mit der älteren Generation geben.

Das Studienprogramm umfasst folgende Angebote:

- Spezialveranstaltungen zu "Studieren ab 50" als Angebote der Fakultäten und Institute
- Öffnung von ausgewählten Lehrveranstaltungen der vorgenannten Einrichtungen
- Ältere Erwachsene bieten Lehrveranstaltungen für ältere Erwachsene an
- Öffnung des Lehrangebotes "Studium generale" ³⁹

5.5.3. Bedürfnisse unterschiedlicher Personengruppen

Für verschiedene Personengruppen innerhalb der Seniorengeneration ist aufgrund ihrer Lebenssituation die gesellschaftliche Integration mit speziellen Anforderungen verbunden. Drei Gruppen von Seniorinnen und Senioren sollen hierbei betrachtet werden: Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen, ältere Menschen mit Migrationshintergrund und homosexuelle ältere Menschen.

Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen sind oftmals stark in ihrer Mobilität eingeschränkt, so dass die vorhandenen Angebote häufig für sie nicht nutzbar sind. Um ihnen dennoch den Zugang zu Bildung und Kultur zu ermöglichen, sind für sie besondere Angebotsformen erforderlich. Insbesondere aufsuchende Angebote bieten sich hier an. Teilweise werden bereits für die Bewohnerinnen und Bewohner Veranstaltungen wie Konzerte, Buchlesungen, Vorträge u. ä. durch die Heimbetreiber ins Haus geholt. Auch eine Öffnung der Heime in den Stadtteil z. B. durch eine öffentliche Cafeteria oder das Anbieten öffentlicher Veranstaltungen für die Heim- und Stadtteilbewohner trägt zum Kontakt der Heimbewohner „nach außen“ und damit zur Aufrechterhaltung ihrer gesellschaftlichen Integration bei. Derartige Angebote sollten weiter ausgebaut werden. Denkbar sind Kooperationen von Kulturinstitutionen wie Theater, Stadtbibliothek oder Konservatorium mit den Heimbetreibern.

Schwerpunkte im Zusammenhang mit der Integration älterer Migrantinnen und Migranten sind zum Einen der Bereich der Pflege und andererseits die gesellschaftliche und politische Partizipation.

Das Pflegesystem ist derzeit noch nicht ausreichend auf Migrantinnen und Migranten eingestellt. Kulturelle Aspekte (z. B. kulturell bedingte Unterschiede beim Waschen, bei der Einstellung zu Nacktheit etc.) sollten in der Pflege jedoch unbedingt berücksichtigt werden, da das für die Betroffenen eine wichtige Frage von Lebensqualität und Menschenwürde darstellt.

³⁹ Quelle: http://www.wiwa.ovgu.de/angebote/angebote/studieren_ab_50.html

Derzeit sind in Magdeburg drei interkulturelle Pflegedienste bekannt. Es gibt also bereits Ansätze, auf den erhöhten Bedarf zu reagieren. Der Bedarf wird in Zukunft noch steigen, da der Anteil älterer Migrantinnen und Migranten sich erhöhen wird.

In vielen Migrantengruppen ist die Tradition der familiären Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen sehr stark verwurzelt. Eine Unterstützung durch ambulante Pflegedienste, um eine Überlastung/Überforderung der Pflegenden zu vermeiden, erfordert entsprechend interkulturell ausgebildete Pflegekräfte.

Hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Partizipation der älteren Migrantinnen und Migranten ist zu beobachten, dass ältere Migrantinnen und Migranten tendenziell eher unter sich bzw. zurückgezogen leben. Es ist eine Herausforderung sowohl für Einrichtungen der Altenhilfe und als auch für die Migrantenorganisationen, die älteren Zuwanderer zu motivieren und zur Teilhabe an vorhandenen Angeboten zu bewegen. Eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat, Integrationsbeirat, Migrantenselbstorganisationen und Integrationskoordinator sollte angestrebt werden.

Einige gute Ansätze zur Integration älterer Zuwanderer gibt es bereits in Magdeburg. So werden z. B. im ASZ Olvenstedt regelmäßig Veranstaltungen für und mit Spätaussiedlern durchgeführt. Zum Abbau sprachlicher Barrieren bietet das ASZ Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ an. Hierzu wurde der Kontakt über das Eine-Welt-Haus zu Migrantenorganisationen hergestellt.

Die Interessengemeinschaft Rothenseer Bürger e. V. engagiert sich für ein gutes Zusammenleben von Alteingesessenen und Zuwanderern, indem ein reger Kontakt zu dem in der Windmühlenstraße befindlichen Wohnheim für Asylbewerber gepflegt wird und gemeinsame Feste und Veranstaltungen organisiert werden.

Die traditionellen Angebote der Altenhilfe sind nicht auf die Bedürfnisse von homo- oder transsexuellen Seniorinnen und Senioren eingestellt. Insbesondere für homo- oder transsexuelle Seniorinnen und Senioren, die in ihrem Lebenslauf die Erfahrung von Verfolgung und Diskriminierung gemacht haben, sind Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit im Alter oftmals mit großen Unsicherheiten und Ängsten verbunden. Tatsächlich oder vermeintlich fehlende Akzeptanz bei Pflegepersonal oder Mitbewohner/innen in Pflegeheimen können bei den Betroffenen zu unerträglichen Belastungen führen. Sie fürchten, auf Unwissenheit, Unverständnis oder Ablehnung zu stoßen und diesen Teil ihrer Identität verheimlichen zu müssen. Ein wichtiger Ansatz, um hier Abhilfe zu schaffen, besteht darin, das Pflegepersonal zu sensibilisieren sowie Bildungs- und Aufklärungsarbeit in Einrichtungen der Altenarbeit und Pflegeeinrichtungen zu leisten. Hierfür ist eine Zusammenarbeit mit dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) - Landesverband Sachsen-Anhalt oder mit anderen in der Lesben- und Schwulenarbeit erfahrenen Vereinen hilfreich.

Der LSVD weist darauf hin, dass bei erkennbarem Bedarf intergenerative Wohngemeinschaften für Lesben und Schwule oder Pflegeheime für homo- oder transsexuelle Seniorinnen und Senioren ein Ansatz sein können, um Abhilfe zu schaffen. Das trifft jedoch nicht auf alle Betroffenen zu. Keineswegs soll eine Ausgrenzung erfolgen. Es ist von den eigenen Vorstellungen und Wünschen der Seniorinnen und Senioren auszugehen.

5.5.4. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen

Hinsichtlich der Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote gibt es in Magdeburg bereits viele gute Angebote für ältere Menschen. Hierbei sollte als wichtigster Handlungsansatz angestrebt werden, die bestehenden Angebote weiterzuführen und auszubauen. Das betrifft sowohl die seniorenspezifischen Angeboten als auch die Seniorenfreundlichkeit allgemeiner Angebote.

Für eine bestmögliche Integration in das gesellschaftliche Leben sollten Angebote dezentral in den einzelnen Stadtteilen vorhanden sein. Gute Bedingungen bieten hier das Netz der Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs, die Mehrgenerationen- und Bürgerhäuser sowie die 22 Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit (AG GWA) in den Stadtteilen. Für den Erhalt und die weitere Stärkung dieser Infrastruktur ist

die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen zu intensivieren. Insbesondere die Wohnungsgenossenschaften entstanden historisch aus einem Gemeinschaftsgedanken und haben somit auch eine soziale Verantwortung. Die Förderung von lebendigen Nachbarschaften und Mietertreffs ist für die Vermieter gleichzeitig auch ökonomisch zweckmäßig, da dies die Attraktivität des Wohngebietes steigert und zufriedene Mieterinnen und Mieter ein wirksames Mittel gegen Wohnungsleerstand sind.

Ein Thema des 3. Magdeburger Seniorenforums am 28. September 2012 waren Rahmenbedingungen für ein lebenslanges Lernen. In der Diskussion der entsprechenden Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass nicht nur organisierte, institutionalisierte Formen der Bildung im Alter wichtig sind, sondern auch informelle Bildungsangebote einen wichtigen Platz haben. Ein großer Bedarf besteht an Bildung zu alltagsrelevanten Themen wie z. B. der Umgang mit neuen Techniken und Medien. Aber auch Weiterbildung im Zusammenhang mit einer ehrenamtlichen Betätigung sowie zu den Möglichkeiten politischer Beteiligung sind gefragt. Beliebt sind bei den Älteren intergenerative Möglichkeiten des Lernens. Hier bietet sich z. B. der weitere Ausbau von Kooperationen zwischen Jugend- und Senioreneinrichtungen an (z. B. Jugendliche erklären Senioren das Internet).

Mit den Fragen der barrierefreien Erreichbarkeit und Zugänglichkeit von Kultur-, Bildungs-, Freizeit- und Sportangeboten befasst sich der „Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“⁴⁰, der vom Stadtrat am 12.04.2012 beschlossen wurde. An der Umsetzung der Maßnahmen, die auch der besseren Teilhabe von Seniorinnen und Senioren mit Mobilitäts- oder Sinneseinschränkungen zugute kommen, wird gearbeitet. Daher werden die Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit hier nicht noch einmal aufgeführt.

Eine ebenfalls sehr wichtige Rolle für die Nutzbarkeit vorhandener Angebote und damit für die gesellschaftliche Integration älterer Menschen spielt die ÖPNV-Erschließung aller Stadtteile. Mit diesem Thema befasst sich gegenwärtig intensiv der Seniorenbeirat.

Für die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen ist es wichtig, dass durch aufsuchende Angebote und durch eine Öffnung der Einrichtung in das Wohngebiet die Befriedigung ihrer Bedürfnisse nach Kultur, Bildung, Information und sozialen Kontakten gesichert wird. Die Einbindung der Pflegeeinrichtungen in lokale Netzwerke wie die AG GWA und die Regionalen Arbeitsgruppen Altenhilfe (RAGAH) sollte angestrebt werden, um die Teilhabe der Pflegeheimbewohner/innen am Stadtteileben zu fördern.

Handlungsansätze für die Integration älterer Migrantinnen und Migranten sind eine kultursensible Altenarbeit und Pflege für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund, die die kulturellen Besonderheiten berücksichtigt. Das erfordert die Förderung von interkultureller Kompetenz bei Pflegepersonal (Berücksichtigung in der Ausbildung von Pflegekräften) in Pflegeheimen und in der ambulanten Pflege. Weiterhin ist die Zusammenarbeit von Seniorenbeirat, Integrationsbeirat, Migrantenselbstorganisationen und Integrationskoordinator zu stärken sowie eine bessere Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der Altenhilfe und dem Integrationsbeirat und Migrantenselbstorganisationen anzustreben. So können interkulturelle Angebote konzipiert werden und ältere Migrantinnen und Migranten zur Teilhabe an vorhandenen Angeboten motiviert werden. Dazu gehört aber auch, dass den Zuwanderern durch die Aufnahmegesellschaft ein Gefühl des Willkommen-Seins vermittelt wird.

Handlungsansätze für die Verbesserung der Situation älterer homo- und transsexueller Menschen liegen in einer kultursensiblen Altenarbeit und Pflege für homo- und transsexuelle Seniorinnen und Senioren, die deren Erfahrungen und sexuelle Identität berücksichtigt. Dies ist bei der Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften für Pflegeheime und in der ambulanten Pflege zu vermitteln. Auch sind für Menschen mit unterschiedlicher sexueller Identität kultu-

⁴⁰ DS0488/11 - Beschluss-Nr. 1293-47(V)12

relle Angebote zu schaffen. Für ein besseres gegenseitiges Verständnis und mehr Toleranz ist bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Senioreneinrichtungen Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Hierfür ist eine Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat und Einrichtungen der Altenhilfe einerseits und Organisationen und Einrichtungen mit Erfahrungen in der Lesben- und Schwulenarbeit (z. B. LSVD, Frauenzentrum Courage, AIDS-Hilfe) andererseits zu initiieren und kontinuierlich zu pflegen.

5.6. Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

5.6.1 Bedeutung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ab 55 Jahre) bis zum Eintritt in den Altersruhestand hat hohe Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen im weiteren Lebensverlauf. Das betrifft zum Einen die aktuelle finanzielle Absicherung durch Erwerbseinkommen und die spätere finanzielle Absicherung durch Renteneinkommen. In den senienpolitischen Leitlinien wird das konkret in Leitlinie 5 benannt:

„Leitlinie 5

Senienpolitik trägt zur sozialen und gesundheitlichen Versorgung und zur materiellen Sicherung der älteren Generation bei

...

Kernaktivitäten:

- ...
- Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer durch kommunale arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärken, um Altersarmut zu mildern
- ...“

Ebenso bedeutsam sind soziale Integration durch die berufliche Tätigkeit und der Erhalt von Fähigkeiten und Kompetenzen als Vorbereitung auf den Ruhestand.

Umgekehrt kann länger andauernde Arbeitslosigkeit und erfolglose Arbeitssuche zu Krankheiten und psychischen Problemen führen, das Selbstvertrauen schwächen und den Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben und damit Isolation nach sich ziehen. Diese Beobachtung schildern die Alten- und Service-Zentren, die durch spezielle Angebote für ältere Langzeitarbeitslose versuchen, diese in das gesellschaftliche Leben zu integrieren, um Isolation vorzubeugen.

Magdeburg hat eine lange Tradition als Wirtschaftsstandort. Bis 1990 war der Maschinenbau der Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit. Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel verringerte sich die Zahl der Beschäftigten drastisch. Die veränderten Bedingungen benachteiligten vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über 50 Jahre, da diese in der Folge nur schwer wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten. Lange Phasen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wirken sich jedoch in geringeren Rentenansprüchen aus. Hierin ist eine Ursache für die zunehmende Zahl älterer Menschen zu sehen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. So stieg z. B. die Zahl der 65jährigen und älteren Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung nach dem vierten Kapitel des SGB XII in Magdeburg von 740 am 31.12.2008 auf 926 am 31.12.2011.

Lange Zeit wurde durch Vorruhestandsregelungen das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gefördert.

Wirtschaftlich gesehen gewinnen jedoch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend an Bedeutung, da sich durch den demografischen Wandel künftig ein Fachkräftemangel abzeichnet und in einigen Bereichen bereits spürbar ist. Die Qualifikation und das Erfahrungswissen der Älteren werden immer wichtiger, die Zusammenarbeit von älteren und jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die Weitergabe des Erfahrungswissens an die Jüngeren unverzichtbar.

Hier sind sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Verantwortung. Die schrittweise Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre, aber auch die absehbare Zunahme der Altersarmut setzen voraus, dass auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Chance auf einen Arbeitsplatz gegeben werden muss.

Gleichzeitig stellt eine zunehmend älter werdende Belegschaft in den Unternehmen auch neue Anforderungen an die Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Für die Einbeziehung

älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsprozess sind folgende Faktoren besonders wichtig:

- flexible Arbeitszeiten
- ein gutes Arbeitsklima
- positive Einstellung von Vorgesetzten sowie Kolleginnen und Kollegen
- wohnortnahe Tätigkeit,
- altersgerechte ergonomische Gestaltung des Arbeitsplatzes
- an die Leistungsfähigkeit angepasste Anforderungen

Mögliche Gestaltungsoptionen sind altersgemischte Teams, um den Wissenstransfer und die Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung zu unterstützen. Die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dadurch motiviert, dass sie Kontakt zu anderen Menschen haben möchten, geistig beansprucht und gefordert werden und ihre Erfahrungen einbringen können.

Die Situationsanalyse zur „Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ bezog sich auf den Umfang von Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit bei den älteren, die Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie die Einstellung von Unternehmen zur Beschäftigung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

5.6.2. Umfang der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Zu den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in Magdeburg liegen Auswertungen des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt aus den Daten der Bundesagentur für Arbeit vor. Die Angaben beziehen sich auf den Stichtag 31.03.2011.

Hiernach waren 79.710 Magdeburgerinnen und Magdeburger sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter 13.659 Personen im Alter von 55 Jahren oder älter. Damit waren 17,1 % aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in Magdeburg bereits 55 Jahre oder älter. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten ist mit 17,7 % dabei höher als bei den männlichen mit 16,5 %. Das beruht auf dem höheren Frauenanteil bei den 55- bis unter 60-jährigen Beschäftigten, ab 60 Jahre ist der Männeranteil höher.

Insgesamt standen von der gesamten Altersgruppe der 55 bis 65jährigen Magdeburgerinnen und Magdeburger ca. 45 % in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Leider ist nicht bekannt, wie viele Personen in der betrachteten Altersgruppe erwerbsfähig sind.

	sv-pflichtig Beschäftigte insgesamt	55 bis unter 60 Jahre in % von allen Beschäftigten	60 bis unter 65 Jahre in % von allen Beschäftigten	65 Jahre und mehr in % von allen Beschäftigten
Beschäftigte gesamt	79.710	9.302 11,7%	4.016 5,0%	341 0,4%
davon männlich	39.722	4.221 10,6%	2.103 5,3%	249 0,6%
weiblich	39.988	5.081 12,7%	1.913 4,8%	92 0,2%

Den sozialversicherungspflichtig beschäftigten älteren Personen stehen andererseits die älteren Arbeitslosen gegenüber. Hierzu liegen aktuelle Daten für Magdeburg mit Stichtag 31.12.2011⁴¹ vor.

⁴¹ Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen / Arbeitslose nach Personengruppen – Arbeitslose 50 Jahre und älter / Kreis Magdeburg, Landeshauptstadt / Dezember 2011

	Arbeitslose ab 50 Jahre/ ab 55 Jahre		
	Bestand Dezember 2011	Zugänge in 2011	Abgänge in 2011
gesamt	4.164 / 2.437	9.780 / 4.994	9.819 / 5.110
Rechtskreis SGB III	1.353 / 1.036	3.200 / 1.967	3.216 / 1.998
Rechtskreis SGB II	2.811 / 1.401	6.580 / 3.027	6.603 / 3.112

Im Dezember 2011 waren 4.164 Magdeburgerinnen und Magdeburger ab 50 Jahre arbeitslos, davon etwa ein Drittel (32,5 %) im Rechtskreis des SGB III (Arbeitslosengeld I) und zwei Drittel (67,5 %) im Rechtskreis des SGB II (Arbeitslosengeld II - sog. „Hartz IV“). Im Jahresverlauf 2011 schwankte der Bestand zwischen 4.495 (01/11) und 3.868 (09/11).

Im Lauf des Jahres 2011 wurden 9.780 Personen ab 50 Jahre arbeitslos. Die Zugänge in die Arbeitslosigkeit erfolgten zu 42,6 % aus einer Erwerbstätigkeit, zu 22,2 % aus Aus- und Weiterbildungen und sonstigen Maßnahmen und zu 34,3 % aus der Nichterwerbstätigkeit. Die Zugänge aus Erwerbstätigkeit erfolgten zu 62,2 % aus einer Tätigkeit auf dem 1. Arbeitsmarkt, zu 34,2 % aus dem 2. Arbeitsmarkt und zu 3,6 % aus der Selbstständigkeit.

Für 9.819 Personen ab 50 Jahre endete die Arbeitslosigkeit in 2011. 3.097 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit erfolgten durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Das entspricht 31,5 % also knapp einem Drittel der Abgänge. Von diesen Wiederaufnahmen einer Erwerbstätigkeit erfolgten 62,2 % auf dem 1. Arbeitsmarkt, 32,9 % auf dem 2. Arbeitsmarkt und 4,8 % in die Selbstständigkeit.

In der öffentlichen Diskussion zum Thema schilderten sowohl Seniorinnen und Senioren aus ihren eigenen Erfahrungen als auch Mitarbeiterinnen von Arbeitsagentur und Jobcenter als Problem bei der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit eine Veränderung von Anforderungsprofilen. Offene Stellen und Arbeitssuchende passen nicht zueinander. Das macht deutlich, dass eine ständige Weiterbildung zur Aktualisierung des Wissenstandes unverzichtbar ist. Es wurde jedoch auch von Berührungsängsten bei einigen älteren Arbeitslosen in Bezug auf neue Technologien berichtet, die einer bedarfsgerechten Qualifizierung hemmend gegenüber stehen.

5.6.3. Situation älterer Beschäftigter in Magdeburger Unternehmen

Um Informationen über die Sicht von Magdeburger Arbeitgebern zu älteren Beschäftigten zu erhalten, hat die Arbeitsgruppe „Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ im September 2011 mit einem teilstandardisierten Fragebogen 124 Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Betriebsgrößen befragt. 41 Unternehmen (33,6 %) antworteten.

Bei den antwortenden Unternehmen liegt eine gute Verteilung nach Branchen und Unternehmensgrößen vor. Die Altersstruktur der Mitarbeiter entspricht weitgehend der Statistik aller Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt. Dennoch stellen die Ergebnisse kein repräsentatives Bild dar, sondern dienen der exemplarischen Illustration des Themas.

Ein großer Teil der Unternehmen hat eine positive Sicht auf ältere Mitarbeiter.

Knapp drei Viertel der Arbeitgeber (73,2 %) sieht Vorteile in einer altersgemischten Belegschaft. Die älteren Mitarbeiter profitieren von dem Wissen der jüngeren Kollegen über neue Technologien, die jüngeren Mitarbeiter profitieren vom Erfahrungswissen der älteren Kollegen. 19,4 % sehen einen einseitigen Wissenstransfer vom Erfahrungswissen der älteren an die jüngeren Kollegen.

Unter den Neueinstellungen der letzten drei Jahre in den befragten Unternehmen waren 10 % bereits über 50 Jahre alt.

Spezifische Weiterbildungsangebote für über 50jährige Mitarbeiter werden von 26 Unternehmen angeboten. 15 Unternehmen bieten dabei sowohl innerbetriebliche als auch externe Weiterbildungen an, 5 Unternehmen nannten nur innerbetriebliche Weiterbildungen und 6 Unternehmen setzen auf Weiterbildungsangebote außerhalb des Betriebes. Hierbei werden durch Unternehmen ab 50 Beschäftigte häufiger beide Formen der Weiterbildung angeboten, Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten nutzen stärker externe Weiterbildungsangebote.

Um die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter zu erhalten, bieten 24 der befragten Unternehmen gezielte Maßnahmen wie Gesundheitsförderung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung an. Dabei sind Maßnahmen zur Gesundheitsförderung mit 17 Nennungen am häufigsten vertreten. Hier kommen Stressbewältigung z. B. durch Entspannungsübungen und Massagen, Betriebssport und Förderung außerbetrieblicher Maßnahmen, aber auch zusätzliche Pausen und Maßnahmen wie die jährliche Erhebung eines Gesundheitsindex mit Ableitung von Schlussfolgerungen sowie Sozialberatung zum Einsatz. 11 Unternehmen bieten flexible Arbeitszeiten mit unterschiedlichen Gleitzeit- und Teilzeitmodellen und Arbeitszeitkonten sowie Angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. 6 Unternehmen nannten altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung durch ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze, Nutzung technischer Hilfsmittel, Vermeidung einseitiger Belastung, augenfreundliche Beleuchtung, behindertengerechte Arbeitsplatzgestaltung sowie durch Umsetzung in andere Abteilungen.

Knapp drei Viertel der Unternehmen (73,7%) halten Kontakt zu ehemaligen, aus Altersgründen ausgeschiedenen Mitarbeitern. Konkrete Maßnahmen des Betriebes zur Vorbereitung der älteren Mitarbeiter auf den kommenden Ruhestand wurden nur von einem Unternehmen genannt: Hier werden dreitägige Seminare angeboten für Mitarbeiter ab 40 Jahre zum Thema "Mitte des Lebens", für Mitarbeiter ab 55 Jahre mit dem Titel "Die späten Jahre".

Am Schluss des Fragebogens wurde die offene Frage gestellt: „Wo sehen Sie Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene in Hinblick auf ältere Arbeitnehmer?“ Die hier gegebenen Hinweise unterscheiden jedoch nicht zwischen kommunalen und sonstigen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und beziehen sich zum Teil nicht nur auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sondern auf ältere Menschen insgesamt. Unter anderem wurde angeregt, berufsbegleitende Weiterbildung auszubauen und ggf. von staatlicher Seite zu fördern. Auch eine Unterstützung von betrieblichem Gesundheitsmanagement wurde genannt. Für ältere Beschäftigte in körperlich anstrengenden Tätigkeiten wurde darauf hingewiesen, dass eine Länger-Beschäftigung meist nicht möglich ist. Hier wurde z. B. vorgeschlagen, diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern andere Tätigkeiten – evtl. auch im öffentlichen oder sozialen Sektor – anzubieten. Für den Übergang in den Ruhestand wurde die Förderung des Ehrenamtes hervorgehoben.

5.6.4. Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung

5.6.4.1. kommunale Arbeitsmarktpolitik

Die herkömmlichen arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Zuständigkeit des Bundes sind für den gesamten Personenkreis der erwerbsfähigen Arbeitslosen vorgesehen (z. B. ABM, Arbeitsgelegenheiten). Ältere Personen werden hier nicht gesondert erwähnt, sind jedoch auch nicht ausgeschlossen.

Darüber hinaus existieren spezifische Förderprogramme (Bund, Land Sachsen-Anhalt), die gezielt auf die Unterstützung der beruflichen Eingliederung älterer Arbeitslose eingehen. Hier sind folgende Programme zu nennen:

- „Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“
(Dieses Bundesprogramm wird durch die Agentur für Arbeit Magdeburg und seitens des Jobcenters der Landeshauptstadt Magdeburg umgesetzt.)
- „Aktiv zur Rente“
- „Kommunal-Kombi“

Die Landesprogramme „Aktiv zur Rente“ und „Kommunal-Kombi“ sind kofinanziert (z. B. aus ESF-Mitteln) und werden in beiden städtischen Beschäftigungsgesellschaften AQB und GISE umgesetzt. Dabei richtet sich „Aktiv zur Rente“ explizit an arbeitslose Bürgerinnen und Bürger ab 50 Jahre. Die mit dem Programm „Kommunal-Kombi“ verbundenen Fördermittel können dagegen sowohl für Personen über 50 Jahre als auch für Langzeitarbeitslose zwischen 25 und 50 Jahren Anwendung finden.

Im Rahmen dieser Beschäftigungsprogramme wurden durch die AQB per Stand 30.06.2011 insgesamt 24 Maßnahmen realisiert, in denen ausschließlich ältere Personen über 50 Jahre zum Einsatz kamen. Dabei handelt es sich um 21 Beschäftigungsmaßnahmen im Bereich „Kommunal-Kombi“ (67 Teilnehmer) sowie 3 „Aktiv zur Rente“- Maßnahmen (26 Teilnehmer). In der GISE fanden zum selben Zeitpunkt 17 Maßnahmen mit ausschließlich über 50-Jährigen statt. Hierbei wurden 11 „Kommunal-Kombi“- Maßnahmen (54 Teilnehmer) und 6 „Aktiv zur Rente“- Fördermaßnahmen (43 Teilnehmer) durchgeführt.

Insgesamt waren am 30.06.2011 bei der AQB 806 Personen beschäftigt. Dabei handelte es sich um 412 über 50-Jährige (51,1 %) und 25 Jugendliche unter 25 Jahre.

Die GISE beschäftigte zum selben Zeitpunkt insgesamt 735 Bürgerinnen und Bürger. Dabei handelte es sich um 411 über 50-Jährige (55,9 %) und 33 Jugendliche unter 25 Jahre.

5.6.4.2. Instrumente der Agentur für Arbeit und des Jobcenter⁴²

Aktionsplan Ü50

In der Arbeitsagentur Magdeburg stellt die Kundengruppe der älteren Arbeitslosen (Ü50) seit 2010 eine besondere Zielgruppe dar. Zum 01.07.2011 trat ein Aktionsplan Ü50 in Kraft, der die Arbeit mit diesem Personenkreis beschreibt und verbindliche Vermittlungsstandards definiert.

Aktionsplan Ü50 für den Rechtskreis SQB II

Eine rechtskreisübergreifende Arbeitsgruppe ist derzeit damit beauftragt, für den Rechtskreis SGB II ebenfalls einen Handlungsplan zu erarbeiten. Mit diesem soll den Besonderheiten im Rechtskreis SGB II, insbesondere hinsichtlich des heterogenen Bewerberfeldes, Rechnung getragen werden. Auch hier werden Vermittlungsstandards definiert, um zusätzliche Fachkräftepotenziale für die Region zu erschließen. Ab dem 01.02.2012 soll nach diesem Aktionsplan gearbeitet werden.

Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für die Region

Das Bundesprogramm Perspektive 50 plus ist in allen Jobcentern des Agenturbezirkes Magdeburg installiert und fester Bestandteil der Vermittlungsarbeit. In allen gemeinsamen Arbeitgeber-Services sind Arbeitsvermittler aus dem Projekt tätig, die sich ausschließlich um den Personenkreis der älteren Langzeitarbeitslosen kümmern.

5.6.5. Schlussfolgerungen aus Situationsanalyse und Diskussionsforen

Aus der Analyse wurden folgende Schlussfolgerungen für die Magdeburger Seniorenpolitik abgeleitet:

Für eine Erwerbstätigkeit bis zum Rentenalter ist eine bedarfsgerechte berufliche Weiterbildung zur Aktualisierung des Wissensstandes unverzichtbar. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ältere Personen anders lernen als jüngere. Dementsprechend sind die Weiterbildungsmethoden an die Zielgruppe anzupassen.

Bei gesundheitlichen Einschränkungen, die bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern häufiger auftreten können oder auch durch körperlich schwere Tätigkeiten hervorgerufen wurden, sollten die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Wechsel in neue Aufgabenfelder unterstützt werden. Das kann im bisherigen Unternehmen oder bei

⁴² Stand: Januar 2012

einem neuen Arbeitgeber sein. Das erfordert oftmals Qualifizierungen für die neue Tätigkeit. Hier sind Arbeitgeber und/oder Arbeitsagentur gefragt.

Gleichzeitig ist es wichtig, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ein lebenslanges Lernen zu motivieren, Berührungsängste hinsichtlich neuer Technologien und Arbeitsinhalte abzubauen. Hierzu ist es notwendig, dass Vorurteile bei Vorgesetzten und jüngeren Kolleginnen und Kollegen gegenüber älteren beseitigt werden und ihnen eine Perspektive geboten wird. Die Vermittlung eines positiven Altersbildes durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann dazu beitragen. Häufig werden die Zuverlässigkeit und die soziale Kompetenz älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hervorgehoben. Das muss noch intensiver in das öffentliche Bewusstsein getragen werden.

Die berufliche Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser erfordert, die Qualifikationsprofile der Arbeitssuchenden mit den Anforderungen der offenen Stellen in Übereinstimmung zu bringen. Hier sind zielgerichtete Qualifizierungen gemäß dem Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft notwendig. Auch bezüglich Maßnahmen zur Arbeitsförderung sind Arbeitsagentur und Jobcenter gefragt, diese den Entwicklungen am Arbeitsmarkt besser anzupassen.

Sofern eine Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt nicht gelingt, ist es wichtig, dass den Betroffenen Möglichkeiten geboten werden, sich zu betätigen und soziale Kontakte zu pflegen, um einer Vereinsamung mit ihren negativen Folgen für das Leben im Alter vorzubeugen. Hierfür gibt es bereits in den Alten- und Service-Zentren Projekte, die weiter ausgebaut werden und auch in andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur übertragen werden sollten.

Eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Seniorenpolitik ist die Vorbereitung auf den Ruhestand. Das sollte bereits vor Beendigung des Erwerbslebens erfolgen. Durch neue Betätigungen im ehrenamtlichen oder Freizeitbereich können vorhandene Kompetenzen weiterhin genutzt werden. Hierin liegt eine wesentliche präventive Funktion für die Betroffenen, da so die Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht verkümmern, Kenntnisse nicht veralten, das eigene Selbstwertgefühl gestärkt wird und soziale Isolation vermieden wird. Unternehmen können hierbei ihre älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch gezielte Maßnahmen unterstützen, wie es vereinzelt schon praktiziert wird. Auch die Aufrechterhaltung des Kontaktes durch die Unternehmen zu ihren aus Altersgründen ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hilft den Betroffenen beim Übergang in den Ruhestand.

Informationen über die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements können dabei helfen, neue Betätigungsfelder zu finden. Hierbei können die Unternehmen ebenso wie die Kommune aktiv werden und auf die Freiwilligenagentur oder Vereine und Träger ehrenamtlicher Einsatzfelder hinweisen.

6. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen in Magdeburg

In den vorangegangenen Kapiteln wurde die Lebenssituation der älteren Magdeburgerinnen und Magdeburger beschrieben. Die Auswertung der Situationsanalyse im Vergleich mit den Zielstellungen der Seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg und die öffentlichen Diskussionsforen mit Zielgruppenvertretern und Akteuren der Seniorenarbeit zeigten, dass in vielen Bereichen bereits gute Voraussetzungen für eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung bis ins hohe Alter bestehen. Gleichzeitig wurden aber auch die Handlungsfelder benannt, in denen Verbesserungsbedarf besteht.

Nicht alle Lebensbedingungen sind jedoch von kommunaler Seite beeinflussbar. In dem vorliegenden Seniorenpolitischen Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg werden daher nur die Handlungsempfehlungen formuliert, die durch die Stadt selbst und ihre Partner auf kommunaler Ebene – Träger der freien Wohlfahrtspflege, Seniorenorganisationen, Bürgervereinigungen, lokale Unternehmen – umgesetzt werden können.

In Abstimmung mit den genannten Akteuren werden die folgenden Maßnahmen für die Verbesserung der Lebenssituation der älteren Magdeburgerinnen und Magdeburger vorgeschlagen.

Den Maßnahmenvorschlägen wurde(n) jeweils die zugehörige(n) seniorenpolitische(n) Leitlinie(n) zugeordnet.

Die im Kapitel 5 verwendete Gliederung nach den sechs Handlungsfeldern wurde bei den Maßnahmen nicht fortgesetzt, da sich zahlreiche Maßnahmen aus mehreren Handlungsfeldern gleichzeitig ableiten. Statt dessen wurde auf die mit den Maßnahmen verfolgten Ziele orientiert und Maßnahmen, denen eine gemeinsame Zielstellung zugrunde liegt, zu Maßnahmekomplexen zusammengefasst.

I. Zielstellung: *Unterstützung der eigenständigen Lebensführung bis ins hohe Alter*

Nr.	Maßnahmetitel	Beschreibung	Verantwortlich ⁴³	Zeithorizont	Bezug zu Leitlinie(n)
1.1	Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ausbauen	Umsetzung des Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplans zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen insbesondere des Maßnahmenkomplexes zu „Bauen, Wohnen und verkehrliche Infrastruktur“	alle Dezernate und Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe gemäß Beschluss des Stadtrates Nr. 1293-47(V)12 zur DS0488/11	fortlaufend bis 2020	3,5,6,8
1.2	Nachbarschaftshilfen und ehrenamtliche Besuchsdienste stärken	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von stadtteilorientierten Anlauf- und Koordinierungsstellen in den Einrichtungen der sozialen Infrastruktur - Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit 	Amt 50 Zusammenarbeit mit Trägern von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur im Stadtteil und Strukturen der Ehrenamtsförderung	fortlaufend	2,5,6
1.3	bedarfsgerechter ÖPNV	Sicherung der Mobilität der Senior/innen durch bedarfsgerechte Fahrpläne und Linienführung im ÖPNV	Amt 61 in Zusammenarbeit mit MVB	bis 2018	3,4,6
1.4	Alltagskompetenz durch Bildung stärken	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von (non-formalen und informellen) Bildungsangeboten zum Erhalt der Alltagskompetenz und somit der Selbstständigkeit - Gegenseitige Information und Austausch der Akteure in der Bildungsarbeit zu Angeboten, Themen, Veranstaltungen für die Zielgruppen der Seniorenarbeit 	Amt 50 in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und Bildungsträgern	fortlaufend	1,6,8

⁴³ In der Verantwortlichkeit werden die Organisationseinheiten der Stadtverwaltung benannt, die jeweils federführend für die Maßnahme sind. Maßnahmen, die in der Verantwortlichkeit den Seniorenbeirat benennen, wurden durch Mitglieder des Beirates selbst im Erarbeitungsprozess eingebracht. Weitere Partner werden bei der Umsetzung der Maßnahmen je nach sachlichem Erfordernis einbezogen.

II. Zielstellung: *Sicherung wohnortnaher Infrastruktur zu Begegnung, Beratung, Aktivität*

2.1	Fachliche Steuerung der Arbeit der Alten- und Service-Zentren	Konzeptionelle Weiterentwicklung des abgestuften Systems von Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs unter Berücksichtigung generationsübergreifender Ansätze und der Vernetzung mit Einrichtungen der Jugendarbeit und Mehrgenerationenhäusern	Amt 50 unter Mitwirkung von V/02, Amt 51 in Zusammenarbeit mit Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung	bis 1. Hj. 2014	1,5,6,7
2.2	Wohnungsunternehmen für soziale Belange im Stadtteil sensibilisieren	Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen zur Schaffung von Nachbarschaftstreffs in Wohnquartieren vereinbaren	V/02 unter Mitwirkung von Amt 50, Amt 51 in Zusammenarbeit mit freien Trägern	fortlaufend	6,7
2.3	Öffentlichen Raum als Ort der Begegnung und Kommunikation stärken	Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sichern durch Sitzbänke mit Rücken- und Armlehnen, öffentliche Toiletten, ausreichende Straßenbeleuchtung, Sauberkeit, Instandhaltung der Wege	Amt 61, Amt 66, SFM	fortlaufend	6

III. Zielstellung: *Verbesserung der Informationen zu seniorenrelevanten Angeboten*

3.1	Informationen entsprechend der Bedürfnisse der Zielgruppe bereitstellen	<ul style="list-style-type: none"> - Nutzung unterschiedlicher Medien fortsetzen: themenbezogene Faltblätter, Broschüren, Internet, Presseveröffentlichungen, öffentliche Informationsveranstaltungen - Informationen und Veranstaltungen in leicht verständlicher Form anbieten, bei Bedarf für ältere Migrant/innen in verschiedenen Sprachen 	Amt 50 unter Mitwirkung von V/02 in Zusammenarbeit mit Trägern der Angebote	fortlaufend	2,5,8
3.2	Informationen breit streuen	Neue Multiplikatoren für Informationsmaterialien gewinnen z. B. Auslage bei Apotheken, bei Hausärzten, über ambulante Pflegedienste, Veröffentlichung in Mieterzeitschriften der Wohnungsunternehmen, Aushänge in Hausfluren. Einbeziehen von Migrantenselbstorganisationen	Amt 50 unter Mitwirkung von V/02 in Zusammenarbeit mit Trägern der Angebote	fortlaufend	4,5

3.3	Beratung zu Pflegefragen weiterentwickeln	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentlichkeitsarbeit für Pflegeberatungsstellen organisieren - Aufklärungsarbeit zu den Möglichkeiten ambulanter Pflege verstärken - umfassende Beratung auch zu pflegeergänzenden häuslichen Diensten und Wohnungsanpassung sichern 	Amt 50	2013	5,6
-----	---	---	--------	------	-----

IV. Zielstellung: *Förderung und Vernetzung von Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*

4.1	Ehrenamtsstrukturen stärken	Umsetzung der „Arbeitsschwerpunkte zur Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen zum weiteren Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Magdeburg“ entsprechend Stadtratsbeschluss Nr. 1083-41(V)11 zur DS0395/11	V/02 in Zusammenarbeit mit dem Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement und den Einsatzstellen für freiwillig Engagierte	fortlaufend	1,2
4.2	Regionale Anlauf- und Koordinierungsstellen für Freiwilligenarbeit weiterentwickeln bzw. schaffen	Koordination der Fort- und Weiterbildung für Mitarbeiter/innen in ASZ, Offenen Treffs, Bürgerhäusern und Mehrgenerationenhäuser, als Koordinatoren für ehrenamtliches Engagement im Stadtteil zu wirken	Amt 50 in Zusammenarbeit mit den Trägern der Einrichtungen und den Strukturen der Ehrenamtsförderung	fortlaufend	1,2

V. Zielstellung: *Stärkung des Vorrangs ambulanter vor stationärer Pflege*

5.1	Beitrag zur Entlastung pflegender Angehöriger leisten	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung von Selbsthilfegruppen pflegender Angehöriger stärken; - Prüfung, ob die Einrichtung eines Notruftelefons sinnvoll und realisierbar ist 	Amt 50	fortlaufend	2,4,5
-----	---	--	--------	-------------	-------

5.2	Kurzzeitpflegeplätze in Kliniken als Angebot zur Übergangspflege schaffen	Fachliche Diskussion mit Kliniken führen, um den Übergang von der Krankenhausbehandlung bis zur Entlassung in die Häuslichkeit mit dem Ziel der Stabilisierung des Gesundheitszustandes und Organisation des häuslichen Pflegearrangements zu sichern	Amt 50	fortlaufend	5,6
5.3	niedrigschwellige Betreuungsangebote für Demenzkranke	Anregung und fachliche Begleitung bei der Initiierung von Betreuungsangeboten für Demenzkranke nach § 45c SGB XI	Amt 50 in Zusammenarbeit mit freien Träger	fortlaufend	4,5

VI. Zielstellung: *Verbesserung der Teilhabe benachteiligter Menschen*

6.1	Kulturelle Teilhabe von Pflegeheimbewohnern verbessern	Kulturveranstaltungen in den Pflegeheimen anbieten z. B. Konzerte oder Buchlesungen	FB 41, V/01, EB Konservatorium, Theater in Zusammenarbeit mit den Heimbetreiber	fortlaufend	4,8
6.2	Integration von Pflegeheimbewohnern in das Stadtleben organisieren	Pflegeheime in das Wohngebiet öffnen durch öffentliche Veranstaltungen für Heimbewohner und Stadtteilbewohner	Amt 50 in Zusammenarbeit mit Heimbetreibern	fortlaufend	4,6
6.3	Teilhabe von Pflegeheimbewohnern am Gemeinwesen	<ul style="list-style-type: none"> - Projekte der AG GWA auch für Pflegeheimbewohner zugänglich machen, - GWA-Sitzungen und Veranstaltungen auch in den Pflegeheimen durchführen 	V/02 in Zusammenarbeit mit den AG GWA	fortlaufend	2,4,6
6.4	Ältere Migrantinnen und Migranten zur Teilhabe an Seniorenangeboten motivieren	Fort- und Weiterbildung von Mitarbeiter/innen in ASZ, Offenen Treffs, Bürgerhäusern und Mehrgenerationenhäuser zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz organisieren	Träger der Einrichtungen in Zusammenarbeit mit V/02	fortlaufend	4
6.5	Integration älterer Migrantinnen und Migranten verbessern	Kooperation zwischen Seniorenbeirat und Integrationsbeirat stärken	V/02 in Zusammenarbeit mit Seniorenbeirat und Integrationsbeirat	fortlaufend	2,4

6.6	Partizipation von mobilitätsbeeinträchtigten Seniorinnen und Senioren	Dezentrale Sprechstunden des Seniorenbeirates in Einrichtungen in den Stadtteilen anbieten	Amt 50 in Zusammenarbeit mit den Seniorenbeirat	fortlaufend	2,4
6.7	zugehende Partizipation	Entwicklung eines Modell zur Beteiligung von Seniorinnen und Senioren durch aufsuchende Gesprächsangebote in Seniorengruppen und -einrichtungen	Amt 50	ab 2013	2,4
6.8	Integration von homosexuellen oder transsexuellen Senior/innen	<ul style="list-style-type: none"> - Fachlichen Diskurs mit Mitarbeiter/innen in Senioreneinrichtungen zur Situation homosexueller oder transsexueller Senior/innen anregen - Kooperation zwischen Seniorenbeirat, Einrichtungen der Seniorenarbeit und Organisationen bzw. Einrichtungen mit Erfahrungen in der Lesben- und Schwulenarbeit 	Amt 50 in Zusammenarbeit mit Amt 16 und dem Seniorenbeirat,	fortlaufend	4

